

Politische Berichte



20. November 1982
Jg. 3 Nr. 24

G 7756 D Preis:
2,50



Irland: Großbritannien führt in Nordirland einen ungerechten Kolonialkrieg gegen das irische Volk Seite 3



Lohnbewegung: In der Steuerfrage tut sich eine gefährliche Flanke auf Seite 8



EKD-Studie: Die Lohnabhängigen sollen ins Dienstbotenrecht gezwungen werden Seite 10

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Irland: Großbritannien führt in Nordirland einen unge- rechten Kolonialkrieg gegen das irische Volk	Seite 3
Westdeutsche Kapitalinteressen in der Republik Irland ..	Seite 4
Interview mit einem Mitglied des Allgemeinen Haupt- quartiers der IRA (Auszüge)	Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Rentenraub: Bruttolohnbezogen: Rentner könnten für den Lohnkampf Interesse zeigen	Seite 7
Rückkehrförderung: Entweder Integration oder schnelle Rückkehr	Seite 7
Lohnbewegung: In der Steuerfrage tut sich eine gefährli- che Flanke auf	Seite 8
Rohstoffe: Imperialisten erzwingen Niedrigstpreise	Seite 9
Belgien: Steuerumverteilung und weitere Lohnsenkun- gen	Seite 9
EKD-Studie: Die Lohnabhängigen sollen ins Dienstbo- tenrecht gezwungen werden	Seite 10
Bundesverfassungsgericht: Noch weniger Steuern für die reichen Familien	Seite 11
Kapitalexport: BRD will Besitz an Rohstoffen in der Türkei	Seite 12
Liberalismus: „Recht auf Eigentum“ schützt die Bour- geois. Die FDP will die Abschaffung der Lohnfortzah- lung und hetzt gegen den DGB	Seite 13
Von Konservativen und Liberalen unterstützt: der Machantritt der Faschisten 1933	Seite 14
Bundesverfassungsgericht: Keinerlei Ansprüche an die Sozialversicherungen	Seite 16
Gleich mit Gründung der FDP: Keine Rechte, sondern Almosen für die Armen	Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Bundesweite Bafög-Demonstration: Aktionseinheit ge- gen „Ausbildung für Reiche — Hände weg vom Bafög“	Seite 19
Lohnkampf Seehäfen: Reallohnsicherung soll durchge- setzt werden	Seite 19
Privatisierungen: Personalrat gegen Fremdfirma am Krankenhaus	Seite 20
SKF: Suche nach dem „Personalüberhang“	Seite 21
Niedersächsische Lehrer: Kampagne zur Schaffung von Lehrstellen	Seite 21
Hamburger Aluminiumwerk: Gesundheitszustand und Arbeitsbelastung der Belegschaft	Seite 22

Ergebnisse des Fragebogens	Seite 23
---	----------

Zementproduktion: Holderbank in Entwicklungslän- dern	Seite 23
Straßenordnung Wuppertal: Stadtrat nicht nur gegen „Punker und Penner“	Seite 23
„Reichskristallnacht“: Gedenkfeier der DGB-Jugend Bayern	Seite 24
Niedersachsen: Albrecht bereitet Privatfunk vor	Seite 24
CSU und Bayerische Staatsregierung: Von der Familien- bis zur Ausländerpolitik — CSU fördert Faschistisches auf allen Ebenen	Seite 25
Angestrebte Rechtssprechung: Was links ist, verbieten, was rechts und faschistisch ist, fördern	Seite 26
Stichwort: CSU und Faschismus	Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Polen: Zwangsgesetze gegen die Arbeiterbewegung sol- len das Kriegerrecht ablösen	Seite 29
DDR: Gewerkschaftsrechte bei der Planfestlegung	Seite 29
Wojtyla: Rummel für die heilige spanische Reaktion	Seite 30
Kanada: Streik bei Chrysler seit 5. November	Seite 30
Azania: Boykott der Wahlen in den „Heimatländern“ ..	Seite 31
Iran: BRD-Firmen profitieren	Seite 31
Malvinen: Die europäischen Imperialisten verstärken die militärische Zusammenarbeit	Seite 32
UNO fordert erneut Verhandlungen über die Malvinen — Großbritannien sagt: „absurd“	Seite 32

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

„Die Pawlaks“: Die soziale Frage der Bergarbeiterbewe- gung als Milieuschilderung	Seite 34
Moralische Einstimmung auf die Kaserne	Seite 34
Antifaschistisches aus dem Mittelstand	Seite 34
Lieber Expansion als einen Nationalstaat	Seite 35
A. Frangi: Für einen Palästinensischen Staat auf palästi- nensischem Boden	Seite 35
Volksbildungswesen VR Polen: Die achtjährige einheitli- che Ausbildung bildet die Grundlage	Seite 36
Grafik	Seite 37
Stoltenberg: keine Lohnsteuerreform / Steuerbetrug bringt Milliarden	Seite 38
Das zum Lebensunterhalt Notwendige darf nicht besteu- ert werden	Seite 38
Unterschiedliche Qualität der Tarifpolitik der IG Metall	Seite 39

Großbritannien führt in Nordirland einen ungerechten Kolonialkrieg gegen das irische Volk

Mehr als vier Milliarden DM gibt die britische Regierung jährlich aus, um die zusätzlichen Kosten der Stationierung von 14000 Soldaten in Nordirland zu decken und ihre Polizei, Sondergerichte und Verwaltung zu zahlen. Dazu kommen andere Kosten; der Einsatz in Nordirland hat Hunderte von britischen Soldaten das Leben gekostet und ist der Hauptgrund für Entlassungsgesuche in der Armee.

Der britische Imperialismus hat gewichtige Gründe, diese Kosten auf sich

Stützpunkte der Atlantikflotten benutzen. In allen NATO-Planungen ist die Nachschublinie über den Atlantik von entscheidender Bedeutung, damit auch Irland, das am weitesten westlich in Nordeuropa liegt. Irland ist nicht Mitglied der NATO, und ein neutrales einheitliches Irland vor Großbritanniens Küste ist für NATO-Generale eine unerträgliche Vorstellung.

Um so erschreckter die Reaktion in London auf die Ergebnisse der Wahl zum Regionalparlament, bei denen die

bung vom Land und aus den Städten wehren, die die britische Kolonialmacht betreibt, um die Vorrechte „ihrer“ Loyalisten und damit ihre Herrschaft zu sichern. Und seit einigen Jahren sind die Iren aus der Defensive, der Verteidigung ihrer Wohnviertel, zur Offensive gegen die britische Anwesenheit in Irland übergegangen.

Die Diskriminierung ist vielfältig. „Ich empfehle den Loyalisten, keine Katholiken zu beschäftigen“, sagte Nordirlands Premierminister Brookeborough schon 1933. „Bei mir selbst dulde ich keine Katholiken“. Bei den drei größten Belfast Industriebetrieben betrug der Prozentsatz katholischer Arbeiter in den 60er Jahren 3%, 1,4% und 0%. Die Arbeitslosigkeit beträgt 20%, in den katholischen Gebieten in Belfast über 50%.

Bei der Vergabe staatlicher Wohnungen, den einzigen Mietwohnungen überhaupt, die ein Arbeiter zahlen kann, werden die Katholiken in Ghettos gepöbelt oder bekommen keine Wohnung. Von den 1589 Häusern und Wohnungen, die die überwiegend katholische Grafschaft Fermanagh zwischen 1945 und 1970 bauen ließ, wurden nur 568 an Katholiken vergeben, 1021 an Protestanten. Damit die Gemeinderäte entsprechend besetzt wurden, änderte die Provinzregierung mehrfach das Wahlrecht. Wer keine Gemeindesteuer zahlte, also weder Hausbesitzer war noch eine städtische Wohnung hatte, verlor sein Stimmrecht, vor allem waren das Katholiken. 1946 nahm die Regierung allen Untermietern das Stimmrecht, dafür erhielten Firmen je nach Steueraufkommen bis zu sechs Stimmen. Wahlkreisgrenzen wurden neu gezogen, so daß protestantische Mehrheiten garantiert sind. Den Wahlkreis Derry mußte die Regierung bis 14 km vor die Stadt ausdehnen, um die gewünschte Mehrheit zu erhalten.

In den fünfziger Jahren hatte die offizielle IRA ihre letzte bewaffnete Kampagne gegen die Besetzung Nordirlands geführt und war Anfang der sechziger Jahren militärisch zusammengebrochen. Bei den katholischen Iren entwickelte sich eine Bürgerrechtsbewegung nach US-Vorbild, die zunächst nur gleiches Stimmrecht und gleiche Wohnungszuteilung forderte. Die Polizei, RUC genannt, knüpfelte die Demonstrationen zusammen. Loyalistische Organisationen unternahmen provokative Märsche durch katholische Viertel. Im August 1969 holten



Straßenkontrolle in Belfast am Bloody Sunday 1972. Gegen die britischen Truppen in Nordirland führen westdeutsche Komitees am 27.11. in Dortmund eine Demonstration durch.

zu nehmen. Mehr als 45% aller Betriebe in Nordirland mit über 500 Beschäftigten sind in britischem Besitz. Aber noch mehr: Fast ein Drittel aller Kapitalanlagen in der Republik Irland erfolgen von britischen Firmen, und die weitere koloniale Besetzung Nordirlands mit seiner relativ hohen Industrialisierung und der offenen Grenze zur Republik ermöglicht die fortdauernde Kontrolle der ganzen irischen Wirtschaft. Deshalb ist Großbritanniens Irlandpolitik auch im Interesse der verbündeten Mächte in der EG, die mit Mitteln aus dem EG-Regionalfonds die Kolonialherrschaft stärken und die sich die lukrative Ausbeutung der Arbeiter im „Niedriglohnland“ Irland nicht entgehen lassen (siehe S. 4). Außerdem ist Irland einer der Hauptlieferanten britischer Lebensmittel, und es liefert billig. Dazu kommen wichtige militärische Gründe. Im zweiten Weltkrieg blieb Irland strikt neutral und ließ seine Häfen nicht als

provisorische Sinn Fein, von der britischen Regierung „legaler Flügel der IRA“ genannt, 10,2% der Gesamtstimmen und ein Drittel der Stimmen in allen katholischen Bezirken Nordirlands erhielt. „Gangster und Banditen“ hatte sie Nordirlandminister Mason schon 1977 genannt und ihre Isolierung von der Bevölkerung proklamiert. Heute sind IRA und Sinn Fein militärisch und politisch stärker als je seit 1969.

Die Irlandpolitik Englands bestand jahrhundertlang aus Vertreibung von Iren und Ansiedlung protestantischer, loyaler Siedler als Schutztruppe für die Kolonie. Nach dem irischen Befreiungskampf setzte England 1921 die willkürliche Abtrennung eines Landesteils durch, in dem die protestantischen Siedler, die „Loyalisten“, die Mehrheit hatten. Der gegenwärtige Kolonialkrieg in Irland geht darum, daß die Iren, die katholischen Bewohner also, sich gegen die fortdauernde Vertrei-

Westdeutsche Kapitalinteressen in der Republik Irland

Die westdeutschen Kapitalisten sind unmittelbar an der Aufrechterhaltung der britischen Kolonialherrschaft über Nordirland und an dem Verbleib der Republik Irland in der EG interessiert. Die Besetzung der sechs Grafschaften im Norden des Landes durch Großbritannien garantiert den BRD-Kapitalen freien Zugang in die Republik. Jahrhundertlang war Irland für Großbritannien Viehweide, Lieferant von billigem Fleisch, Milch und Milchprodukten. Die wenigen industriellen Anlagen von Bedeutung befanden sich vorwiegend im Norden. Die irische Regierung versuchte, mit dem EG-Beitritt einen größeren landwirtschaftlichen Markt zu finden und im Süden die Industrieentwicklung zu fördern, indem sie die Republik ausländischem Kapital weit öffnete.

Kapitalisten aus der BRD legten im Zeitraum von 1960 bis 1978 in der Republik Irland 141,3 Mio. Punt (1 Pt. ca. 3,45 DM) zur Ausbeutung von 24643 Lohnabhängigen an. Sie lagen damit nach den USA und Großbritannien an dritter Stelle der ausländischen Investoren. Seitdem haben die BRD-Kapitale ihre Anlagen noch rascher als ihre Konkurrenten ausgedehnt. 1980 waren sie nach den USA (mit 51,7%) und weit vor Großbritannien (3,8%) mit 7% an den neuen Kapitalanlagen beteiligt. Anfang 1978 verfügten 87 BRD-Firmen über Niederlassungen in der Republik Irland. Nixdorf läßt seit 1977 in Bray Computer montieren; Boehringer besitzt in Cork seit 1976 eine Arzneimittelfabrik. Weitere größere BRD-Firmen mit irischen Zweigwerken sind: Braun AG, Deutsche Star, Krups, August Läßle, Liebherr und Nino AG. Neben Elektronik- und Elektroindustrie sind Maschinenbau, Textil und Chemie die hauptsächlichen Anlagesphären von BRD-Kapitalen. In der Mehrzahl investieren die Kapitalisten in den Fabrikationsstätten verhältnismäßig wenig in Maschinerie und Anlagen. Schon in kürzester Frist werfen die Anlagen Profit ab.

Die Profite, die die BRD-Kapitale aus ihren Anlagen in Irland ziehen, sind beträchtlich. Die Löhne der Industriearbeiter in der Republik Irland gehören zu den niedrigsten in der EG. 1980 lag der Lohn eines Arbeiters in der verarbeitenden Industrie bei umgerechnet etwa 8,15 DM. Im Vergleich dazu belief sich der Lohn

des Industriearbeiters in der BRD auf 13,18 DM. In Nordirland sind die Löhne ähnlich niedrig. 1979 verdiente ein männlicher Arbeiter bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 45,9 Stunden 7,10 DM brutto in der Stunde; eine Arbeiterin hatte im Schnitt bei 40,1 Wochenarbeitszeit einen Stundenlohn von 5,11 DM.

Die Ansiedlung ausländischer Kapitale wird von der irischen Regierung gefördert wie sonst in keinem anderen Land der EG. Gewinne aus dem Export irischer Industriegüter sind für 15 Jahre von jeglicher Steuer befreit. Die Unternehmen in den Händen ausländischer Kapitalisten exportieren über 80% ihrer Produktion. Die irische Regierung hat keinerlei Gesetze erlassen, die eine irische Beteiligung an den ausländischen Kapitalanlagen vorsehen. Dividenden an ausländische Aktionäre können ohne Auflagen und steuerfrei ausgeführt werden. Neben dem Angebot, in fertig eingerichteten Fabrikhallen die Ausbeutung der irischen Arbeiter aufzunehmen, erlauben Abschreibungsvorschriften bei den meisten Maschinen eine Rate von 100% oder mehr im ersten Jahr. Die US-Imperialisten geben an, daß sie in den Jahren 1977 bis 1980 jährlich im Durchschnitt 33,7% ihrer Investitionen als Profit zurückgeholt haben im Vergleich zu 16,8% auf ihre Anlagen in der EG insgesamt.

Die hohe Staatsverschuldung Irlands und ihre Kontrolle durch die Imperialisten ist einer der Hauptgründe, warum die irische Regierung den ausländischen Kapitalisten die irischen Arbeiter zu freizügigster Ausbeutung freigibt. 1981 war die gesamte Staatsschuld an ausländische Gläubiger höher als die Steuereinnahmen des irischen Staates. Von den insgesamt 3,7 Mrd. Punt Auslandsschulden der Republik Irland am 31.12. 1981 waren 1,6 Mrd. Punt zahlbar in DM – befanden sich also in den Händen westdeutscher Banken und Kapitalisten. Von den insgesamt 250 Mio. Punt Zinszahlungen im Jahr 1981 kassierten westdeutsche Gläubiger 114 Mio. Punt. Die BRD-Imperialisten sind damit Hauptgläubiger der Republik Irland noch vor den USA. Im März 1982 mußte die irische Regierung eine weitere Anleihe über 100 Mio. DM mit einer Verzinsung von 10,125% über die westdeutschen Börsen aufnehmen.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 22.3.82; Financial Times, 17.5.82

sich Polizei und Loyalisten im Bogside-Bezirk von Derry in einer zweitägigen Schlacht eine verheerende Niederlage. Die Polizeireserve wurde faktisch aufgerieben (und danach aufgelöst), die Polizei war geschlagen. Die britische Regierung schickte die Armee, mehr als 14000 Mann.

Aus Teilen der alten IRA und jungen Iren hatte sich in den Bogside-Kämpfen die provisorische IRA gebildet, zur Abwehr von Polizeiangriffen und Überfällen protestantischer paramilitärischer Verbände. Die britische Armee, von der katholischen Bevölkerung zunächst freundlich begrüßt, die sich Schutz vor Polizei- und Loyalistenübergriffen erhoffte, richtete sich bald vor allem gegen die provisorische IRA und die Teile der offiziellen IRA, die den Kampf wieder aufgenommen hatten. 1971 führte die Londoner Regierung die Internierung ohne Prozeß wieder ein, mehr als 1000 Iren wurden auf Schiffen und in Lagern interniert. Durchsuchungen, Razzien und Verhaftungen waren an der Tagesordnung. Mit primitiven Bomben, die oft den Bombenleger mit zerrissen, und mit Heckenschützenattentaten griff die IRA Armee und Polizei an und verteidigte die katholischen Viertel.

1972 schossen britische Soldaten auf eine unbewaffnete Demonstration von 20000 Iren und töteten 14. Als Folge dieses Mords und der folgenden Antworten der IRA mußte die Londoner Regierung die Provinzregierung auflösen und verhandelte mit der IRA über einen Waffenstillstand, der aber nur kurze Zeit hielt.

Die raschen Erfolge, die Aufwertung durch die Verhandlungen, aber auch politische Illusionen machten viele Republikaner sicher, ein Sieg stehe kurz bevor. Die britische Taktik bestand darin, vor allem ab 1975, den Krieg zu „ulsterisieren“, d.h. möglichst die Armee aus der vordersten Linie zu



Kinder werden zum Verhör gebracht

nehmen und die IRA zu kriminalisieren.

Mit Foltermethoden und Spezialgerichten wurden hunderte wegen IRA-Mitgliedschaft verurteilt. Wer einmal bei der Polizei gestand, wurde aufgrund eines Sondergesetzes verurteilt, auch wenn er das Geständnis vor Gericht zurücknahm. 1979 erklärte der Polizeiarzt Robert Irwin in einer Fernsehsendung, er selbst habe Kenntnis von weitverbreiteter Folter und Brutalität gegenüber Gefangenen.

Die IRA reagierte mit einer vollständigen Umorganisation. Danach war ihre Schlagkraft größer als zuvor. 1977 sagte Nordirlandminister Mason die baldige Niederlage der IRA voraus. 1978 tötete die IRA bei einem einzigen Angriff 18 britische Soldaten. In einem Geheimdokument der Armee, das an die Öffentlichkeit gelangte, führte ein hoher General 1979 aus: „Die provisorische IRA ist vor allem eine Arbeiterorganisation aus den Ghettos der Städte und armen Landgegenden. Aber es gibt auch eine Schicht von intelligenten, harten und erfahrenen Terroristen, die das Rückgrat der Organisa-



Schlacht um Bogside, 1969

tion bilden. Die provisorische IRA wird wohl weiterhin die Leute rekrutieren können, die sie braucht ... Die Bewegung wird auch genügend öffentliche Unterstützung finden, um sichere Basen in den republikanischen Gebieten zu finden.“

Die IRA wurde stärker, weil sie den bewaffneten Kampf führt und eine programmatische Entwicklung nahm, die sie positiv von der SDLP – die aus der Bürgerrechtsbewegung entstand und die größte katholische Partei ist – unterscheidet. Sie tritt gegen alle Versuche auf, über eine Föderation Nordirland-Republik die protestantischen Vorrechte zu erhalten. Sie greift die Ursachen der Kolonialherrschaft, die Bereicherung der britischen Kapitalisten, an und tritt für den Sozialismus ein. Sie lehnt die Mitgliedschaft in NATO und EG ab und unterstützt die Befreiungskämpfe der PLO und im südlichen Afrika. Und mit der größeren Fertigkeit im Bombenlegen, mit dem die britische Armee zum Abzug gezwungen werden soll, kam eine größere politische Geschicklichkeit. Heute suchen Sinn Féin und IRA die Unterstützung in Gewerkschaften und die Aktionseinheit mit anderen republikanischen Gruppen wie der IRSP.

Quellenhinweis: An Phoblacht, Zeitung der Sinn Féin (44 Parnell Square, Dublin), verschiedene Ausgaben; Troops Out, hrsg. Troops Out Movement, London, versch. Ausgaben; Troops Out Movement, No British Solution; M. Farrell, Northern Ireland, the Orange State, London 1976 und 1980; Economist, verschiedene Ausgaben

Interview mit einem Mitglied des Allgemeinen Hauptquartiers der IRA (Auszüge)

Gibt es irgendeinen Unterschied in der Zielsetzung der IRA verglichen mit der vor zehn Jahren?

Nein. Es bleibt weiter unser Ziel, einen britischen Rückzug aus Irland zu erzwingen und eine demokratische sozialistische Republik zu errichten, die auf der Proklamation von Ostern 1916 basiert.

Was ist die allgemeine Strategie des bewaffneten Kampfes?

... die Kräfte, die gegen die britische Präsenz sind, zu einigen und einen britischen Rückzug sicherzustellen. Mit diesem Ziel sind die auf wirtschaftlichen Schaden zielenden Bombenanschläge und der Abnutzungskrieg gegen die britischen bewaffneten Kräfte durchgeführt worden. Angriffe auf die britische Armee ... werden schlicht deshalb durchgeführt, um die Kriegsmaschine durch die Beibringung von so vielen Verlusten wie möglich zu schwächen ... Zur gleichen Zeit hat die Bombenkampagne den Vorteil, daß sie den Druck auf die nationalistischen Gebiete mildert, indem die Briten ihre Truppen verteilen müssen, um Stadtzentren, kommerzielle Ziele, Verbindungslinien usw. zu bewachen.

Wie erfolgreich beurteilt ihr die 1977 ergriffenen Maßnahmen zur Umstrukturierung der IRA? Was machte diese Änderungen nötig, und

was sind die Vor- und Nachteile der neuen Struktur?

... Die Gründe für die Umstrukturierung liegen einfach darin, daß der Krieg notwendigerweise ein Guerillakrieg ist, aber mit einer konventionellen militärischen Struktur geführt worden ist, die bis auf die Gründung der IRA 1916 zurückging ... Die Struktur, die vorher bestand, war grundsätzlich eine Kommandostruktur auf örtlicher Basis, umfaßte örtliche Leute, die einfach zu identifizieren waren, weil unsere Armee nicht einfach eine militärische Maschinerie ist. Sie muß sich mit den Problemen der Leute befassen. Sie muß sich mit den örtlichen Problemen befassen. Dieser Teil ihrer Arbeit konnte ihre militärischen Funktionen gefährden. Nun basieren wir auf autonomen Zellen, die wir rekrutieren, von wo immer wir wollen, und die bis auf eine sehr kleine Zahl von Leuten unbekannt sind. Die Versorgungs-, Kommando- und Richtlinienstränge sind ebenfalls auf eine sehr kleine und unbedingt notwendige Zahl von Leuten begrenzt. Die Sicherheit ist so verstärkt worden und die Briten waren nicht in der Lage, in diese Struktur einzudringen.

War der Einsatz der SAS (Spezialeinheit der britischen Armee, d. Red.) und anderer Untergrundeinheiten ein Problem für die IRA?

... Die IRA hat konkrete Informationen, die ohne jede Frage zeigen, daß die Sonderabteilung der RUC direkt in die Ermordung von Noel Little verwickelt war, in die Ermordung von Ronnie Bunting und den versuchten Mord an Ronnie Bunting's Frau, in die Ermordung von Miriam Daley. Daß die UDR verwickelt war in die versuchte Ermordung der McAliskeys (die frühere Bernadette Devlin und ihr Mann, d. Red.). Daß die RUC verwickelt war in die versuchte Ermordung von Kevin Hannaway und in die Ermordung von Mickey Smith's Mutter und Neffen

...
Quellenhinweis: Irish Quarterly, No.1, April 1981, Hrsg. von Sinn Féin Foreign Affairs Bureau, 44 Parnell Square, Dublin 1, Irland.



Bewaffneter der IRA auf einer Kundgebung in Nordirland

Breschnew: vielen Kritikern vorzuziehen

Der westlich zivilisierte Teil der Weltöffentlichkeit philosophiert nach Art der Hyäne: Ob es eine Hinterlassenschaft Leonid Breschnews gäbe, ob seine politischen Erben dieser gewachsen seien, ob für die UdSSR ein Periode politischer Instabilität eintreten könne und ob die Sowjetunion wohl im Stande sei zu halten, was unter der Ägide Breschnews erworben ward. Die allgemein verbreitete Schlußfolgerung: Noch eine ganze Weile werden die sowjetischen Dinge weiter laufen wie bisher.

Wie laufen diese Dinge? Nun so, wie sie auf Dauer nicht laufen können. Die Volkswirtschaft der UdSSR, gegründet auf viele Jahrzehnte planmäßiger Entfaltung der Produktivkräfte, ist heute so weit auf die Teilnahme am kapitalistisch beherrschten Weltmarkt ausgerichtet, daß dauerhafte Rückwirkungen kaum vermeidlich sein dürften. Zwei sehr große Geschäfte sind jedermann bekannt,

das Weizengeschäft, bei welchem die UdSSR kauft, und das Erdgasgeschäft, bei welchem sie verkauft. Man hat sich entschieden, die verhältnismäßig kostengünstig erschließbaren natürlichen Rohstoffe des Landes zu verknappen und Getreide, das in den USA, in Kanada und Argentinien kostengünstiger als in der UdSSR produziert werden kann, einzuhandeln. Diese Geschäfte sind so umfangreich, daß die Organisation der sowjetischen Volkswirtschaft von deren störungsfreien Ablauf, nun, abhängt, wäre wohl zu viel gesagt.

Der Versuch, über den kapitalistisch organisierten Weltmarkt Produktivitätsunterschiede in solchem Maßstab auszunutzen, setzt ein Sicherheitsinteresse. Daß das Mittel die planmäßige Entfaltung der eigenen Wirtschaft untergräbt, drängt spontan zur Vergrößerung des Maßstabs. Ein Interesse an Ausweitung der Absatzmärkte

und Kontrolle der Zulieferer entsteht.

Die Volkswirtschaften des RGW beschreibt die imperialistische Presse bereits heute wie schlachtreifes Vieh. Die KPdSU muß mit dem Vorwurf bedacht werden, Zustände befördert zu haben, die den westlichen Imperialisten lediglich die Militärmacht der UdSSR als Hindernis erscheinen lassen.

Die Korrektur des eingeschlagenen Irrweges liegt im Interesse der proletarischen Weltrevolution. Zu dieser wird nicht beitragen, wer als Kommunist in einem imperialistischen Land sich großmäulig in Kritik der UdSSR wälzt, geflissentlich verschweigend, was doch jeder weiß: eine proletarische Revolution in den Metropolen des Imperialismus würde alles ändern; hier liegt das Problem und davon ist zu handeln. Zum Schluß könnte man sich darin ein Beispiel nehmen an Leuten wie Breschnew, die zu ihrer Zeit taten, was getan werden mußte: Sie schlugen den Faschismus aufs Haupt.

DGB-Protest gegen Diktatur in der Türkei

Angesichts der von der Bundesregierung geleisteten „Türkei-Hilfen“ an die Militärregierung, angesichts westdeutscher Kapitalanlagen in der Türkei und angesichts der Verweigerung von Asyl für politisch und gewerkschaftlich verfolgte Türken, ist die folgende Erklärung des DGB vom 11. 11.82 längst überfällig gewesen. „Das türkische Militärregime hat sich in einer „Volksabstimmung“ am 7. November 1982 die Zustimmung zu einem Verfassungsentwurf eingeholt, der dem diktatorischen Regime einen legitimen Anstrich geben soll ... Der DGB ... weist darauf hin, daß die Menschenrechte in der Türkei nach wie vor mit Füßen getreten werden, demokratische Gewerkschafter verfolgt und mit Todesstrafe bedroht werden, Folter zum täglichen Ritual gehört und die Gefängnisse mit politisch Verfolgten überfüllt sind. Die neue türkische Verfassung beschränkt die Grundfreiheit weitgehend. Der Tätigkeitsbereich der Gewerkschaften wird so eingeengt, daß diese nicht mehr in der Lage sind, die Interessen der Arbeitnehmer wirksam zu vertreten. Sie haben sich jeglicher politischer Tätigkeit zu enthalten und werden administrativ wie finanziell durch die

türkischen Machthaber kontrolliert. Das Streikrecht ist praktisch außer Kraft gesetzt. Der DGB erneuert seinen Protest gegen das türkische Willkürregime und fordert die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter sowie die Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit und der Menschenrechte. Darüber hinaus stellt sich der DGB voll hinter die Forderungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes wie auch des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, die Türkei aus dem Europarat auszuschließen und die Finanzhilfe des Westens für die Türkei einzufrieren. Auch erwartet der DGB von der deutschen Bundesregierung, eindeutig zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei Stellung zu beziehen und die Fortführung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der Türkei von einer demokratischen Öffnung in diesem Lande abhängig zu machen.“

VDS-Demonstration: Verbot

Mit der Begründung, daß „die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet sein würde“, hat das Bonner Polizeipräsidium am 15.11. die für den 4.12. angemeldete Demonstration der Vereinigten Deutschen

Studentenschaften (VDS) und der Konferenz der Landeserschülervertretungen gegen die von der Bundesregierung geplante komplette Umwandlung der Studienförderung auf Darlehen (siehe auch Artikel S. 19) kurzerhand verboten. Zum Zeitpunkt der Verbotsverfügung hatte nach Auskunft der VDS bereits die GEW mit der Mobilisierung für die Demonstration begonnen, die DGB-Jugend und einzelne DGB-Sprecher wie der DGB-Kreisvorsitzende Marburg unterstützten den Aufruf. Form und Inhalt der Verbotsverfügung deuten auf eine gezielte politische Provokation aus dem Bundesinnenministerium hin, wo man sowieso schon über Plänen brütet, wie die Straßen künftig von allen Demonstrationen außer von staatsreuen Aufmärschen freigehalten werden können. So begründete das Bonner Polizeipräsidium sein Verbot damit, daß der 4.12. ein verkaufsoffener Samstag sei — obwohl etwa die CDU-Demonstration in Bonn am 5. Juli aus Anlaß des Reagan-Besuchs ebenfalls an einem verkaufsoffenen Samstag stattfand. Die VDS haben angekündigt, daß die Demonstration am 4.12. auf jeden Fall in Bonn stattfinden wird. Bei Redaktionsschluß stand die gerichtliche Entscheidung über den Widerspruch der VDS noch aus.

Kohl krieg seinen Segen

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat auf seiner Vollversammlung am 13. November „aus Anlaß der bevorstehenden Bundestagswahl“ eine Erklärung herausgegeben. Unausgesprochener Adressat dieser Erklärung sind vor allem die Grünen bzw. die, die das Zentralkomitee für Grün-Alternative hält. Über sie ergießt sich der ganze christliche Zorn der Schwarzköpfe: „Seit langem wird der Staat von extremen politischen Gruppen herausgefordert, die die Zusammenarbeit für das Gemeinwohl verweigern, die freiheitliche Demokratie unseres Grundgesetzes schmähen, Recht und Ordnung bewußt verletzen und auch vor dem Einsatz von Gewalt nicht zurückscheuen. Solche Gruppen sind nicht demokratisch. Ihr Ziel ist nicht loyale Mitarbeit und Mitverantwortung bei der Lösung der vielen Probleme in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, sondern eine grundlegende Veränderung unserer Ordnung in Familie, Gesellschaft und Staat. Sie drohen, den freiheitlichen Staat unregierbar zu machen.“ Nur wer „gerade aus christlicher Verantwortung gewaltfrei in demokratischer Weise nach Lösungen ökologischer Fragen“ sucht, also frommer Pilzsammler oder staatsreuer Forstbeamter ist, findet die Anerkennung des Zentralkomitees. Die übrigen werden staatlicher Verfolgung preisgegeben. Denn: „Unser Land braucht eine starke und entschlossene Regierung“. Diese soll dann auch die Gewerkschaften gleich mit an die Kandare zu nehmen. „Wir fordern erneut einen Sozialpakt zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern“. Denn: „Die vielen und schweren Aufgaben, die sich uns in den nächsten Jahren stellen, sind nur dann zu meistern, wenn alle Bürger und gesellschaftlichen Gruppen Solidarität üben und ihre Gemeinwohlverpflichtung erkennen ... Das bedeutet für alle Bescheidenheit in den eigenen Ansprüchen und Rücksichtnahme bei der Verteilung des Sozialprodukts.“ Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken gibt der neuen Regierung den Segen, billigt den Einsatz der staatlichen Gewalt gegen ihre Opposition und mahnt für diesen seinen christlichen Zuspruch weltliches Entgegenkommen an.

Bruttolohnbezogen: Rentner könnten für den Lohnkampf Interesse zeigen

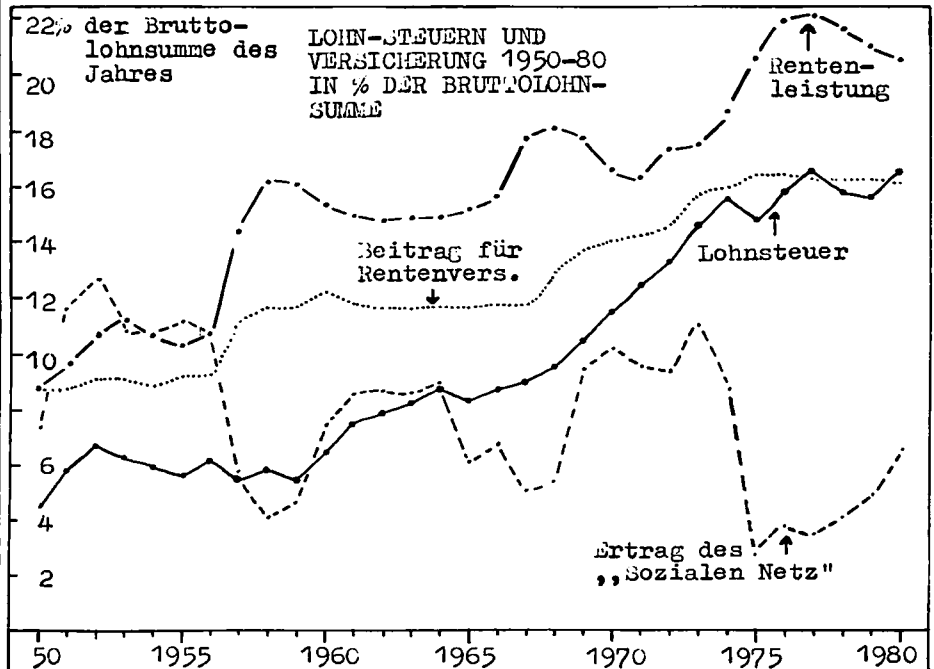
Noch in den Koalitionsvereinbarungen war zu lesen: Beiträge für Rentenversicherung bleiben bei 18,5% ab 1.1.84. Was da bleiben sollte, soll inzwischen „vorgezogen“ werden: Anstieg der Beiträge zur Rentenversicherung von 18 auf 18,5% ab 1.9.83. Dies hat die Regierung am 28.10. beschlossen, damit eingestanden, daß ihr „sicheres Fundament für die soziale Sicherung“ bereits nach gegenwärtigen Rechnungen die Rentenversicherung an den Rand der Zahlungsunfähigkeit bringt.

Seit 1978 ist das Arbeitsamt verpflichtet, in Höhe des vorhergehenden Bruttolohns der Arbeitslosen Beiträge an die Rentenversicherung zu zahlen. Die SPD war schon dabei, die Bemessungsgrundlage auf 70% des Bruttolohns zu senken, die CDU macht jetzt ganze Arbeit: Maß für die Beitragsleistung der Arbeitsämter soll künftig der „Lohnersatz“ sein, für Arbeitslosengeldempfänger und Kurzarbeiter also 68% des Nettolohns.

1977 war die „Ausschaltung des Beschäftigungsrisikos“ für die SPD die Rechtfertigung, um die Reservepflicht der Rentenversicherung auf eine Monatsausgabe herunterzubringen. Nach Vorarbeit der SPD bekommt also nun die Rentenversicherung von der CDU das „Beschäftigungsrisiko“ wieder weitgehend aufgehängt. Mit einem Unterschied: die Reserve ist inzwischen auf 1,2 Monatsausgaben abgewirtschaftet.

Der grundsätzlichen Ablehnung von Kapitalisten, Reaktion, CDU-, SPD- und jetzt wieder CDU-geführten Regierungen der notwendigen Reservebildung der Rentenversicherung entspricht nun eine fieberhafte Tätigkeit zur Senkung des Rentenstandards. Mit einer Verschiebung um ein halbes Jahr soll die Renten Anpassung der „Lohnpause“ den Weg bahnen. Damit nicht genug: die Klein- und Kleinstrentner sollen sich am 1. Juli noch einmal besonders für die höheren Ziele des westdeutschen Finanzkapitals aufopfern. Zwar soll es „bleiben“ bei der Erhöhung um 5,6%, jedoch die Sozialhilfe soll nur um 2% erhöht werden. Und da 5,7 Mio. der 11,8 Mio. Versicherten und Hinterbliebenenrenten unter dem Sozialhilfesatz liegen, werden es also auch nicht wenige sein, für die Kohl das Kunststück fertigbringt, es bei 5,6% „bleiben“ zu lassen, um über die Kürzung der Sozialhilfe die 5,6%-Rentenerhöhung in eine 2%-Gesamterhöhung zu verwandeln. Z.B.: ein Rentner hat 800 DM Sozialhilfebedarf; seine

Rente von 600 DM wird angerechnet. Nach dem 1.7. werden ihm auf 816 DM Bedarf (plus 2%) dann 633,60 DM Rente (plus 5,6%) angerechnet, somit erhält er nur noch 182,40 DM Sozialhilfe (-8,8%). Dabei ist die bis 1985 geplante Einführung eines eigenen Kran-



Während sie die Reservebildung der Sozialversicherungen systematisch verhindert, haben die Bundesregierungen von CDU, CDU/SPD und SPD/FDP kräftig die Lohnbesteuerung erhöht. „Ertrag des Sozialen Netzes“ selbst in den Krisen positiv: Lohnabzüge plus Anteil indir. Steuern abzüglich Versicherungs- und öffentl. Sozialleistungen.

kenversicherungsbeitrages der Rentner noch gar nicht berücksichtigt.

Dennoch ist sich die Regierung über die Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung nicht sicher und erklärt, „... rechtzeitig Vorsorge (zu) treffen, um möglichen Liquiditätsproblemen der Rentenversicherung zu begegnen“. Die Regierung gibt also wohlgerne *keine* Garantie selbst für die wie beabsichtigt gekürzten Renten. Sie gibt auch *keine* Garantie für die Stabilität der wie beabsichtigt erhöhten Beiträge. Die Regierung hüllt sich in Schweigen, deutet Unwägbarkeiten an und redet über „rechtzeitige Vorsorge“. Wofür?

Nach wie vor ist es Ziel von Kapitalisten und Reaktion, in der Senkung des Lohnstandards der Gewerkschaftsbewegung eine „Lohnpause“ aufzuzwingen. Die Regierung als öffentlicher Dienstherr eröffnet diese Lohnauseinandersetzung gegen die Beamten gesetzlich mit diesem Ziel. Ein Erfolg dieser Politik von Kapitalisten und Reaktion würde den finanziellen Zusammenbruch der Rentenversicherung aus

einem möglichen in ein sicheres Ereignis als Folge verringerter Beitragseinnahmen verwandeln. Der Niederlage in der Lohnbewegung könnte somit der Fußtritt einer höheren Beitragsanhebung zur Rentenversicherung folgen.

Jedoch dies hinterhältige Vorsorgekalkül enthält auch eine Gefahr für die Reaktion. Denn nicht umsonst befürchten Bankiers und Kapitalisten seit der Einführung der bruttolohnbezogenen Rente, daß die Rentner am Kampf der Gewerkschaftsbewegung um den Bruttolohn Interesse gewinnen. Noch gibt es diese Bindung der Renten an

den Bruttolohn. Reichsbund und VDK, die beiden größten Rentnerverbände, haben Widerstand angekündigt. Die Gewerkschaften können hier eine kräftige Unterstützung finden für die Lohnbewegung.

Quellenhinweis: Die Angestelltenversicherung 11/82; Handelsblatt v. 28.10.

Rückkehrförderung Entweder Integration oder schnelle Rückkehr

An einem billigen Konzept zur Beschleunigung und Förderung der Rückreise ausländischer Arbeiter, die in der BRD leben, brütet derzeit das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Nachdem das Land Baden-Württemberg über den Bundesrat im April dieses Jahres einen Gesetzentwurf zu „Konsolidierung des Zuzugs und der Förderung der Rückkehrbereitschaft“ in den Bundestag eingebracht hatte, hatte die SPD/FDP-Re-

gierung auf Grundlage des Berichts der Arbeitsgruppe „Rückkehrförderung“ beschlossen, was an direkten Geldanreizen den rückzubefördernden Ausländern als Köder vorzulegen sei: a) eine Herabsetzung der Wartezeit für die Auszahlung der Lohnabhängigenbeiträge zur Rentenversicherung von jetzt zwei auf ein halbes Jahr nach der Rückkehr aus der BRD; b) die Möglichkeit, Sparverträge nach dem 624-DM-Gesetz ohne Verlust der staatlichen Vergünstigungen zu kündigen und c) eine Möglichkeit zu schaffen, daß Ansprüche aus der betrieblichen Rentenversicherungen an die rückkehrenden ausländischen Arbeiter ausbezahlt werden. Wirksam sollten alle Maßnahmen erst ein halbes Jahr nach der Ausreise aus der BRD werden, die Möglichkeit zur erneuten Rückreise in die BRD damit ausgeschlossen sein.

Sowohl die im Bundesratsentwurf vorgelegten Vorschläge als auch die Vorschläge der letzten Bundesregierung zielen auf die Gruppe ausländischer Arbeiter, die schon mehrere Jahre in der BRD arbeiten und beachtliche Ansprüche gegenüber Sozialversicherungen, aus Sparverträgen etc. erworben haben. Ihre Rückkehr würde mindestens bewirken, daß diesen Arbeitern und ihren Familien erhebliche Ansprüche auf Leistungen aus der Sozialversicherung verloren gingen, Staat und Versicherungen weder Arbeitslosengeld noch die vollständige Rente oder gar Sozialhilfe auszahlen mußten. Der Raub von Beitragsgeldern und Steuern der ausländischen Arbeiter wird so zielstrebig befördert.

Weiterer Bestandteil der Rückkehrförderung soll die Schaffung von „Arbeitsplätzen in den Heimatländern“ durch die Förderung des Kapitalexports in die Herkunftsländer der ausländischen Arbeiter, vor allem in die Türkei, sein. Nach seinem Besuch in der Türkei zwecks Sicherung der Pläne von Daimler-Benz, ein türkisches Werk zu eröffnen, erklärte der baden-württembergische Sozialminister Schlee, „daß 5000 arbeitslose Türken aus Baden-Württemberg in dieser Fabrik arbeiten können.“ Die jetzt diskutierten Maßnahmen reichen nach Einschätzung der Arbeitsgruppe „Rückkehrförderung“ allerdings längst nicht hin, um die angestrebte Erleichterung bei den Ausgaben der Sozialversicherung zu schaffen. Die verstärkte Anwendung des neuen Asylrechts und die Verschärfung der Beschränkungen für den Familiennachzug sind die Mittel, die beträchtlichen Druck auf die ausländischen Arbeiter ausüben sollen, ihre Rückkehr in die Unterdrückungsverhältnisse in der Türkei überhaupt zu wünschen.

Quellenhinweis: Bundesarbeitsblatt 10/82; Materialien zum Kongreß der CDU: Ausländer in Deutschland – für eine gemeinsame Zukunft, Oktober 1982, Bonn

Lohnbewegung

In der Steuerfrage tut sich eine gefährliche Flanke auf

Inzwischen hört man Genaueres über den Verlauf der Klausurtagung der IG Metall. Janßen hatte in der Tarifrentenaffäre die Unterstützung der IGM-Bezirke Köln und München. In Bayern sagen inzwischen führende Funktionäre der IG Metall, Festgeld oder eine Sockelkomponente sei jedenfalls für Bayern nicht in der Diskussion, auf die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppe 1 wolle man diesmal außerdem verzichten, weil in dieser Lohngruppe hauptsächlich Jungarbeiter beschäftigt würden und die Abschaffung derselben die Einstellung von Jungarbeitern gefährden könne. Aus Köln hört man, daß der Ford-Betriebsrat einer Kurzarbeitsperiode zugestimmt hat, ohne sich gegen die in vielen Abteilungen gelaufenen Überstunden zu verwahren. Aus Baden-Württemberg und aus dem Nordverbund wird die Absicht spürbar, eine

ablesen läßt, daß für den dauernd noch wachsenden Teil schul- und hochschulmäßig vorgebildeten Personals schon die schiere Rücknahme der durch Inflationsausnutzung entstandenen Steuerquote gerade so viel bringen würde wie so manches Abschlußergebnis, während ein Stehenlassen der Steuerlast große Belegschaftsteile rein rechnerisch zu Geschädigten nivellierender Lohnpolitik machen muß. Zur Aufklärung dieses Sachverhaltes wären noch energische Anstrengungen erforderlich.

Vorderhand jedoch legt sich eine zunehmende Zahl von Funktionären der IG Metall eine Lebensphilosophie zu, die die Arbeiterbewegung mit Erstickung bedroht. Man höre Eugen Loderer, gefragt vom epd, dem evangelischen Pressedienst:

„Frage epd: In der evangelischen Kirche werden Modelle diskutiert,



Mitte Dezember will der Bundestag über den Haushalt 1983 endgültig beschließen

Forderung aufzustellen, die sowohl einen Inflationsausgleich für alle bewirken soll wie das schlimme Los der zu Niedriglöhnen Beschäftigten bessern. Vielleicht spricht sich ja noch herum, daß eine unnachgiebige Position in der Niedriglohnfrage die Kampfkraft der Gewerkschaft in allen Interessenpunkten stärkt. Ausgeschlossen ist das nicht und die Anstrengungen, eine brauchbare Forderung zu begründen, sind ganz bestimmt der Mühe wert.

Leider übt der Funktionärskörper der IG Metall in der Steuerfrage ganz und gar vornehme Zurückhaltung. Dies, obwohl sich aus der Steuertabelle

nach denen kirchliche Mitarbeiter sich auf freiwilliger Basis von der Besoldungsstruktur des öffentlichen Dienstes abkoppeln und Lohnverzicht leisten sollen. Freiwillige Zahlungen, so wird überlegt, sollen in Sonderfonds fließen, aus denen dann zusätzliche Arbeitsplätze finanziert oder freie Stellen wieder besetzt werden könnten. Würden sie einen solchen Weg begrüßen, wäre das vielleicht sogar ein zur Nachahmung zu empfehlendes Modell?

Antwort Loderer: Lohnverzicht aus Solidarität mag in dem von Ihnen genannten Fall einen Sinn haben, aber auch nur dann, wenn sichergestellt

werden kann, daß tatsächlich Neueinstellungen dadurch bewirkt werden. Die Arbeitnehmer der Metallindustrie und vieler anderer Industrien haben in den letzten beiden Jahren – wenn auch unfreiwillig – Lohnverzicht hinnehmen müssen. Trotz immer wiederholter gegenteiliger Beteuerungen sind dadurch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen worden. Dazu wäre nach unserer Auffassung vielmehr die Mobilisierung von zusätzlicher Nachfrage im privaten wie im öffentlichen Bereich erforderlich. Und diese zusätzliche Nachfrage erreicht man ganz sicher nicht durch Lohnverzicht, sondern durch die Steigerung der Kaufkraft, das heißt durch entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter.“

Dies ausführliche Zitat enthält drei Aussagen, wenn auch in versteckter Form. 1.) Loderer wäre für Lohnverzicht zu haben, wenn dadurch die Beschäftigung gehoben würde. Er meint, die Arbeiter verdienen genug, um was zusetzen zu können. 2.) Das Kaufkraftargument dient keineswegs hauptsächlich als Krücke zur Begründung einer Lohnforderung. Loderer spricht von zu schaffender Nachfrage im privaten wie öffentlichen Bereich. Ihm wär's auch recht, wenn das Ergebnis einer Lohnbewegung den Arbeitern gar nicht zu Gesichte käme, sondern in die öffentliche Hand fiel, so diese nur Nachfrage schafft. 3.) Sein Ziel ist nicht der Lohn, der dem Arbeiter erlaubt, die ausgebeutete Arbeitskraft wiederherzustellen, sondern eine Lohnquote, die zu einem Florieren der Kapitalistenwirtschaft führt.

Es mag sich unter besonderen Umständen fügen, daß so ein Interesse, nämlich am Florieren des Kapitalismus auf Wegen, die die Kapitalisten ablehnen, mit dem einfachen Interesse an Vereinbarung eines reproduktionskostendeckenden Arbeitslohnes zusammentrifft. Aber gegenwärtig sieht man in der Steuerfrage recht gut, daß in höheren Funktionärskreisen der IG Metall die Schaffung von Nachfrage durch die öffentliche Hand höher bewertet wird als die Schaffung eines kampfkraftigen Bündnisses von Arbeitern und Angestellten. Kurz: bei der Propaganda gegen die Steuerbelastung ist mit kräftiger Gegenwehr zu rechnen. Nicht weil die Sozialdemokraten das Problem nicht verstanden, sondern weil sie es sehr gut verstehen.

Sobald aber die Kampagne der Kapitalisten gegen die Lohnbewegung auf Touren ist, werden auch Leute wie Loderer spüren, daß ihre Meinung einen Dreck zählt, wenn sie nicht auf kampfkraftige Bewegungen verweisen können. Vielleicht werden sie dann Diskussionsbereitschaft zeigen.

Quellenhinweis: epd-Dokumentation Nr. 49a/82, Frankfurt 1982; BWK, Nachrichtendienst Metallindustrie Nr. 42 und 44/82; Politische Berichte Nr. 23/82 und 24/82, S. 38/39

Rohstoffe Imperialisten erzwingen Niedrigstpreise

Die Imperialisten und ihre Presse triumphten, zurückhaltend zwar, aber deutlich. Es ist ihnen gelungen, die Rohstoffpreise auf ein Rekordtief zu drücken. Die folgende Tabelle läßt vermuten, daß die Preise noch weiter sinken werden.

Rohstoff	Änderungen* zum Vormonat Vorjahr	
Nahrungs- und Genußmittel	0,1	—14,0
darunter:		
Getreide	—3,7	—23,8
Ölsaaten, Öle	—4,1	—22,5
Genußm., Zucker	3,1	— 6,1
Industrierohstoffe	—3,1	—13,0
darunter:		
agrarisches Rohstoffe	—5,6	—14,9
Nichteisen-Metalle	—0,2	—13,8
Eisenerz, Schrott	—1,7	— 6,8
Energierohstoffe	—0,1	— 3,4
darunter:		
Kohle	—2,0	—12,9
Rohöl	0,0	— 3,0
Gesamt-Index ohne Energierohstoffe	—1,9	—13,4
Gesamt-Index mit Energierohstoffen	—0,4	— 5,4

*Änderungen in Prozent; Quelle: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg.

Daß die Rohstoffpreise ins Bodenlose fallen, hat folgende Gründe: Im Gefolge der wirtschaftlichen Krise in den imperialistischen Ländern hat die Nachfrage nach Rohstoffen und insbesondere nach Industrierohstoffen stark abgenommen. Nach wie vor hängt die Wirtschaft der meisten Länder der Dritten Welt vom Verkauf eines oder einiger weniger Rohstoffe ab. Um den von den Imperialisten geforderten Schuldentilgungsverpflichtungen und den nach erheblich gestiegenen Zinserhöhungen noch drückender gewordenen Zinsverpflichtungen nachkommen zu können, müssen diese Länder ihre Rohstoffe selbst zu Spottpreisen verkaufen. Um sich dagegen abzusichern, forderten die unterdrückten Länder seit langem ein „Integriertes Rohstoffprogramm“. Dazu sollten gehören: Feste Preis- und Mengenabkommen über die 18 wichtigsten Rohstoffe und die Anlage von internationalen Vorratslagern, die Nachfrageschwankungen aufzufangen sollten.

Die BRD-Imperialisten haben nie Zweifel aufkommen lassen, wie sie zu diesen Forderungen stehen. In der Antwort auf eine große Anfrage der CDU/CSU hatte die Bundesregierung 1978 klargestellt: „Vorrangiges Ziel der Rohstoffpolitik der Bundesregierung ist die Erhaltung funktionsfähiger Rohstoffmärkte ... Keines der vorge-schlagenen Instrumente ist nach Auf-

fassung der Bundesregierung praktikabel, um im Rahmen von Abkommen künstliche Preisanhebungen vorzunehmen. Die Bundesregierung glaubt auch nicht, daß sich derart künstliche Preise gegenüber dem Markt mittelfristig durchsetzen ließen.“

Auf internationalen Konferenzen setzte die BRD sich dafür ein, die internationalen Rohstoffmärkte von administrativen, den Markt-Preis-Mechanismus beeinträchtigenden Regelungen frei zu halten.“ Bei internationalen Verhandlungen haben sie „klargemacht, daß sich Forderungen wie das integrierte Rohstoffprogramm nicht durchsetzen lassen“. Gleichzeitig strebte die BRD im Rahmen der Kooperationspolitik der EG Einzelabkommen zum Beispiel mit den AKP- und den ASEAN-Staaten an, um die Front der rohstoffproduzierenden Länder der Dritten Welt aufzuweichen. Wo sich für einzelne Rohstoffe Abkommen nicht vermeiden ließen, stellten die EG- und US-Imperialisten die Weichen von Anfang an so, daß die beabsichtigten Ziele sich auf keinen Fall erreichen ließen. Sie boykottierten die Abkommen wechselseitig, wie zum Beispiel die USA das Kakao-Abkommen oder die EG das Zucker-Abkommen. Zusätzlich übten sie auf besonders von ihnen abhängige Erzeugerländer einen solchen Druck aus, daß diese dem jeweiligen Abkommen auch nicht beitraten. So blieb das Haupterzeugerland für Kakao, Elfenbeinküste, dem Kakao-Abkommen fern. Die Finanzmittel für die Ausgleichslager werden so knapp gehalten, daß sie nur begrenzt eingreifen können. So gingen dem Verwalter für das Kakao-Ausgleichslager im März 1982 die Mittel aus. Der Preis sank auf 76 Cents/Pfund, obwohl der Mindestpreis im Abkommen auf 110 Cents/Pfund festgesetzt war.

Quellenhinweis: Handelsblatt, lfd.; Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/1981

Belgien Steuerumverteilung und weitere Lohnsenkungen

In den letzten Wochen hat die belgische Regierung ihre Haushaltsgesetze für 1983 fertiggestellt. Die bereits vor Wochen verkündeten Eingriffe in die Arbeitslosenversicherung (siehe Pol. Ber. 21, S. 30), die für verheiratete Frauen in den unteren Lohngruppen den Anspruch auf Arbeitslosengeld weitgehend beseitigen, die Kürzungen beim Kindergeld, die Lohnkürzungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst (siehe Pol. Ber. 18, S. 29) und die Erhöhung der Mehrwertsteuer um durchschnittlich 2% auf 19% sollen

jetzt noch um eine „familienfreundliche“ Steuerreform ergänzt werden.

Die Bestandteile dieser Steuerreform lassen leicht erkennen, welche Familien die Regierung dabei be- und welche sie entlasten will. So soll für Bezieher von Einkommen ab 750000 bfr. aufwärts im Monat (ca. 4700 DM) erstmals das in der BRD schon erprobte Steuersplitting eingeführt und zusätzlich die Steuerprogression für Jahreseinkommen ab 47000 DM brutto verringert werden. Zum „Ausgleich“ will die Regierung einen bisher steuerfreien Einkommensbetrag von 625 DM aufheben – so daß die Lohnabhängigen in den unteren und mittleren Lohnzonen künftig noch rascher in die Progression kommen und durch höhere Steuerlasten die Entlastung der besser verdienenden Familien „ausgleichen“.

Diese brutale Steuerverteilung, die absichtsvoll bis zu den Vorarbeiter- und Meisterlöhnen hinunter die Steuerlast mindert, soll sodann durch eine ein weiteres Jahr gesetzlich festgeschriebene „Lohnzurückhaltung“ ergänzt werden. Die Regierung beabsichtigt, im kommenden Jahr weitere Lohnsenkungen um durchschnittlich 4% zu erzwingen. Mit Hilfe der Sondervollmachten, die ihr das Parlament Anfang des Jahres verliehen hatte, hät-

te sie dann bis Ende 1983, also binnen zwei Jahren, den Lohnstandard der belgischen Arbeiter um durchschnittlich 10% und mehr gesenkt – zweifellos eine bedeutende Maßnahme zur „Wirtschaftssanierung“.

Den „sozialen Unruhen“, die das „Handelsblatt“ als Folge dieser neuerlichen Regierungspläne in Belgien befürchtet, sieht die Regierung gelassen entgegen. Zwar hat der christliche Gewerkschaftsbund ACV geäußert, er sei angesichts der neuen Pläne der Regierung jetzt zu gemeinsamen Aktionen mit dem Gewerkschaftsbund ABVV bereit – wodurch die bei den Streiks im Frühjahr dieses Jahres noch so verhängnisvoll zutage getretene Spaltung der belgischen Gewerkschaften erstmals seit Inkrafttreten der Sondervollmachten der Regierung wieder überwunden wäre. Aber noch sind diese gemeinsamen Aktionen von ABVV und ACV nicht beschlossen. Und sollte es dazu kommen, dann hat die Regierung bereits deutlich gemacht, daß sie nicht zögern werde, beim Parlament eine sofortige Verlängerung der Ende des Jahres auslaufenden Sondervollmachten zu beantragen.

Quellenhinweis: De Morgen, Ausgaben vom 27.10 bis 12.11.; Solidair, Zeitung der Partij van de Arbeid (PvdA), Ausgaben vom 20.10. bis 10.11.82.



Monstrums „solidarische Gesellschaft“. Tatsächlich aber sollen sie den Kapitalisten nachgeben, die die Opfer der Lohnabhängigen mit Wohlgefallen einstreichen werden.

Welche Schranken will die EKD beseitigt sehen? Zunächst einmal soll gelten: „keine Besitzstandswahrung um jeden Preis“. Getreu dem Wort der Heiligen Schrift, daß eher ein Kamel durchs Nadelöhr kommt als ein Reicher ins Himmelreich, gilt diese Grundsatzforderung der EKD den „Besitzenden“, natürlich nicht den Kapitalisten, sondern den „Arbeitbesitzenden“. Von diesen Lohnabhängigen fordert die EKD: „Zu der konsequenten und opferbereiten Verwirklichung der Solidargemeinschaft gehört: ... eine Inkaufnahme von Gehaltseinbußen, die denen, die keine Arbeit haben, sowie denen, deren Arbeitsplatz gefährdet ist, wirklich (!) zugute kommen.“

Eine Grenze der Einkommensentwicklung nach unten legt die EKD dabei nicht fest. Diese Lohn- und Gehaltseinbußen kommen aber bekanntlich den Kapitalisten zugute. Das einzige Glück der Arbeitslosen, das ihnen daraus erwachsen kann, wird höchstens darin bestehen, vielleicht irgendwann einmal zu weit gedrückten Elendslöhnen wieder beschäftigt zu werden. Die EKD-Studie jedenfalls geht von beständig wachsenden Arbeitslosenzahlen zumindest bis 1990 aus. Das Opfer muß also wirklich groß sein. Insbesondere der öffentliche Dienst soll opfern: „Weite Teile des öffentlichen Dienstes müssen in diesem Sinn stärker in den Solidarbeitrag einbezogen werden.“ Die christlich-demokratischen Minister Blüm und Zimmermann haben über alle Konfessionsgrenzen hinweg das Wort der EKD recht verstanden. Den Vergleich mit den lange hohes Ansehen genießenden „Thron und Altar“-Predigten der pro-

EKD-Studie

Die Lohnabhängigen sollen ins Dienstbotenrecht gezwungen werden

Die Kapitalisten quält ein Problem. Obwohl sie mit der geballten kapitalistischen Marktgesetzlichkeit auf die Lohnabhängigen losschlagen und bisher zwei Millionen auf die Straße gesetzt haben, erzielen sie nicht die gewünschte durchschlagende Wirkung. Weder zeigen sich Möglichkeiten, aus dem wachsenden Heer der Arbeitslosen Streikbrecher zu rekrutieren, noch stürzt der Lohn ruckartig in größerem Ausmaß, und auch Schutzrechte der Lohnabhängigen konnten die Kapitalisten nicht im herbeigesehnten Maße niederreißen. Die Lohnabhängigen verhalten sich nicht nach den kapitalistischen Marktgesetzen. Sie unterwerfen sich nicht.

Dieses Problems hat sich jetzt die Evangelische Kirche Deutschlands angenommen und sich die Aufgabe gestellt, Zutreiberdienste fürs Kapital zu leisten. Für die diesjährige Synode Mitte November hat die Kammer der EKD für soziale Ordnung eine offizielle Studie vorgelegt, um die Richtung zu weisen. Mit dieser Studie „Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen“ hat sich die EKD zum Ziel gesetzt, die Schranken, die die Lohnabhängigen gegen die kapitalistische Aus-

beutung errichtet haben, moralisch zu beseitigen und zerschlagen zu helfen.

Als Rammbock dazu dient der EKD die Konstruktion der „solidarischen Gesellschaft“, der alle zu dienen haben. Dieser „solidarischen Gesellschaft“ droht laut EKD die Spaltung. Mit dieser Spaltung ist aber nicht etwa die vorhandene Spaltung der Gesellschaft in der Bundesrepublik in besitzende und besitzlose Klassen gemeint. Laut EKD droht vielmehr eine Spaltung der Gesellschaft in die „Arbeitbesitzenden“ und diejenigen, „die ohne Arbeit sind.“ Nun könnte man antworten, daß dies doch nur andere Namen für die gleiche Klassenspaltung seien. Denn bekanntlich sind die Kapitalisten „ohne Arbeit“ und arbeiten die Lohnabhängigen für die Kapitalisten. Die EKD aber meint ganz anderes. Sie will die Lohnabhängigen, die das Pech haben, keine Ausbeuter zu finden, aufhetzen gegen die Lohnabhängigen, die das Unglück haben, ausgebeutet zu werden. Denn die „arbeitbesitzenden“ Lohnabhängigen würden auf Kosten der arbeitslosen Lohnabhängigen leben. Daher seien die „Arbeitbesitzenden“ verpflichtet, große Opfer zu bringen zugunsten des

testantischen Kirchen zu Kaisers Zeiten und davor braucht die Studie der EKD wahrlich nicht zu scheuen.

Der freie Arbeitsmarkt ist für die Kapitalisten dort eingeschränkt, wo die Arbeiterbewegung gegen den schrankenlosen Zugriff der Kapitalisten Arbeiterschutzzrechte durchsetzen konnte. Die EKD erklärt, ihr Monstrum „solidarische Gesellschaft“ erfordere zu überlegen, „inwieweit einige der von den Arbeitgeberinnen besonders kritisierten und als Einstellungshemmnisse eingestuften Arbeits- und Kündigungsvorschriften in einem beschäftigungsfreundlichen Sinn umgestaltet werden können, ohne dabei ihre Schutzaufgabe einzuschränken.“

Haben die Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft frühzeitig für die Profite der Kapitalisten verschleien müssen und sind sie dann noch gezwungen, weiterhin als Schwerbehinderte ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen, dann sehen sich die Kapitalisten in ihrer Beschäftigungsfreude durch Schwerbehindertenrechte gestört. Die EKD sieht die Notwendigkeit der Änderung auch hier: „Ohne einer restriktiven Handhabung des Anerkennungsverfahrens für Schwerbehinderte das Wort reden zu wollen, bleibt doch zu fragen, ob die große Zahl der Aner-

zur Vernutzung anzubieten, bis diese zu Tode geschunden sind, kennt keine moralischen Schranken.

Die Arbeitslosen sind einfach nicht bereit, sich jeder üblen vom Kapital diktierten Arbeitsbedingung zu unterwerfen. Die EKD propagiert unter der Losung „Zweiter Arbeitsmarkt“ den Arbeitsdienst zu Almosensätzen: „Die Beschäftigung voll leistungsfähiger und leistungswilliger Arbeitsloser im Rahmen sozialer Dienste vor Ort ... Die vermittelten Arbeitslosen erhalten für die von ihnen geleisteten sozialen Dienste eine Vergütung, die an die Stelle einer bloßen Arbeitslosenunterstützung tritt.“ Wer nicht zum Arbeitsdienst bereit ist, soll verhungern: „Grundsätzlich arbeitsunwillige erhalten nach diesem Modell keine Unterstützung der Solidargemeinschaft.“

500000, vermutet die EKD, werden in diesen Arbeitsdienst gepreßt werden können. Die EKD hat schon die Profite errechnet, sieben bis neun Milliarden DM sollen vor allem im Bereich des Gesundheitswesens hereingeholt werden. Die Vergütung der dort zwangsweise eingestellten Arbeitslosen soll den „solidarischen“ Druck auf die Löhne der dort Beschäftigten ganz wesentlich verstärken helfen und auch die Forderung an die Gewerkschaften un-

Arbeit ist in der Bibel nicht zuletzt deshalb als Mühe und Beschwernis beschrieben, weil die Menschen ihrer ursprünglichen Verantwortung von Anfang an nicht gerecht werden. Geltungs- und Besitzansprüche werden mit der Arbeit verbunden.“ Die „arbeitbesitzenden“ Lohnabhängigen machen sich der Pervertierung der Arbeit schuldig, wenn sie aus Besitzstandedenken heraus handeln. Weil sich die Arbeiter organisiert aus dem Dienstbotenverhältnis gegenüber den Kapitalisten herausgekämpft haben und auf dem erkämpften Standard bestehen, erhebt die EKD Anklage gegen sie. Die EKD will ihre christliche Verantwortung dadurch erfüllen, daß sie als „Stimme der Gedrückten“ die Arbeitslosen gegen die Lohnabhängigen, die der Ausbeutung unterworfen sind, mobilisiert und so einen Glückzustand der Gesellschaft anstrebt, in dem die Arbeiter wieder dankbar werden für jedes Stück Brot, das vom Tisch der Herren fällt.

Diese Sorte Dienstbotenverhältnis besteht seit langem in der EKD in der „Dienstgemeinschaft“ der Kirche. Für ihren Bereich hat die EKD das Tarifvertragsrecht als „wesensfremd“ grundgesetzlich beseitigt. Die EKD will mit gutem Beispiel vorangehen und dem Heer der über 400000 bei kirchlichen Einrichtungen Beschäftigten ihre „solidarische Gesellschaft“ stärker zu schmecken geben.

Es ist umso erfreulicher, daß auf der Synode selber Vertreter der Gewerkschaften und Sprecher von kirchlichen Arbeitsgemeinschaften diesen Plänen nach Ausweitung der Dienstbotenverhältnisse in der EKD auf die ganze Gesellschaft entgegentraten und forderten, daß die EKD endlich das Tarifrecht anerkenne.

Quellenhinweis: epd-Dokumentation Nr. 43/82 „Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen – Sozial ethische Probleme der Arbeitslosigkeit“



Der evangelische Reichsbischof Ludwig Müller segnete die Hakenkreuzfahnen. Große Teile der evangelischen Kirchenführung unterstützten die deutschen Imperialisten und ihre Terrorherrschaft. Heute steht die EKD voll hinter den Lohnsenkungs-Plänen der Kohl-Regierung.

kennungen zum Schwerbehindertenstatus ... die Eingliederung bestimmter Gruppen von elementar Schwerstbetroffenen ... letztlich nicht erschwert, wenn man davon ausgeht, daß ein nicht unerheblicher Anteil der anerkannten Schwerbehinderten die gewährten Erleichterungen nicht dringend braucht. Damit werden von ihnen zugleich Hilfen absorbiert, die andere viel dringender benötigen.“ Die gewundene Kaltschnäuzigkeit, mit der die EKD-Herren darauf lossteuern, auch noch Krüppel den Kapitalisten

termauern, Lohnkürzungen hinzunehmen und „eine differenzierte Lohnpolitik nach Branchen und Regionen zu betreiben.“

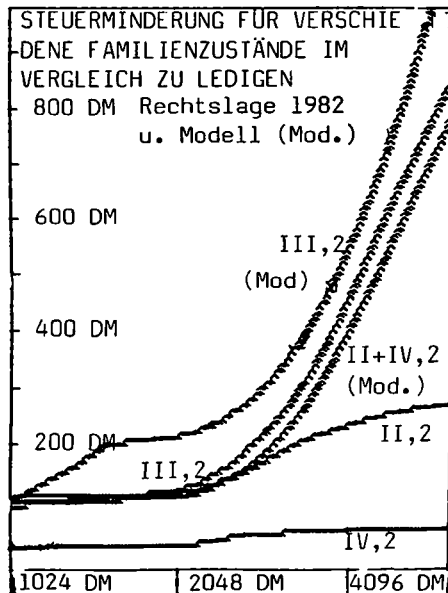
Den Ursprung für diese die Arbeitslosen zu Almosensätzen vernutzende und alle Schutzschranken niederreißende „solidarische Gesellschaft“ findet die EKD im christlichen Arbeitsbild: „Arbeit ist Freude und Leid.“ Wer die Freude hat, für die Kapitalisten seine Arbeitskraft zu vernutzen, kann das Leid nicht auf die Arbeitslosen abschieben. Denn: „Menschliche

Bundesverfassungsgericht Noch weniger Steuern für die reichen Familien

In seinem Urteil vom 3. November zur Besteuerung der Familien hat das Bundesverfassungsgericht deutliche Verfassungsschranken gegen jede politische Kritik des bestehenden Steuerrechts gesetzt. Die Richter haben das Splittingverfahren zur Verfassungsnorm erhoben und damit die steuerliche Prämierung der Hausfrauenehe der begüterten Schichten zum staatstragenden Prinzip erklärt.

Geklagt hatten vier Alleinstehende mit Kindern, daß sie im Vergleich zu Verheirateten mit Kindern zu viel Steuern bezahlen müßten. Rechnet man nach (s. Schaubild), so ergibt sich, daß

die Behauptung allgemein gar nicht richtig ist. Gegenüber den verheirateten Lohnabhängigen, die beide arbeiten müssen (Steuerklasse IV), ist ein alleinstehender Lohnabhängiger mit Kindern etwas steuerlich entlastet; allerdings nicht so, daß auch nur annähernd die Kosten für die Kinder gedeckt wären selbst unter Einberechnung des Kindergeldes. Im Einkommensbereich etwa bis zum Facharbeiter ist der alleinstehende Arbeiter oder Angestellte mit Kindern bei den Steuerabzügen auch in etwa gleichgestellt mit dem gering verdienenden Arbeiter,



Zur Berechnung: Als Splittingdivisor wurde 0,6 pro Kind angenommen

dessen Frau zu Hause bleiben muß (Steuerklasse III).

Die Verfassungsrichter haben die Besteuerung für die unteren Einkommen auch überhaupt nicht beanstandet. Zur Entscheidung stünde nicht, daß „Ehepaare die durch das Splittingverfahren geleistete Entscheidungsfreiheit über die Aufgabenverteilung in der Ehe faktisch dann nicht nutzen (können), wenn sie aufgrund ihres niedrigen Einkommens beide zur Berufstätigkeit gezwungen sind“. Dagegen sei die Besteuerung im Progressionsbereich verfassungswidrig. Die Beschwerdeführer, deren Einkünfte alle in diesem Bereich lagen, seien gegenüber der Hausfrauenehe von gut verdienenden Angestellten usw. benachteiligt.

Die deutliche Steuerentlastung der Familien der besser Verdienenden, falls die Frau nicht arbeitet, die so richtig einträglich für die höchsten Einkommen wird, ist eine Folge des Ehegattensplitting. Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt in seinem Urteil ausgeführt, daß „das Ehegattensplitting keine beliebig veränderbare Steuer-Vergünstigung“ (ist), sondern ... eine an dem Schutzgebot der Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz (Schutz der Ehe, d.V.) und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Ehepaare (Art. 3,

Abs. 1 GG) orientierte sachgerechte Besteuerung.“ Das „Handelsblatt“ schreit auch schon gegenüber einem Vorschlag der SPD, das Ehegattensplitting bei 10000 DM zu kappen: „Gegen das Grundgesetz“.

Die Verfassungsrichter haben die Bundesregierung verpflichtet, bis spätestens zum 1.1. 1985 den Steuertarif so zu ändern, daß die festgestellte Benachteiligung beseitigt wird. Dabei muß beachtet werden: „Die wirtschaftliche Belastung durch Unterhaltspflicht gegenüber Kindern ist ein besonderer, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern beeinträchtigender Umstand.“ Das von der Bayerischen Staatsregierung vorgeschlagene Modell des Familiensplitting sei eine der möglichen Lösungen. Im Schaubild ist die Wirkung dargestellt: Kinderprämien, die etwa ab Abteilungsleiter beginnen, die tatsächlichen Kosten für Kinder zu decken. Die Progressionswirkung des Steuertarifs wäre für einige Zeit beträchtlich gemildert, sofern man Kinder hat. Eine solche oder ähnliche Tarifänderungen ließen aber nicht nur die Progression im Bereich der höheren Arbeiter- und mittleren Angestellteneinkommen bestehen. Zur Finanzierung wären Steuererhöhungen bei den ärmeren Haushalten nötig, daß es nur so schmalzt.

Quellenhinweis: Urteil des Bundesverfassungsgerichts, 1. BvR 620 78 u.a.; Handelsblatt, 10.11.82

Kapitalexport BRD will Besitz an Rohstoffen in der Türkei

Der CDU-Politiker v. Hassel stellte nach der Abstimmung über die neue türkische Verfassung fest: „Bei dem ungewöhnlich hohen Ansehen des Staatspräsidenten Evren sollte ein Streit über formelle Verfassungsfragen zurückgestellt werden. Wir sollten uns aufrichtig freuen, daß es diesem Mann gelungen ist, die Türkei auf den richtigen Weg zu führen.“ Die Teile der bürgerlichen Meinung, die an der jetzt festgeschriebenen Militärdiktatur „mehr als nur einige Schönheitsfehler“ finden, schließen sich der Wertschätzung an. „Die große Mehrheit für General Evren war vor allem ein Votum gegen Terror und Wirtschaftsmisere“ (Süddt. Ztg.). Daß dieses Stimmresultat nur durch den Terror gegen jegliche Opposition zustande kam, soll man vergessen, denn schließlich sei die Türkei ein „so gut wie unaufgebarere Eckpfeiler Europas“, der weiter ausgebaut werden müßte. Die USA wollen drei NATO-Stützpunkte erweitern und eine Basis für ihre „schnelle Eingreiftruppe“ schaffen.

Die „Wirtschaftsmisere“ bestand

für die Imperialisten unter anderm in Schranken, die frühere türkische Regierungen gegen einen ungehemmten Waren- und Kapitalexport errichtet hatten. Das Evren-Regime schafft Abhilfe. Die Zahl der ausländischen Kapitalanlagen wächst, an erster Stelle die westdeutscher Firmen, teilt die Yapi Kredi Bank in ihrem neuesten Vierteljahresbericht mit. Daimler Benz will ein LKW-Werk bauen, das in etwa zwei Jahren vor allem für den Nahost-Markt liefern soll. Die AEG-ETI, eine 50%ige AEG-Tochter, plant Erweiterungsinvestitionen in Höhe von 2,9 Mrd. TL (rd. 58 Mio. DM). Außer der Ausrüstung türkischer Kraftwerke liefert die AEG-ETI in den Irak.

Die BRD will endlich an die Rohstoffe in der Türkei herankommen. Ein Hindernis für die westdeutschen Kapitalisten waren Bestimmungen, die eine Beteiligung ausländischer Unternehmen im Bergbau untersagten. Mit dem Putsch sorgten die Imperialisten für eine Änderung. Kaum drei Monate danach, am 11.12.1980, führte der BDI in Köln ein Treffen westdeutscher Kapitalisten mit drei hohen türkischen Ministerialbeamten durch. Dabei wurden mögliche Investitionen von BRD-Kapitalen im Braun- und Steinkohlebergbau erörtert. Im Juni 1981 schlug die Etibank (die staatliche türkische Bergbauholding) verschiedene Projekte vor. Die westdeutschen Kapitalisten teilten über diplomatische Kanäle mit, daß sie die Initiative grundsätzlich begrüßten. Bevor jedoch nicht geklärt sei, ob der ausländische Investor Eigentumsrechte an Rohstoffvorkommen erwerben könne, sei nicht mit westdeutscher Kapitalanlage zu rechnen. Die BRD-Imperialisten wollen in den Besitz von Kohlevorkommen gelangen. Sie hätten damit eine beherrschende Stellung in der türkischen Energieversorgung, nachdem sie bereits am Bau von Wasser- und Wärmekraftwerken beteiligt sind. Und die strategisch wichtigen Rohstoffe wie Kupfer und Chromerze locken sie. Neben Südafrika und der Sowjetunion ist die Türkei Hauptlieferant von Chrom für die BRD. 15% des EG-Verbrauchs an Chromerzen kamen 1978 aus der Türkei. 11% der Weltvorkommen sollen dort lagern.

Am 25. Oktober 1982 lud die Fachvereinigung Auslandsbergbau in Bonn den Generaldirektor von Etibank Öcal vor zur Darstellung von sieben Projekten, an denen sich westdeutsches Kapital beteiligen soll, unter anderem das Milas-Alumina-Projekt und zwei Kupferprojekte, Rize-Cayeli und Siirt-Madenköy. Öcal sagte zu, daß ein „beschleunigter Abbau der hochwertigen Vorkommen“ durch ausländisches Kapital erfolgen soll.

Quellenhinweis: CDU, Deutschland Union Dienst, Nr. 214, 8.11.82; Nachrichten für Aussenhandel, 27.10.82

„Recht auf Eigentum“ schützt die Bourgeois. Die FDP will die Abschaffung der Lohnfortzahlung und hetzt gegen den DGB

Nach dem Bundesparteitag der F.D.P. brechen die Spekulationen über die Fortexistenz der F.D.P. nicht ab. Die bürgerliche Presse ist skeptisch, gibt aber kein endgültiges Urteil ab und bemüht sich ihrerseits, den Liberalen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. „Die Zeit“, die den Liberalen sehr nahe steht, ist mit den Ergebnissen des F.D.P.-Parteitages in Westberlin überhaupt nicht zufrieden. Sie weist darauf hin, daß der Kurswechsel die F.D.P. von einer nationalliberalen Politik unter Erich Mende zu einer sozialliberalen Koalitionspolitik mit der SPD unter Walter Scheel 1969 zu 4000 Mitgliederverlusten bei 57000 Mitgliedern führte. „Die Zeit“ bemerkt, daß die Situation heute nicht vergleichbar ist, 3000 Austritte bei 87000 Mitgliedern, weil der „Schock des Koalitionswechsels“ viel größer ist als 1969, als die F.D.P. in der Rolle der Opposition sich an einen politischen Wechsel „gewöhnen“ konnte.

Solche Informationen sind sicher für den Kenner der liberalen Kreise von Bedeutung. Im Kampf gegen die Reaktion ist aber interessant, ob die Grundwerte liberaler Politik erschüttert sind, oder ob die Liberalen nur neue Organisationsrahmen und neue Schwerpunkte suchen.

Das auf dem F.D.P.-Parteitag verabschiedete „Berliner Manifest“ faßt die liberalen Grundsätze wie folgt: „Seit der liberalen und bürgerlichen Revolution in Frankreich 1789 und in Deutschland 1848 lauten die Grundlagen liberaler politischer Zielsetzung unverändert: Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit. In Abwägung zwischen diesen drei Grundwerten steht für den Liberalen die größtmögliche Freiheit jedes einzelnen an erster Stelle.“

Diese politische Aussage ist heute unter Liberalen in und außerhalb der F.D.P. unumstritten. Die „größtmögliche Freiheit jedes einzelnen“ ist auch die grundlegende Aussage der „Freiburger Thesen“, auf die sich die Kritiker Genschers vor dem Parteitag immer berufen haben. Mit der „Freiheit des Einzelnen“ ist die Eigentumsfrage unmittelbar verbunden. Die Französische Revolution schaffte das Feudaleigentum zugunsten des bürgerlichen Eigentums ab. Die „Freiheit“ jedes einzelnen Bourgeois, über das Eigentum zu verfügen und den jetzt „freien“ Lohnarbeiter auf dem Arbeitsmarkt vorzufinden, um die Arbeitskraft kaufen zu können, um über sie zu verfügen, war und bleibt das Ziel der Libe-

ralen. Heute sichert die bürgerliche Demokratie die Freiheit der Bourgeoisie und ihr Kapital vor dem Aufbegehren der Arbeiterklasse. Nicht ohne Grund hieß es in der eher radikal-demokratischen Verfassung nach der Französischen Revolution 1793 in Artikel 16: „Das Eigentumsrecht ist dasjenige jedes Bürgers, beliebig sein Vermögen, sein Einkommen, die Früchte seiner Arbeit und seines Fleißes zu genießen und über sie zu verfügen.“

Um dieser Eigentumsgarantie in der Verfassung von 1793 auch den nötigen Nachdruck zu verleihen, beschloß der Nationalkonvent im gleichen Jahr die Einführung der Todesstrafe für jeden, der Maßnahmen gegen das Wirtschaftseigentum verlangte. Wenige Monate später wurden diejenigen Jakobiner auf der Guillotine hingerichtet, die die vollkommene Gleichheit forderten. Die bürgerliche Revolution in Deutschland 1848 war eher eine Niederlage des klassischen Liberalismus. Der Feudaladel konnte nicht geschla-

gen werden. Der Kaiser ist Reichsoberhaupt, ernannte die Minister, „diese Würde ist erblich“. Neben die Eigentumssicherung trat ausdrücklich die Sicherung des Grundbesitzes in § 165 der Reichsverfassung für den deutschen Feudaladel. Die klassischen liberalen Positionen finden sich im heutigen Grundgesetz im Kapitel I „Grundrechte“ wieder: Art. 2 „(Freiheitsrechte) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“, verbunden mit Art. 14 „(Eigentum, Erbrecht und Enteignung) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.“

Auf dem Bundesparteitag der F.D.P. war die Politik der Partei zur

liberalen Innen- und Rechtspolitik nicht strittig. Von Anbeginn der sozialliberalen Koalition 1969 hat die F.D.P. die „Verfassungsminister“ des Innenministeriums gestellt: Genscher, Maihofer und Baum. Ronneburger erklärte auf dem Parteitag: „Ich will, daß die F.D.P. das Innenministerium wieder anstrebt und ich bin überzeugt: Dies ist das Feld, auf dem wir zur sachlichen Gemeinsamkeit finden können.“

Warum sollten auch die Liberalen ihre Politik im Innenministerium in Frage stellen? Sie haben die „Freiheitsverwirklichung“ der Bourgeoisie geschützt. Der ständige Hinweis der Liberalen, man habe gegen die Notstandsgesetze gestimmt, wirkt dienstbeflissen, wenn man sich daran erinnern konnte, daß sie seit Anfang der siebziger Jahre die Unterdrückung in der BRD und Westberlin so ausgebaut haben, daß Innenminister Zimmermann, CSU, mitteilt, das Innenministerium sei gut bestellt. Trafen nicht die Gefangenen und nicht mehr leben-



den Mitglieder der RAF, die die Eigentumsordnung in den personifizierten Gestalten Buback, Ponto und Schleyer anrührten und deren politische Funktion in Frage stellten, auf einen bis an die Zähne bewaffneten Unterdrückungsapparat, der den Tod der Bourgeois als einen Anschlag auf den „gesamten Rechtsstaat“ verstand? Der liberale Rechtsstaat hat sich in diesem „Notstand“ für die Bourgeoisie bewährt. Und ist es heute eigentlich keine Frage, was brutaler und quälender ist, die Guillotine oder die Isolationshaft, die die Gefangenen langsam zerstört und vernichtet? Es ist einfältig, wenn man der bürgerlichen Presse Glauben schenkt, der letzte F.D.P.-Innenminister Baum, würde zu den „Linken“ der F.D.P. gehören.

So fand man dann auch den gemeinsamen Widersacher aller Liberalen gegen die Innen- und Rechtspolitik „außerhalb“ der Partei. Genscher: „Ich frage die Mitglieder von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, ob es



Lambsdorff forderte schon im letzten Jahr die Abschaffung der Lohnfortzahlung. Der Parteitag folgte.

nicht stimmt, daß die Enttäuschung groß war über die Haltung der SPD zum Beispiel zum Kontaktsperregezet, zur Reform des Paragraphen 175 und zum Antidiskriminierungsgesetz? Die Regierungserklärung 1980 war doch

nicht ohne Grund in diesen Bereichen so aussageschwach! Nicht, weil wir nicht wollten, sondern weil der frühere Bundeskanzler, beraten von dem damaligen Justizminister Vogel, sich gerade in einem Bereich versteifte, von dem man eigentlich hätte annehmen sollen, daß er zwischen Liberalen und Sozialdemokraten eher konsensfähig ist als zwischen Liberalen und Christlichen Demokraten. Und ausgerechnet diese Leute wollen Liberalen eine politische Heimat bieten?“

Fühlte sich Gerhart Baum in der Bundestagsdebatte um den Antrag für ein konstruktives Mißtrauensvotum noch in seiner „liberalen Identität verletzt“, vor allem wegen der Innen- und Rechtspolitik, so war dies auf dem Parteitag kein Thema. „Die Forderungen des Wahlprogramms von 1980 zur Innen- und Rechtspolitik bleiben für die F.D.P. unverzichtbar“, stellt das Berliner Manifest heraus und führt die Forderungen einzeln auf. Demagogisch gegen die CDU/CSU gerichtet

Von Konservativen und Liberalen unterstützt: der Machtantritt der Faschisten 1933

Daß konservative und liberale Parteien der Weimarer Republik in der Endphase der faschistischen Machtergreifung offen mit den Faschisten paktierten und damit ihren Machtantritt ermöglichten, ist eine von der heutigen Bourgeoispropaganda gern verschwiegene Tatsache. Nicht nur, weil dieses Paktieren einer der vielen Beweise dafür ist, daß der Machtantritt der Faschisten von der gesamten Kapitalistenklasse des Deutschen Reiches betrieben worden ist. Sondern auch, weil in diesen Vorgang Politiker verwickelt sind, die Jahre später in der BRD erst recht zu Amt und Würden kamen.

Ihren Höhepunkt fand diese offene Förderung der Faschisten – die im einzelnen zu verfolgen hier der Platz nicht reicht – bei Reichstagsentscheidungen über das „Ermächtigungsgesetz“ am 23. März 1933. Schon 1931 hatte der (der katholischen Zentrumspartei angehörende) Reichskanzler Brüning erste Kontakte mit den Faschisten aufgenommen. Im Juni 1932 hatte der (ebenfalls aus der Zentrumspartei kommende) Reichskanzler von Papen das nur mehrere Monate zuvor erlassene und sowieso nie praktizierte Verbot von SA und SS sofort nach seinem Regierungsantritt aufgehoben und so den Faschisten die zügellose Entfaltung ihres Terrors gegen die Arbeiterbewegung erlaubt. Ende

1932 hatte die Zentrumspartei sodann mit der NSDAP über die Bildung von Koalitionsregierungen verhandelt. Diese sollten im Reich unter von Papen gebildet werden, was die Faschisten ablehnten und woran die ganzen Verhandlungen schließlich scheiterten, in Preußen, wo von Papen kurz zuvor die u.a. von der SPD gestellte Regierung staatsstreichartig abgesetzt hatte, unter Göring als Ministerpräsident, dem der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer als Vertreter des Zentrums zur Seite gestellt werden sollte.

Jetzt aber ging es um bedeutend mehr das Ermächtigungsgesetz, das der Regierung künftig beliebige Gesetzes- und Verfassungsänderungen ohne jede Kontrolle durch den Reichstag erlaubte, bedeutete die parlamentarische Absegnung der faschistischen Diktatur.

Daß dies die Errichtung einer offenen Terrorherrschaft gegen die Arbeiterklasse und die Vorbereitung eines Eroberungskrieges von bisher nicht gekanntem Ausmaß bedeutete, war allen Beteiligten klar. Hitler selbst führte vor dem Reichstag aus: „Es wird die oberste Ausgabe der nationalen Regierung sein, diese Erscheinung (gemeint ist die KPD, d. Red.) nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch des übrigen Europas in unserem Lande restlos auszurotten und zu beseitigen ...“

An diesem Kampf sollten die Kirchen lebhaft teilnehmen und dafür

auch belohnt werden. Denn schließlich: „Der Kampf gegen eine materialistische Weltauffassung und für die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft dient ebensosehr den Interessen der deutschen Nation wie denen des christlichen Glaubens.“ Für den Justizapparat, der sich schon vorher durch beispiellose Terrorurteile gegen Revolutionäre und Arbeiter ausgezeichnet hatte, reichten freundliche Hinweise: „Der Unabsetzbarkeit der Richter auf der einen Seite muß die Elastizität der Urteilsfindung entsprechen ... Landes- und Volksverrat sollen künftig mit barbarischer Rücksichtslosigkeit ausgebrannt werden!“

Daß dieses Terrorregime seinen Ausgangs- und Endpunkt in der hemmungslosen Bereicherung der Kapitalisten hatte, war selbstverständlich: „Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes ... betreiben ... durch stärkste Förderung der privaten Initiative unter Anerkennung des Privateigentums.“ Auch erste Kriegsziele und Kriegsvorwände wurden benannt: „Gegenüber unserem Brudervolk in Österreich empfinden wir alle das Gefühl der innersten Anteilnahme an seinen Sorgen und Nöten. Die Reichsregierung ist sich in ihrem Handeln der Verbundenheit des Schicksals aller deutschen Stämme bewußt ... Das Schicksal der Deutschen außerhalb der Grenzen des Reiches ... wird uns stets bewegen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die den deutschen Minderheiten garantierten internationalen Rechte einzutreten.“

Soweit die Ausführungen Hitlers. Der Vorsitzende der Zentrumspartei

heißt es: „Einen Abbau des liberalen Rechtsstaates wird es mit uns nicht geben.“ Warum sollte der F.D.P.-Parteitag Genscher abwählen, wenn die bisher erreichte liberale Rechtspolitik im Innenministerium forgeföhrt wird und die F.D.P. die liberale Rechtspolitik im Justizministerium ausbauen kann?

Mittlerweile scheinen F.D.P. und CDU/CSU in Sachen „liberale Rechtspolitik“ Gemeinsamkeiten zu finden. Ein Programmpunkt des F.D.P.-Wahlprogramms von 1980 soll in Erfüllung gehen: „Gewissen ist nicht prüfbar. Wir fordern eine rasche Regelung zur Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer“. CDU/CSU/F.D.P. wollen die Gewissensprüfung abschaffen, aber den Ersatzdienst verlängern. Beträgt die Ersatzdienstzeit bereits jetzt gegenüber der Wehrdienstzeit 18 Monate und nicht 15 Monate, mit der Begründung, daß Wehrpflichtige zusätzliche Wehrübungen ableisten, wird nun an eine Ersatzdienstzeit von 21 Monaten ge-

dacht. Die drei Parteien meinen, daß die überlange Ersatzdienstzeit so abschreckend sei, daß eine wirkliche Gewissensentscheidung erst dadurch zum tragen kommt. Ob dies mit der Verfassung überhaupt vereinbar ist, sei noch dahingestellt; im Artikel 12a Abs. 2 wird Gleichbehandlung gefordert: „Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen.“ Worin soll aber die Abschreckung in der Wahrnehmung der Kriegsdienstverweigerung bestehen?

Die „größtmögliche Freiheit jedes einzelnen“ kann jetzt frei, ungeprüft wahrgenommen werden, wenn die Familie jeden Monat 300 bis 400 DM übrig hat und über einen längeren Zeitraum von fast zwei Jahren verfügen kann, um den Sohn zu Hause beköstigen zu können, zu den niedrigen Bezügen noch was dazuzulegen oder vielleicht sogar die Miete für eine Wohnung zu zahlen. Eine Existenz dem Sohn zu ermöglichen, die „frei“ nach seinem Gewissen ist. In Familien, wo diese Geldbeträge immer weniger übrig

sind, stellt sich diese Gewissensfrage nicht. Die Söhne stehen dann auch in keinem Gewissenskonflikt, es sind ihre „freien“ Entscheidungen, den Wehrdienst zu absolvieren. Der liberale Rechtsstaat ermöglicht „die freie Entfaltung jeder Persönlichkeit“ lautlos und auf seine Weise.

Ein Teil der Delegierten auf dem F.D.P.-Bundesparteitag hatte Zweifel an der liberalen Wirtschaftspolitik anklingen lassen. Die steigende Arbeitslosigkeit hat vor den Mittelklassen nicht halt gemacht. Es gibt eindeutige Hinweise, daß im letzten Jahr in diesen Lohn- und Gehaltszonen die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig stark gestiegen ist. Bangemann trat für eine differenzierte Betrachtung ein: „Wenn man die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt, dann kann das allenfalls bei einigen unqualifizierten Arbeitsplätzen dazu führen, daß mehr Arbeit angeboten wird. Bei allen ein wenig mit Qualifikationen versehenen Arbeitsplätzen wird das lediglich dazu führen, daß die Arbeitskosten höher werden, ohne daß

Dr. Kaas erklärte dazu namens seiner Fraktion: „Die deutsche Zentrumspar- tei, die den großen Sammlungsgedanken schon seit langem und trotz aller vorübergehenden Enttäuschungen mit Nachdruck und Überzeugung vertreten hat, setzt sich in dieser Stunde, wo alle kleinen und engen Erwägungen schweigen müssen, bewußt und aus nationalem Verantwortungsgefühl über alle parteipolitischen und sonstigen Bedenken hinweg“ und gibt „dem Ermächtigungsgesetz ihre Zustimmung“.

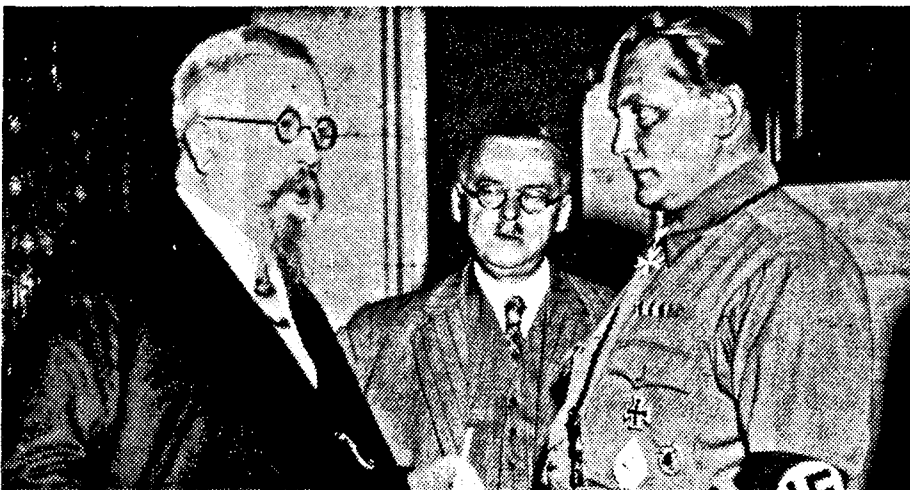
Für die (liberale) Deutsche Staatspartei erklärte ihr Abgeordneter Dr. Maier: „Wir fühlen uns in den großen nationalen Zielen durchaus mit der Auffassung verbunden, wie sie heute vom Herrn Reichskanzler hier vorgetragen wurde“. Trotz einzelner Bedenken werde man deshalb „im Interesse von Volk und Vaterland ... dem Ermächtigungsgesetz zustimmen.“

Der Abgeordnete Simpfendörfer erklärte für seine Fraktion: „Er (der „Volksdienst“, d. Red.) ist zu seinem Teil zu der Mitarbeit, die der Herr Reichskanzler in so eindrucksvoller Weise gefordert hat, bereit und gibt dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung.“ Der Abgeordnete Ritter von Lex für die Bayerische Volkspartei: „Die Bayerische Volkspartei ... hat nach der schmachvollen Revolution von 1918 in vorderster Linie für die Erhaltung und Wiedergewinnung nationaler Gesinnung in allen Ständen und Schichten des Volkes gekämpft ... Es ist selbstverständlich, daß eine Partei, die von solcher Einstellung beseelt war und beseelt ist, auch in der geschichtlichen Wende dieser Tage zur tatkräftigen Mitarbeit am nationalen Aufbauwerk entschieden bereit ist ... Wir sind daher in der Lage, dem Ermächtigungsgesetz unsere Zustimmung zu erteilen.“

Womit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes nach Ausschaltung aller Abgeordneter der KPD und trotz Ablehnung durch die SPD nichts mehr im Wege stand.

Bleibe noch die spätere Laufbahn der so hervorgetretenen bürgerlichen Politiker nachzutragen. Der Zentrumsvorsitzende Dr. Kaas ging 1933 nach Rom und wirkte dort am Zustandekommen des Konkordats mit den Faschisten mit. Der zeitweise für die preußische Koalitionsregierung von Zentrum und NSDAP vorgesehene Adenauer wurde bekanntlich erster Bundeskanzler der BRD und Vorsitzender der CDU/CSU, in der auch alle übrigen Teile des Zentrums aufgingen. Der Abgeordnete Dr. Maier von der Deutschen Staatspartei wurde 1945 Ministerpräsident von Württemberg-Baden, war 1953 bis 1956 und 1957 bis 1959 FDP-Abgeordneter im Bundestag und 1957 bis 1960 Bundesvorsitzender der FDP. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Heuss aus der gleichen Fraktion wurde erster Bundespräsident der BRD. Der Abgeordnete Simpfendörfer war 1945 Mitbegründer der CDU Nordwürttemberg, bis 1960 Landtagsabgeordneter ebenda und 1946/47 sowie 1953 bis 1958 Kultusminister. Der Abgeordnete Ritter von Lex, der 1933 bis 1945 im Berliner Innenministerium fortgewütet hatte, wurde von 1949 bis 1960 Staatssekretär im Bundesinnenministerium und 1961 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes.

Quellenhinweis: Dettel Junker (Hrsg.), Deutsche Parlamentsdebatten, Band II: 1919–1933, Frankfurt a. M. 1971; E. Matthias und R. Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.



Das Präsidium des Reichstages im September 1932, gewählt nach Koalitionsab- sprachen: Links Vizepräsident Eßer (Zentrum) und Rauch (BVP), rechts: Reichs- tagspräsident Göring.

Bundesverfassungsgericht: Keinerlei Ansprüche an die Sozialversicherungen

In Vorbereitung des Regierungswechsels hat sich der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Benda im Bayerischen Rundfunk an die Öffentlichkeit gewandt. Am 14. September erklärte Benda: „Die Wechselwirkung zwischen staatlicher Leistungsverpflichtung und eigenverantwortlicher Tätigkeit, zwischen Solidarität und Subsidiarität ist auch in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts immer wieder betont worden. So heißt es in einer Entscheidung: Der Grundsatz, daß derjenige mit seinen Wünschen nach staatlicher Hilfe zurücktreten muß, der sich aus eigener Kraft zu helfen in



Das Motto der DGB-Demonstrationen für den „Sozialstaat“: Nicht nur staatstragend, sondern auch weit interpretierbar

der Lage ist, bildet ein bestimmendes Element des ganzen Versorgungsrechts. Die Pflicht, einen Verlust, dessen Ersatz die Gesellschaft zu tragen hat, selbst zu mildern, soweit dies zumutbar ist, hat unser Sozialrecht vielfach geformt und kann geradezu als ein Ausfluß des Prinzips der Sozialstaatlichkeit bezeichnet werden.“ Mit seiner Rede lieferte Benda zu Beginn der Haushaltsdebatte – ob gewollt oder nicht – den Kräften in der FDP Unterstützung, die nach einer Abkehr von dem „Sozialstaats“verständnis verlangten, das sie in jahrelanger Koalition mit der SPD mitgetragen hatten.

Benda knüpft an Urteile an, die das Bundesverfassungsgericht im wesentlichen während der Regierungszeit von SPD und FDP gefällt hatte. In diesen Urteilen festigte das Gericht auf der einen Seite den schon in seinen ersten Urteilen festgehaltenen Standpunkt, „das Wesentliche zur Verwirklichung des Sozialstaates aber kann nur der Gesetzgeber tun; er ist gewiß verfassungsrechtlich zu

sozialer Aktivität ... verpflichtet ... Aber nur wenn der Gesetzgeber diese Pflicht willkürlich ... versäumt, könnte möglicherweise dem Einzelnen hieraus ein mit der Verfassungsbeschwerde verfolgbarer Anspruch erwachsen ...“ Auf der anderen Seite schränkt es die Ansprüche z.B. der Versicherten gegenüber den Sozialversicherungen fast vollständig ein und eröffnet Möglichkeiten, den Charakter der Sozialversicherungen erheblich zu ändern. In einem Urteil von grundsätzlicher Bedeutung zur Arbeitslosenversicherung stellt das Gericht 1979 fest: „Weil weder das Risiko der Massenarbeitslosigkeit für die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit noch der durch Arbeitslosigkeit für den einzelnen Arbeitnehmer entstandene Schaden durch eine Versicherung nach dem Vorbild herkömmlicher Modelle abzudecken ist, lag es im Allgemeininteresse, mit der Bundesanstalt eine Institution der sozialen Sicherung zu schaffen, die sich nicht nur auf die bloße finanzielle Absicherung des Einzelnen bei Arbeitslosigkeit beschränkt, sondern vor allem auf vorbeugende Maßnahmen zur Gesunderhaltung des Arbeitsmarkts ausgerichtet ist.“

Die weitreichende Erfahrung, daß der „Schaden“ für den einzelnen Versicherten, nämlich der Verlust seines Lebensunterhaltes durch Entlassung, nicht aus der Arbeitslosenversicherung ausgeglichen werden könne, sei in der Krise 1966/67 gewonnen worden, führen die Richter knapp aus. Diese Interpretation der Arbeitslosenversicherung liefert den staatlichen Organen die Grundlage für jeglichen Mißbrauch der Gelder der Arbeitslosenversicherung, ob nun zur Subventionierung von Kapitalisten, zur Finanzierung von Zwangsarbeit, auf jeden Fall zur Senkung der Leistungen an die Arbeitslosen auf ein Hungerexistenzminimum usw. Mit der Unterstützung auch nur der am schärfsten verletzten Schichten dieser Gesellschaft durch den Staat und die staatlichen Versicherungen hat diese Auffassung von „Sozialstaat“ auch nicht entfernt etwas im Sinn – wohl aber mit staatlichen Zwangsmaßnahmen zur Förderung der Kapitalisten und Bewahrung der Freiheit des Einzelnen, den Verlust seines Lebensunterhaltes „selbst zu mildern“, und sei es durch Verhungern.

Quellenhinweis: Handelsblatt 17.9.82; Urteile des Bundesverfassungsgericht, Bd. 51; P. Zacher; Sozialpolitik und Verfassung im ersten Jahrzehnt der BRD, Berlin, 1980

man die Arbeitskräfte findet, die diese so frei gewordene Arbeit übernehmen können.“

Auf diese Äußerung lenkte Verheugen ein und bezieht sich auf die Lambsdorff-Politik: „Es ist richtig, daß der Zwang zur kostengünstigeren Produktion neue Beschäftigungsrisiken schafft. Graf Lambsdorff, den Wachstumsschub, den Sie erreichen wollen, erreichen Sie über Rationalisierung und Automatisierung. Das müssen Sie auch, weil die deutsche Wirtschaft sonst auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sein wird. Das heißt aber, daß wir weniger Arbeitsplätze und nicht mehr haben werden.“ Dafür machte Verheugen die Gewerkschaften verantwortlich: „Es ist doch unsere Forderung an die Gewerkschaften, daß sie auch einmal an diejenigen denken, die keine Arbeit haben, nicht nur an diejenigen, die Arbeit haben.“

Die F.D.P. hat stillschweigend eine großangelegte Hetze gegen die Gewerkschaften beschlossen. Nachdem Graf Lambsdorff vor zwei Jahren eine Kampagne startete „So wie in Japan“ und im letzten Jahr die Lohnfortzahlung angriff, wird, von der Öffentlichkeit unbemerkt, nebenbei im Berliner Manifest zum ersten Mal von der F.D.P. gefordert, daß die Lohnfortzahlung „von der arbeitsrechtlichen zur versicherungsrechtlichen Lösung verändert werden“ soll. Das heißt, nicht mehr die Kapitalisten sollen für die Lohnfortzahlung aufkommen, sondern die Krankenversicherungen. Auch das reichte den liberalen Fortschrittsdenkern nicht. Verheugen griff das gesamte Versicherungswesen an:

„Daß der Sozialstaat an seine finanziellen Grenzen gestoßen ist, macht das wirkliche Problem nur endlich sichtbar. Das Problem ist nämlich die Weiterführung einer aus dem 19. Jahrhundert stammenden sozialpolitischen Konzeption von der Totalversorgung, der Vollabsicherung gegenüber jedem nur denkbaren individuellen Risiko. Wir müssen heute erkennen, daß in dieser Tendenz zum totalen Wohlfahrtsstaat die größte und gefährlichste Quelle neuer Abhängigkeiten in der modernen Gesellschaft liegt.“

Das „individuelle Risiko“ hat im 19. Jahrhundert Hunger und Tod gebracht. Lohnarbeit und Ausbeutung sind nicht abgeschafft, was hat sich also geändert, außer, daß die F.D.P. jetzt meint, sich nicht nur auf die Französische und Deutsche Revolution zu berufen, sondern auch auf die Tradition der Beschränkung der Koalitionsrechte von 1878 (Sozialistengesetze). Die F.D.P. fordert im Berliner Manifest den Ausbau der Mitbestimmung „als Recht des einzelnen“. Bereits seit einigen Jahren fordert sie immer wieder eine weitere Verschlechterung des Betriebsverfassungsgesetzes. Sie sperr-

te sich gegen die Kollektivrechte und fordert „die Ausweitung der Individualrechte des Arbeitnehmers in der Betriebsverfassung“.

Die Wirtschaft will „freier“ werden. Die F.D.P. tritt für Reallohnsenkungen und Vermögensbildung ein: „Wenn es gelingen soll, den Anteil der Investitionen zu Lasten des Konsums zu vergrößern, so bedarf dies – auch um des sozialen Konsens willen der Ergänzung durch eine gezielte Vermögenspolitik. Die Arbeitnehmer müssen verstärkt am Produktivvermögen beteiligt werden. Durch Beteiligung einer wachsenden Zahl von Menschen am Zuwachs des Produktivkapitals wird einer Vermögenskonzentration vorgebeugt. Wir fordern eine aktive Vermögensbildungspolitik mit dem Ziel, die Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer am Risikokapital ihres Unternehmens zu verbessern. Wir setzen uns für eine Tarifpolitik ein, die zu mehr Vermögensbildung im Betrieb führt.“ Die Lohnabhängigen sollen über ihren Lohn nicht mehr „frei“ verfügen dürfen. Werden Lohnbestandteile erst einmal im Betrieb investiert, sind die Lohnarbeiter auch nicht mehr „frei“, sondern nach Ansicht der Liberalen –



Fröhliche Runde anlässlich Baums 50.: Ronneburger, Genscher und Baum

Teilhaber, die auch ihr „individuelles Risiko“ haben –, das Geld nie wieder zu sehen.

Die Liberalen kommen richtig aus sich heraus und verbreiten ihre reaktionäre Ideologie und Hetze offen und demagogisch gegen die Gewerkschaften. Wenn verschiedene Liberale jetzt die F.D.P. verlassen, führt das zu einer

Ausbreitung liberalen Gedankenguts auch in anderen Parteien.

Quellenhinweis: F.D.P.-Parteitagmaterial: Das Berliner Manifest der Liberalen, Ergebnisse des Bundesparteitags 1982, Parteitagreden von: Adam-Schwartz, Bangemann, Genscher, Mischnik, Ronneburger, Verheugen; Deutsche Verfassungen, München 1973; Kühnl, Reinhard, Formen bürgerlicher Herrschaft, Liberalismus – Faschismus, Reinbeck 1971; Verheugen, Günter, Das Programm der Liberalen, Baden-Baden 1980; Die Zeit vom 12.11.82; Politische Berichte, Arbeitsheft 3, Die Ideologische Reaktion sammelt sich, Köln 1981.

Gleich mit Gründung der FDP: Keine Rechte, sondern Almosen für die Armen

Von 1949 bis 1957, als die CDU die absolute Mehrheit bei den Bundestagswahlen errang, legte sich die FDP auf Bundesebene auf den Koalitionspartner CDU fest. Die programmatische Auseinandersetzung in der 1948 gegründeten Partei war bis zur Beschlussfassung über das erste Parteiprogramm 1957 in Berlin nicht abgeschlossen, die Auseinandersetzungen zwischen dem deutschnationalen und dem liberalen Flügel spiegelten sich in wechselnden Koalitionen auf



Heuss, erster Parteivorsitzender der FDP, wollte „dem Wort vom freien Menschen einen neuen Klang geben.“

Länderebene, mal mit der SPD und dann wieder mit der CDU, wider. In der Beschlussfassung über das Grundgesetz im Parlament trat die FDP von Anfang an als Hüter der marktwirtschaftlichen Prinzipien und Schützer des Privateigentums auf. So stimmte die FDP-Fraktion in der Einzelabstimmung gegen die §§14 und 15 des Grundgesetzes, weil ihr die aufgenommenen Entschädigungsklauseln nicht ausreichten zum Schutz des Eigentums gegen Enteignung. Exakter Festlegungen für eine anzustrebende Sozialpolitik enthielt sie sich.

Erst 1952 beschloß der Bundeshauptausschuß ein Sozialprogramm, in dem er die „Verwirklichung und Sicherung der sozialen Grundrechte des Menschen“ forderte. In der konkreten Ausformung dieser Grundrechte war eine Koalition mit der CDU gut möglich, die FDP verlangte zwar die Sicherung sozialer Rechte des Einzelnen, nämlich „des Rechtes auf Entfaltung seiner körperlichen und geistigen Anlagen, auf Freiheit in Wahl von Beruf und Arbeitsplatz, auf den seiner Leistung entsprechenden Arbeitsertrag, auf Eigentum und Sicherung seines Alters.“ Kollektive Maßnahmen zur Sicherung dieser Rechte lehnte sie ab.

Mit dem Berliner Parteiprogramm erfolgte eine Annäherung an die Programmatik der christlichen Parteien.

Im Leitsatz für die Sozialpolitik führte die FDP aus: „Die Sozialpolitik der FDP will jedem Menschen ein Höchstmaß an Selbständigkeit und persönlicher Unabhängigkeit sichern. Die Aufgabe der Familie, besonders der Mutter in unserer Gesellschaftsordnung muß berücksichtigt werden.“ Die Einführung der Familie in die Sozialpolitik begründete die FDP mit dem notwendigen Schutz vor sozialistischen Tendenzen: „Die Familie ist die natürliche gesellschaftliche Einheit gegen jeglichen Kollektivismus.“

Unverzichtbar war der FDP die Feststellung: „Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und wachsenden Wohlstand gibt es nur in einer auf Freiheit der Persönlichkeit, dem Privateigentum und dem Leistungswettbewerb aufgebauten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.“ Aus diesem Grund fordert die FDP in ihrem ersten Parteiprogramm nur solche Versicherungen, die „Vorsorge gegen Krankheit und Sicherung des Lebensabends“ zum Ziel haben. Äußerungen zur Arbeitslosenversicherung überhaupt nur als notwendige Versicherung finden sich in diesem Programm nicht, das bis zur Bildung der großen Koalition 1966 die Grundzüge der Politik der FDP bestimmte.

Quellenhinweis: H. Kaack, Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei, Meisenheim am Glan, 1976; P. Jüling, Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969, Meisenheim am Glan, 1977

ÖTV protestiert gegen Privatisierungen

Gegen die vom Stadtrat von Wilhelmshaven beabsichtigte Privatisierung der kommunalen Müllabfuhr sowie den Verkauf der Wasserversorgung an die Gas- und Elektrizitätsversorgung hat der Bezirk Weser-Ems der ÖTV scharf protestiert. Personalräte und die ÖTV beabsichtigen, geeignete Protestaktionen dagegen vorzubereiten. Weiter beabsichtigt der Stadtrat unter anderem, alle 22 Turnhallen vorübergehend zu schließen, das Angebot der Stadtbücherei einzuschränken, die Zuschüsse für Kindertagesstätten zu verweigern, Hallen- und Freibäder befristet zu schließen.

Westberliner Senat kontra Neue Heimat

Kurz vor Einigung der Hausbesetzer mit der Neuen Heimat über die Nutzung von 26 Mietshäusern ließ der Senat zwei Häuser der Neuen Heimat in der Schöneberger Maaßenstr. durch die Polizei vor zwei Wochen räumen. Die Neue Heimat war von diesem Schritt nicht informiert worden. Auf Aufforderung des DGB hin beließ die NH die beiden Häuser im Verhand-

Am 6.11. fand in Düsseldorf eine Demonstration mit etwa 10000 Teilnehmern statt, die damit ein eindeutiges Votum gegen das neue Kindergarten-gesetz NRW abgaben. Aufgerufen zu der Demonstration hatte der Landeselternrat. Auf der Abschlußkundgebung wurde darauf hingewiesen, daß durch dieses Gesetz die Eltern mit niedrigerem Einkommen überdurchschnittlich belastet werden, und die Einführung einer sog. Betriebskostenpauschale werde dazu führen, daß bald nur noch Kinder reicher Eltern aufgenommen werden könnten.

lungsangebot und kam wenige Tage nach der Räumung zum Vertragsabschluß mit Netzbau über die Nutzung der Häuser durch die Hausbesetzer. Der Senat reagierte postwendend mit der Nichtgenehmigung dieses Vertrages. Die Begründungen des Westberliner Senats für seine Maßnahmen sprechen für sich. Geräumt wurde u.a. wegen eines angeblich gestohlenen Einkaufswagen aus einem Supermarkt. Dem Vertrag wurde nicht zugestimmt wegen der vereinbarten Miete, die der Senat als zu gering empfand.



CDU verbietet Räume für Friedenswoche

Celle. 62 Stunden vor Beginn der 2. Celler Friedenswoche (8.11. – 13.11.) verbot der Verwaltungsausschuß des Rats der Stadt Celle, mehrheitlich CDU, der Celler Friedensinitiative die Benutzung des stadteigenen Haus der Jugend. Grund: Es würden sich auch „verfassungsfeindliche Gruppen“ beteiligen: VVN, DKP, DFG-VK. Der DGB beantragte darauf am 8.11. für den Abend eine Veranstaltung der DGB-Jugend im Haus der Jugend zu dem Thema „Abrüstung und Arbeitsplätze“, die ursprünglich im Rahmen der Friedenswoche stattfinden sollte. Oberstadtdirektor v. Witten, CDU, verbot auch diese Veranstaltung. Parallel startete die CDU eine üble Hetzkampagne gegen den HBV-Sekretär Fuchs, der für die SPD als einziger im Ausschuß gegen das Verbot gestimmt hatte. Die Veranstaltungen mußten in andere Räume verlegt werden. Der DGB klagt. Auf der Demonstration waren 350.

haftung konnten bisher nicht in Erfahrung gebracht werden. Besuche, auch der Eltern, sind nicht gestattet. Nach türkischem Recht ist es möglich, eine Person 45 Tage lang zu inhaftieren und eine vollständige Kontaktsperre zu verhängen. Auch ein von Freunden und der Stadt Hannover beauftragter Rechtsanwalt flog in die Türkei und wurde nicht zu S. Buz vorgelassen. Anfragen der Stadt an das türkische Konsulat und die türkische Botschaft blieben bislang unbeantwortet. Eine Personalversammlung des städtischen Jugendamtes beschloß, daß sich der Oberstadtdirektor auch weiterhin für die Freilassung einsetzen solle. Die ÖTV fordert in einer Unterschriftensammlung ebenfalls die sofortige Freilassung.

Schulklassen sollen in die DDR fahren

Der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder stellt im Landeshaushalt 1983/84 Sondermittel für Klassenfahrten in die DDR bereit. Es sei wichtig, daß Schüler auf ihren Studienreisen „direkte Eindrücke aus diesem totalitären, sozialistischen Staat auf deutschem Boden“ mit nach Hause nehmen. Das Wissen um die deutsche Frage müsse bei „unserer Jugend“ gefördert werden. Und als Erkenntnis einer DDR-Reise verbreitet er: „Kommt rüber und laßt uns nicht im Stich, ist der Tenor bei Gesprächen drüben.“ Damit diese Sondermittel für DDR-Fahrten auch in Anspruch genommen werden, sind die Gelder für Auslandsfahrten der 11. Klassen gestrichen worden.



Streikende Arbeiterinnen vor der Bettdeckenfabrik Supreme Quilting in Smethwick, England. Die meisten der Frauen sind indischer oder pakistanischer Herkunft und bekommen zwischen 25 und 30 Pfund für die 40-Stunden-Woche – das sind weniger als 500 DM im Monat. Der Supreme-Streik ist einer von vielen kleinen Auseinandersetzungen gegen die Niedrigst-Löhne, die vor allem von Arbeiterinnen parallel zum sieben Monate dauernden Lohnkampf im Gesundheitswesen geführt werden. Denn bei den 1 Million Beschäftigten in Krankenhäusern und staatlichen Gesundheitseinrichtungen geht es gerade darum, daß die Regierung die Niedriglöhne beibehalten will. Jetzt hat sie dem Pflegepersonal und den anderen Beschäftigten ein neues Angebot gemacht – ein halbes Prozent höher als zuvor, sodaß einfache Beschäftigte immer noch nur sechs Prozent, die Schwestern sieben Prozent bekommen sollen, dafür dann nächstes Jahr sogar nur noch vier Prozent! Die Inflationsrate beträgt 7,5%. Die Beschäftigten setzen Warnstreiks fort.

Sozialarbeiter in der Türkei verhaftet

Hannover. Der Sozialarbeiter Sahabettin Buz flog am 4.9.82 in die Türkei. Am 25.9. wollte er zurückkehren; in der Nacht vom 18. auf den 19.9. wurde er verhaftet. Von Antakya wurde er später ins Militärgefängnis nach Iskenderun überstellt. S. Buz lebt seit 14 Jahren in der BRD und arbeitet seit zwei Jahren im Jugendzentrum Posthornstraße in Hannover, das hauptsächlich von türkischen Jugendlichen besucht wird. Die Gründe für die Ver-

Bundesweite Bafög-Demonstration

Aktionseinheit gegen „Ausbildung nur für Reiche – Hände weg vom Bafög“

Am 15./16.12. finden die Haushaltsberatungen der Regierung statt, in der u.a. die fast vollständige Abschaffung des Schüler-Bafög sowie die Umstellung des Studenten-Bafög auf Darlehen beschlossen werden soll. Heute werden etwa 500000 Schüler und 350000 Studenten durch das Bafög gefördert. 60% der geförderten Schüler besuchen berufsbildende Schulen. Der Schuldenberg für ein zehensemestriges Studium würde von jetzt 9000 auf ca. 45000 DM (ohne Zinsen) ansteigen.

Unter dem Motto „Hände weg vom Bafög. Für Chancengleichheit – Für Bafög und Bildung – Gegen Bildung nur für Reiche“ rufen die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) und die Konferenz der Landesschülervertretungen zu einer bundesweiten Demonstration am 4.12. in Bonn auf. Die DGB-Jugend ruft ebenfalls zu dieser Demonstration auf.

Aus dem Aufruf: „An die Stelle der Förderung der sozial Benachteiligten soll die Förderung der ohnehin Bevorzugten treten. Damit werden die Voraussetzungen für die Zweiteilung der Ausbildung in eine Elite- und in eine Massenausbildung geschaffen. ‚Die CDU bekennt sich uneingeschränkt zur Förderung der Elite‘ – beschloß der letzte CDU-Parteitag. Wir lehnen diese konservative Elite-Konzeption ab. Damit sollen die erkämpften Bildungschancen für Arbeiterkinder wieder rückgängig gemacht werden ... Die Bafög-Liquidierung ... ist gleichzeitig ein Instrument für eine grundsätzliche Veränderung mit dem Ziel, den Bildungsbereich nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu organisieren.“

„Durch den Kahlschlag beim Bafög werden hunderttausende Jugendliche zusätzlich in die Arbeitslosigkeit getrieben ... Wir unterstützen eine grundsätzliche Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ... Der Rüstungswettlauf muß zum Halten gebracht werden, Rüstungsgelder müssen eingespart werden.“ Unser Widerstand wird mitentschieden, „ob es dieser Regierung gelingt, alle Bildungsreformen der 70er Jahre zu vernichten oder ob erkämpfte Rechte behauptet werden können. Der reaktionären Wende entgegenzutreten, ist gemeinsames Interesse von Studenten, Schülern und Gewerkschaften.“ „Wir fordern: Keine Streichungen der Ausbildungsförderung für Schüler! Keine Umstellung des Studenten-Bafög auf Vollbarlehen! Im Bildungsbereich darf nicht noch

weiter durch unsoziale Sparmaßnahmen gekürzt werden!“

An den meisten Hochschulen fanden in den letzten Wochen Aktionen gegen die Pläne der Bundesregierung bzw. die Bildungspolitik der Länderregierungen statt. Die Demonstrationen des DGB wurden genutzt, um gegen die Bafög-Pläne zu demonstrieren. Der Beschluß des DGB-Bundeskongresses, Mai 82, gab dazu gute Anknüpfungspunkte (Auszüge): „4. Der DGB stellt sich gegen alle Pläne, die Ausbildungsförderung für Schüler und Auszubildende einzuschränken ... 8. Der DGB



Hannover, 3.11.82: 2000 demonstrieren gegen Schließung von Lehramtsstudiengängen und gegen Bafög-Pläne.

weist alle Pläne zurück, den Darlehensanteil beim Bafög auszuweiten. So bewirkte Schulden haben eine abschreckende Wirkung, die durch die unsicheren Berufsaussichten für Hochschulabsolventen zusätzlich verschärft werden ... 9.1. Der DGB fordert eine kostendeckende Ausbildungsförderung, die den gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung trägt.“ Mittlerweile hat Bildungsministerin Wilms ins Gespräch gebracht, Studiengebühren von 600 DM pro Student und Jahr einzuführen.

Die breite Aktionseinheit gegenüber dem Versuch der Reaktion, jeglichen Bildungsanspruch zu beseitigen, ist ein sehr positiver Vorgang. Aber der Demonstrationsaufruf hat schwere Makken. Zunächst verfiel er positiv das Bafög-Gesetz und begründet es mit Chancengleichheit. Die Bourgeoisie hat dies unterdrückerische Gesetz eingeführt, weil sie mehr akademische Arbeitskräfte brauchte, und nicht, weil

sie einen Bildungsanspruch der arbeitenden Klassen anerkannte. Der Bildungsanspruch der arbeitenden Klassen begründet sich unabhängig von der Verwendung des Erlernten im Arbeitsprozeß aus dem Stand der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Anders ist z.B. der Unterricht von Englisch an der Hauptschule nicht zu begründen. Die Reaktion erklärt Ausbildung und Studium zum Privatvergnügen. Die vds propagiert demgegenüber die individuelle Chance auf Karriere. Der Ansatz ist da schon gleich. Richtig ekelig ist das Eintreten für die „Bildungsreformen der 70er Jahre“, die das Bildungsinteresse der Massen pervertiert haben, um dem Kapital optimal sortiertes Arbeitsvieh zur Verfügung zu stellen. Zum dritten gehen die Forderungen keinen Millimeter über den aktuellen Angriff hinaus. So ist es Ex-Bildungsminister Engholm, der 1980 die Bafög-Ausgaben um 30% kürzte, möglich, am 5.12. mitzulaufen. Er wird den Demonstranten sogar als Kundgebungsredner zugemutet.

Lohnkampf Seehäfen Reallohnsicherung soll durchgesetzt werden

Hamburg. Am 12.11.82 hat die Bundestarifkommission der ÖTV für den Bereich der Seehäfen folgende Forderungen beschlossen:

„1. Reallohnsicherung für 1983. 2. Die Laufzeit des Lohntarifvertrages soll 12 Monate betragen.“

Die Bundestarifkommission sah sich nicht in der Lage, eine Zahl festzulegen, sei es in Prozenten oder in Mark. Für die Mitgliederdiskussion hatte der Geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV in einem Flugblatt vorgeschlagen, die Reallohnsicherung sei bei 5% erreicht. Von den Hamburger Vertrauensleuten wurde dieser Vorschlag auf einer zentralen Funktionärskonferenz kritisiert. Es wurde übereingestimmt, daß der Reallohn gesichert werden muß. Es wurde aber gefordert, daß der Reallohn netto gesichert werden muß. Dazu sei aber der 5%-Vorschlag ungeeignet. Es wurden verschiedentlich Forderungen in Richtung 8% vorgeschlagen. Einige sprachen sich auch für Festgeldforderungen aus. Daß die Bundestarifkommission keine Marke beschlossen hat, bei der ihrer Meinung nach der Reallohn gesichert werden kann, drückt Unsicherheit aus. Der Abschluß im Hafen lag letztes Jahr bei 4,8%. Zusätzlich wurde eine Erhöhung des Urlaubsgeldes um 200 DM durchgesetzt. Dieser Abschluß hat den Reallohn nicht sichern können. Er war trotzdem im Nachhinein gesehen höher

als die Abschlüsse in den anderen Branchen.

Der Zentralverband der Deutschen Seehafenbetriebe hat am 12.11.82 auf der jährlichen Mitgliederversammlung in Travemünde seinen Jahresbericht vorgelegt. Es wird darin bedauert, daß „in den jeweils bereits vor Ende des Jahres geführten Verhandlungen (man sich) nicht auf Tarifabschlüsse in anderen repräsentativen Bereichen der Wirtschaft berufen kann“.

Die Hafenkapitalisten sind dieses Jahr im Vorteil, daß sie ein Überangebot an Hafenarbeitskraft haben. In den bremischen Häfen wurden Anfang November die ersten Entlassungen wegen Arbeitsmangel beim Gesamthafenbetrieb vorgenommen. Insgesamt wurden 300 Entlassungen angekündigt. In Hamburg und in den bremischen Häfen mußten die Kapitalisten dieses Jahr jeweils bis Oktober bereits mehr als

50000 Schichten Garantielohn bezahlen. In dieser Lage versuchen die Kapitalisten, so zu tun, als ob ein Streik nicht möglich wär. Nach außen hin. In ihrem Jahresbericht wird deutlich, welch großen Wert sie darauf legen, daß *nicht* gestreikt wird. In Erwiderung von Kritikern aus dem Kapitalistenlager über zu hohe Lohnabschlüsse im Hafen heißt es: „Nicht zuletzt dürfte die tarifpolitische Verhaltensweise der deutschen Seehafenverkehrswirtschaft wesentlich dazu beigetragen haben, daß die deutschen Seehäfen als ‚streiksicher‘ gelten, und dies steht in ganz erheblichem Gegensatz zu dem, was in anderen europäischen Häfen Jahr für Jahr beobachtet werden muß.“ Das heißt also, daß gerade bei zurückgehenden Umschlagszahlen in den Häfen die Kapitalisten von jeder durch Streik verlorenen Tonnage empfindlich getroffen werden.

Hauptküche einen nach der Krankenhausarbeitszeitordnung unanfechtbaren Dienstplan vor, nach dem mit dem bisherigen Küchenpersonal auch die Arbeit der Fremdfirma wieder übernommen werden sollte. Dieser Dienstplan beinhaltete völlig unerträgliche Arbeitszeiten (3-Schicht, geteilter Dienst, mehr Wochenenddienst) und war für den Personalrat unannehmbar.

Ferner argumentiert die Verwaltung, daß der Gemeinderat sowieso keiner Stellenaufstockung zustimmen würde, da er allgemein Stellenstopp beschlossen habe. Eine Fremdfirma laufe aber unter Sachkosten, falle also bei den Personalkosten nicht ins Gewicht. Außerdem sei eine Fremdfirma wirtschaftlicher als Stellenneuschaffungen.

Die ÖTV, die seit Jahren Untersuchungen über die Auswirkungen der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen (Schriftenreihe „Zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen“) durchführt, hat nachgewiesen, daß die „höhere Wirtschaftlichkeit“ der Fremdfirmen in den sehr lohnkostenintensiven Gebäudereinigungssektor vor allem auf Kosten der sozialen und materiellen Lage ihrer Beschäftigten geht.

Die Reinigungskraft der Fremdfirma verdient weniger (Stundenlohn nach dem Gebäudereinigertarif: 8,70 DM; im Öffentlichen Dienst Lohngruppe 1 ohne Kinder: ca. 9,75 DM bis ca. 11,30 DM); sie ist meistens nicht versichert, da die Fremdfirmen darauf abzielen, unterhalb der Versicherungspflichtgrenze für die Arbeitslosenversicherung bzw. der Kranken- und Rentenversicherung (weniger als 20 bzw. 15 Stunden wöchentliche Arbeitszeit und weniger als 390 DM monatlicher Verdienst) zu bleiben, um die Sozialversicherungsbeiträge zu sparen; sie bekommen keinen Krankengeldzuschuß, keinen Sozialzuschlag für Kinder, können schneller gekündigt werden und sind gegen Rationalisierungsauswirkungen nicht geschützt. Der Personalrat der Dienststelle hat keinerlei Möglichkeiten, auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Fremdfirma Einfluß zu nehmen.

Die Untersuchungen der ÖTV kommen ferner zum Ergebnis, daß weitere Kosteneinsparungen dadurch zustande kommen, daß die Fremdfirmen arbeitsintensive Reinigungsleistungen nicht übernehmen, weniger häufig reinigen, weniger gründliche und weniger schonende Reinigungsmethoden (z.B. Naßwischmethode statt Feuchtwischmethode) anwenden und von ihrem Personal wesentlich höhere Leistungen als im Öffentlichen Dienst verlangen, sodaß zwangsläufig die Qualität darunter leidet.

Dies war auch ein wesentlicher Grund für den Personalrat des Katha-

Privatisierungen

Personalrat gegen Fremdfirma am Krankenhaus

Stuttgart. Im Katharinenhospital Stuttgart (1230 Betten) ist die Abendschicht des Spüldienstes in der Küche an eine Fremdfirma vergeben. Trotz der Umstellung vom Einmalgeschirr auf Tablettsystem (Essen wird jetzt in der Hauptküche in Warmhalteteller portioniert und dann auf die Stationen gefahren) vor drei Jahren, wurden entgegen der Forderung des Personalrats keine neuen Stellen geschaffen. Als zudem Stellen teilweise nicht besetzt waren und der Krankenstand auf über 30% anstieg, war die Speiseversorgung dem Zusammenbruch nahe. Der Personalrat stimmte einer zeitlich begrenz-

ten Fremdvergabe der Abendschicht des Spüldienstes zu mit der Maßgabe, daß diese Arbeit schnellstmöglichst wieder durch vermehrtes eigenes Personal übernommen wird. Stattdessen beantragte die Verwaltung im Sommer, den Vertrag mit der Fremdfirma unbefristet zu verlängern, sowie während der Urlaubszeit Reinigungsarbeiten an eine Fremdfirma zu übertragen. Jetzt will sie die nach den Anhaltswerten der Deutschen Krankenhausgesellschaft mindestens 20 fehlenden Stellen im Putzbereich durch Fremdvergabe der Grundreinigung ausgleichen.

Als Druckmittel legte sie für die



Personalrat: Grundreinigung soll nicht fremdvergeben werden.

rinenhospitals, die Anträge der Verwaltung abzulehnen:

„Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Qualität der von Fremdreinigungsfirmen durchgeführten Arbeiten weitaus niedriger ist, als die des eigenen Personals. Das liegt u.a. daran, daß die bei solchen Firmen Beschäftigten unter Akkord arbeiten müssen und bei häufig wechselndem Personal kaum Zeit für Einarbeitung und Kennenlernen der räumlichen Gegebenheiten und Besonderheiten besteht.“ (Personalratsmitteilungen 10/82)

Die Untersuchungen der ÖTV haben zum Ergebnis, daß sich keine Kosteneinsparung ergibt, wenn die Leistungen der Fremdfirma auf tatsächlich Vergleichbares reduziert werden.

Die Verwaltung des Katharinenhospitals hat trotz des Einspruchs des Personalrats den Vertrag mit der Fremdfirma für den Spüldienst verlängert; während der Urlaubszeit wurden für die Putzarbeit statt einer Fremdfirma Aushilfskräfte eingestellt. Die Entscheidung über die Fremdvergabe der Grundreinigung ist noch nicht gefällt; dagegen hat sich auch die Personalversammlung am 13.10. ausgesprochen.

SKF

Suche nach dem „Personalüberhang“

Schweinfurt. Am 14.10. streikte die SKF-Belegschaft in Schweinfurt gegen die am selben Tag angekündigten 1500 – 2000 Entlassungen in den westdeutschen SKF-Werken. Am 19.10. kämpften ca. 40 Diskussionsredner auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung sieben Stunden lang um genauere Informationen. „Nichts Genaues weiß man nicht“, so die Geschäftsleitung. Auf der nächsten Betriebsversammlung am 3.11. zieht SKF die Entlassungspläne zurück und erklärt: „Es seien kurzzyklische Probleme erkennbar, die einen Personalüberhang erwarten ließen, der wegen der Unsicherheit der Prognosedaten zur Zeit nicht mit letzter Konsequenz ermittelt werden könne, jedoch zu gegebener Zeit durch Kurzarbeit kapazitativ abgefangen werden solle. Es sei auch ein Überhang aus strukturellen Gründen erkennbar, der sich jedoch in wesentlichen Teilen erst nach Durchführung einer Gemeinkosten-Wertanalyse genau bestimmen lasse ... Die sich eventuell ergebenden Personalüberhänge sollten einvernehmlich mit den Betriebsräten unter voller Ausnutzung der natürlichen Fluktuation über Frühpensionierungs-, Versetzungs- und Abfindungsaktionen gelöst werden können.“



Streik bei SKF in Schweinfurt

Von Anfang an hatte SKF präzise Absichten: Die „Gemeinkosten-Wertanalyse“ zielt auf eine Durchrationalisierung des Facharbeiter- und Angestelltenbereichs. Kurz nach der Betriebsversammlung z.B. wurde auf einer Abteilungsversammlung der Angestellten verkündet, in der EDV seien 60 überflüssig.

Das SKF-Programm, im europäischen Rahmen Produkte jeweils an einem Standort zu konzentrieren, was höhere Stückzahlen und Einsatz moderner Maschinerie ermöglicht, soll fortgesetzt werden. Bekannt wurde, daß über ein neues Entlohnungssystem verhandelt wird: „Rückstufung von Akkord- in Zeitlohn, von Gehalts- in Lohnempfänger, Rückstufungen im Arbeitswert.“

Diese Pläne zum umfassenden Angriff auf die Belegschaft liegen jetzt als „faire Problemlösung“ vor. Der Betriebsrat wertet als großen Erfolg, daß SKF mit ihm „vertrauensvoll“ zusammenarbeiten will. Für dieses Ergebnis hat die Belegschaft nicht gestreikt. Gegen die jetzt geplanten Maßnahmen anzukämpfen, wird schwieriger.

Niedersächsische CDU Kampagne zur Schaffung von Lehrstellen

Mit einer großangelegten Werbekampagne startete die CDU-Landesregierung Niedersachsen eine einmalige Ausbildungsplatz-Aktion. Das zehn Mio. DM umfassende Sonderprogramm bezuschußt diejenigen Kapitalisten, die im Bereich kaufmännischer und verwandter Berufe im Oktober und November 1982 neue Lehrstellen anbieten. Für jede dieser Lehrstellen gibt es 4800 DM, monatlich werden 200 DM gezahlt. Die Auszubildenden

müssen bereits eine Berufsfachschule oder ein Berufsgrundbildungsjahr besucht haben. Da die Landesregierung offensichtlich eine mißbräuchliche Verwendung der Gelder befürchtet, wird in der Richtlinie gleich darauf hingewiesen, daß „die Förderung ... ausgeschlossen (ist), sofern ein zuvor mit dem/der Auszubildenden bereits rechtswirksam abgeschlossener Berufsausbildungsvertrag ... allein deswegen wieder aufgelöst worden ist, um ein nach dem 1.10.1982 erneut begründetes und begonnenes Berufsausbildungsverhältnis nach diesen Richtlinien förderungswürdig zu machen.“

Mit diesem Programm will die Landesregierung ca. 2500 neue Ausbildungsplätze schaffen. In Niedersachsen suchen derzeit ca. 9700 Jugendlichen eine Lehrstelle, demgegenüber werden 3000 Ausbildungsplätze angeboten. Beispielsweise stehen den 1077 Bewerbern für einen Ausbildungsplatz als Bürokaufmann 88 Stellen zur Verfügung; die 1024 Jugendlichen, die Verkäufer werden wollen, können sich immerhin auf 229 Stellen aufteilen. Diese 3000 offenen Stellen sind natürlich nicht einfach von den 9700 Bewerbern zu besetzen. Wer allerdings eine Stelle annimmt, die nicht täglich erreichbar ist, kann noch eine monatliche „Mobilitätszulage“ von 150 DM bekommen, und wer vielleicht Mechaniker werden wollte, kann sich ja auch als Fleischer bewerben, dort stehen den bislang 95 Bewerbern 175 Stellen zur Verfügung.

Die Kapitalisten sind der Meinung, daß es noch nicht ausreicht, daß die Jugendlichen, die für diese Stellen in Frage kommen, nicht mehr zur Berufsschule gehen müssen. Beseitigt werden sollen alle Vorschriften, die das Lehrstellenangebot beeinträchtigen können. So sei die Ausbilder-Eignungsverordnung zu entschärfen, die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen sei zu bremsen, und die Forderung vieler Betriebsräte nach Übernahme der Jugendlichen nach der Ausbildung in ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis sei zurückzustellen.

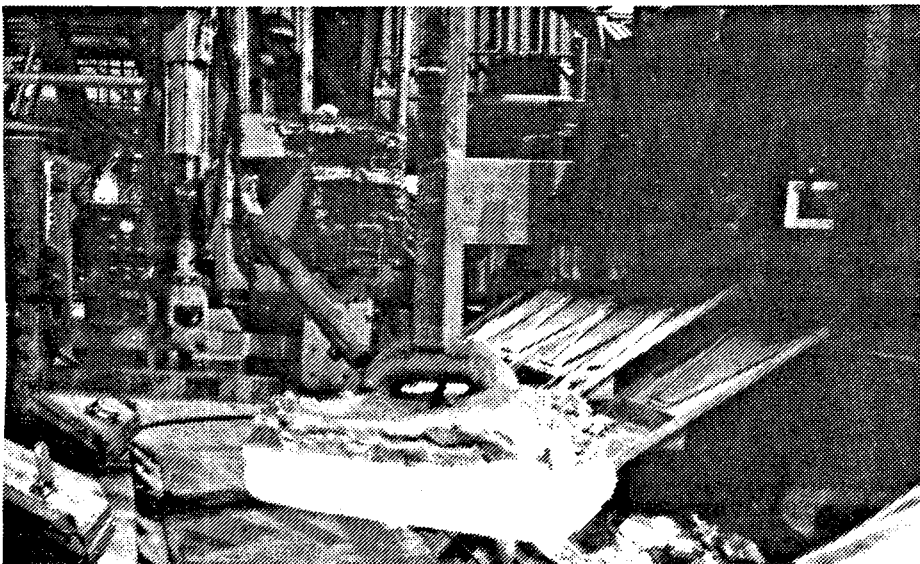
Bis zum 11.11. sind dem Arbeitsamt Hannover 66 neue Lehrstellen gemeldet worden. Diese Stellen konnten jedoch nicht einfach aus dem Kreis der 350 beim Arbeitsamt gemeldeten Bewerber besetzt werden, da entweder die schulischen Voraussetzungen nicht vorlagen oder die Verkehrsverbindungen fehlten. Allerdings wollte auch kaum einer der Jugendlichen eine der 13 angebotenen Stellen als „Handelsfachpacker“ annehmen.

Quellenhinweis: Hannoversche Allgemeine Zeitung; Niedersächsisches Ministerialblatt, S. 1849

Hamburger Aluminiumwerk Gesundheitszustand und Arbeitsbelastung der Belegschaft

Hamburg. Nebenstehend (Kasten S. 23) sind Ergebnisse einer Untersuchung des Betriebsrats der Hamburger Aluminiumwerke (HAW) abgedruckt. Der Betriebsrat hatte einen Fragebogen verteilt, um Arbeitsbelastungen und gesundheitliche Beschwerden der Arbeiter und Angestellten zu untersuchen (siehe auch: Politische Berichte Nr. 13/82). Im Vorspann des Fragebogens heißt es: „Wir (der Betriebsrat) hoffen, daß wir aus den Ergebnissen des Fragebogens Schlußfolgerungen ziehen können: zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, bei der Abwehr von Krankheitskündigungen und bei der weiteren Untersuchung der Gesundheitsgefährdung durch Schadstoffe am Arbeitsplatz.“

Die Ergebnisse des Fragebogens spiegeln die Arbeitsbedingungen und den Gesundheitszustand der Belegschaft eines mit modernsten Anlagen betriebenen Aluminiumwerks wider.



Anodenwechseln in der Elektrolyse. Arbeit bei Hitze, Lärm und Staub.

Die mit diesen Anlagen betriebene Ausbeutung von 800 Arbeitern und Angestellten sichern den HAW-Kapitalisten hohe Profite und den Arbeitern und Angestellten die Gefährdung und den Ruin ihrer Gesundheit. Nur ungenügend können nackte Zahlen die tatsächlichen Arbeitsbedingungen ausdrücken. Nehmen wir als Beispiel eine Abteilung: die Gießerei.

In neun Schmelzöfen wird das in der Elektrolyse gewonnene Aluminium

flüssig gehalten, bis es vergossen wird. Vor dem Guß wird das Aluminium durch Einblasen von Salzen von Spuren anderer Metalle gereinigt. Aus allen Öffnungen und Ritzen der Öfen dringt beizende Luft in die Halle. Über den Öfen ist keine Absaugung. Die Wände der Gießerei sind von der salzhaltigen Luft zerfressen. Oft ist die ganze Halle vernebelt, und man kann keine 30 m weit sehen.

Vier große Tore sind ständig geöffnet, so daß in der ganzen Halle Zugluft herrscht. Beim Gießen ist es vorne heiß und hinten kalt. Ständig herrscht ein Lärmpegel von 80 bis 90 dzb.

Schlosser, Elektriker und Maurer müssen an noch nicht erkalteten abgestellten Öfen Reparaturarbeiten durchführen. Als Gießer und Ofenarbeiter sind zu 85% ausländische Arbeiter beschäftigt. Sie arbeiten Kontischicht.

Die Arbeiter der Gießerei haben im Fragebogen als Hauptbelastungen an-

gegeben: Temperaturschwankungen 64%, Hitze und Kälte je 70%, Zugluft 74%, Lärm 74%, Gerüche 68%, Staub 79%. Nahezu jeder zweite Arbeiter hat im Fragebogen angegeben, daß er „mittel bis stark“ belastet ist durch Gase, Lösungsmittel, schweres Heben und Tragen, Zwangshaltungen, monotone Arbeit, Termindruck und starke Konzentration bei der Arbeit.

Bis zu 4% der Arbeiter sind länger als sechs Wochen krank. Im Durch-

schnitt liegt der Krankenstand um die 20%. Über 50% haben im Fragebogen angegeben, daß sie im letzten Jahr eine Magenkrankheit hatten. 44% sagen, daß sie beständig unter Appetitlosigkeit leiden. Fast 60% haben beständig Schulter-/Nackenschmerzen und Rücken-/Kreuzschmerzen. 55% haben alle paar Tage oder immer Kopfschmerzen. Ebenso viele haben Einschlafstörungen und einen unruhigen Schlaf. 58% hatten im letzten Jahr Hautallergien oder -reizungen. Und noch eine Zahl: 46% aller Asthmakranken bei HAW kommen aus der Gießerei.

Diese Zahlen sind bedrückend, aber es ist die Wirklichkeit einer kapitalistischen Fabrik. Die HAW-Kapitalisten haben den Fragebogen vehement bekämpft. Beim Arbeitsgericht versuchten sie, ein Verbot der Fragebogenaktion durchzusetzen. Das ist verständlich, weil die Versuche der HAW-Kapitalisten, sich der Lohnfortzahlungskosten zu entledigen, nur greifen können, wenn sie ihre Verantwortung für den Krankenstand vernebeln können. Derartige Manöver werden durch die Ergebnisse des Fragebogens erschwert wenn nicht gar verunmöglicht. Und was hatten sie in den letzten Jahren nicht alles versucht, um den Krankenstand zu senken: Drohbriefe bei längerer Krankheit, Auflistung bestimmter Ärzte, die unter Druck gesetzt werden sollten, Krankheitskündigungen, Entlassungsdrohungen, Verweigerung der Lohnfortzahlung. Doch nichts hat genutzt. Der Krankenstand ging nicht zurück. Hartnäckig verteidigten Betriebsrat und Belegschaft das Recht, ihre Arbeitskraft wiederherzustellen, wenn sie krank sind.

Im letzten Sozialbericht hatte die Geschäftsführung behauptet, am hohen Krankenstand seien vor allem einige Ärzte schuldig, die zu leichtfertig krankschreiben würden. Kommt den HAW-Kapitalisten da nicht ein Arbeits- und Sozialminister Blüm gerade recht, der im ZDF großspurig verkündet, mit den paar Krankmachern, die das soziale Netz ausnützen, werde man schon fertig. In der Sendung „Schlag auf Schlag“ am 11.11. sinngemäß: „Die schicken wir gleich zum Vertrauensarzt. Dafür brauchen wir die Lohnfortzahlung nicht anzugreifen.“

Der Betriebsrat wird jetzt in Abteilungsversammlungen die Ergebnisse des Fragebogens diskutieren, um gestützt auf die Erfahrungen der Arbeiter Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu entwickeln und um den Zusammenhang von bestimmten Krankheiten und den Arbeitsbedingungen aufzudecken.

Ergebnisse des Fragebogens

Auf die Frage nach *körperlichen Beschwerden* mit „alle paar Tage“ und „immer“ (Angaben in Prozent aller befragten Arbeiter und Angestellten):

Vorzeitige Müdigkeit	52%
Rücken- oder Kreuzschmerzen	49%
Schulter- oder Nackenschmerzen	41%
Kopfschmerzen	40%
Unruhiger Schlaf	40%
Einschlafstörungen	37%
Husten/Hustenreiz	32%

Magenverstimmung/ Magenschleimhautentzündung oder Sodbrennen	32%
Augenreizung/-entzündung	29%
Hautjucken/-ausschlag	29%
Gehörschäden	27%
Appetitlosigkeit	26%
Kreislaufbeschwerden	23%
Konzentrationsstörungen	22%
Herzschmerzen	19%

Auf die Fragen nach den *Bedingungen und Belastungen* am Arbeitsplatz antworteten mit „ziemlich stark“ oder „sehr stark“:

Staub/Ruß	66%
Schmutz	65%
Zugluft	63%
Lärm	60%
Unangenehme Gerüche	53%
Temperaturschwankungen	52%
Kälte	51%
Hitze	49%
Genaues Hinsehen	38%
Starke Konzentration	35%
Monotoner Arbeitsgang	35%
Arbeitsdruck durch Termine	34%
Gase	31%

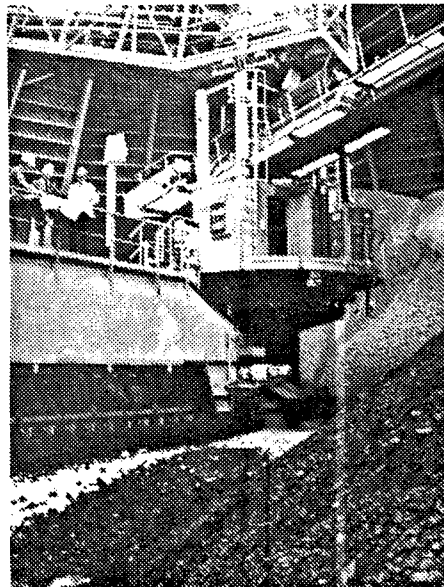
Ungünstige Beleuchtung)	
Feuchtigkeit/ Nässe)	
Lösungsmittel)	
Schweres Heben jeweils zwischen und Tragen)	21 u. 25%
Erschütterungen und Vibrationen)	
Zwangshaltungen)	
Schnelle Rhythmen)	
Arbeitsdruck durch das Tempo der Maschine)	
Arbeit im Freien	16%
Räumliche Enge	16%

Auf die Frage nach *Krankheiten des letzten Jahres* antworteten mit „ja“:

Hautallergien/-reizungen	43%
Darmerkrankungen	26%
Hoher Blutdruck	28%
Asthma	6%

Zementproduktion Holderbank in Entwicklungsländern

Der weltweit organisierte Zementkonzern Holderbank aus der Schweiz hat im Jahre 1981 aus seinen Beteiligungen insgesamt 505 Millionen S.Fr. Profit erwirtschaften können. In der Schweiz beherrschte Holderbank schon vor dem zweiten Weltkrieg den Markt. Genauso ist es zu der Zeit in Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchsen die Beteiligungen und Beherrschungen in



Westdeutschland, wo man vorher nur ein kleines Werk in Südbaden hatte, bei den Breitenburger-Portlandcementwerken in Lägerdorf/Holstein und Nordcement in Hannover. Weiter wird in Kanada und den USA investiert. Bis in die Mitte der 60er Jahre expandieren diese Werke über einen riesigen Export von Zement in Länder der Dritten Welt. In dieser Zeit ist es durchaus üblich gewesen, daß über 10% der Jahresproduktion exportiert wurde. Heute kann der Verband der deutschen Zementindustrie lediglich noch 1,7% vermelden.

Ab 1969 beginnt die Holderbank sich an der Zementproduktion in den Ländern der Dritten Welt zu beteiligen. Allein im Jahre 1970 beteiligt sich die Holderbank an Zementwerken in Mexiko, Libanon, Costa-Rica, Kolumbien und Brasilien. Auf diesen Märkten ist sie heute überall marktbeherrschend. In Libanon z.B. wird von der Holderbank mehr Zement produziert als im Libanon abgesetzt wird. Marktanteile von 75 bis 85% sind durchaus häufiger anzutreffen.

Bis heute hat es die Holderbank auf Beteiligungen in 23 Ländern der Erde gebracht. Aber nicht nur die Zement-

produktion ist ein profitables Geschäft, wo in den Entwicklungsländern viel Zement für den Aufbau einer eigenen Wirtschaft benötigt wird. Man unterhält zudem noch zwei Planungsbüros, in denen schlüsselfertige Zementwerke geplant und verkauft werden. In diesem Geschäft rangiert die Holderbank hinter F.L. Smidth und der Fuller Corporation an dritter Stelle auf dem Weltmarkt. In ihrem Geschäftsbericht erläutert der Vorstand im Hinblick auf die weltwirtschaftliche Lage, daß in Westeuropa und Nordamerika keine guten Ergebnisse erzielt worden seien. In den Ländern der Dritten Welt dagegen wäre es sehr befriedigend.

Solange nichts gegen den Kapitalexport passiert, werden sich derartige Monopole weiterhin maßlos bei diesen Ländern bereichern. Die Welträte der Internationalen Föderation von Chemie-, Energie- und Fabrikarbeitervereinigungen (ICEF) ist nur ein Anfang des Widerstandes gegen diese Politik.

Straßenordnung Wuppertal Stadtrat nicht nur gegen „Punker und Penner“

Wuppertal. Mehrere Festnahmen, ein größerer Chemical-Mace-Einsatz und ein beschlagnahmtes Auto sind die Bilanz des letzten Polizeieinsatzes gegen ein „Punkertreffen“ am 6. November in Wuppertal. Seit Februar treffen sich oft mehrere hundert Jugendliche, die sich mehr oder weniger als Punker bezeichnen, am ersten, verkaufsoffenen Samstag des Monats im Zentrum von Wuppertal-Elberfeld. Seit Mai ist es bei fast jedem dieser Treffen zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen. Damals waren acht Jugendliche wegen einiger zerbrochener Bierflaschen festgenommen worden. Als daraufhin rund 60 Jugendliche zu dem gleichzeitig in Wuppertal tagenden SPD-Bezirksparteitag ziehen wollten, wurden kurzerhand alle 60 festgenommen. Seitdem werden die Treffen von meist mehreren Hundertschaften Polizei belagert.

Dabei waren die letzten Treffen ausdrücklich auch Protest gegen die neue Straßenordnung, die der Stadtrat Ende September beschlossen hat und die am 3. November in Kraft trat. Mit der Straßenordnung wollte der Stadtrat einträchtig eine Handhabe für jederzeitiges polizeiliches Vorgehen gegen „Punker und Penner“ schaffen. Heißt es in §3, Absatz 1 schon: „Auf Straßen und in den Anlagen ist jedes Verhalten untersagt, das die bestimmungsgemäße Benutzung vereitelt oder geeignet ist, andere ... zu behindern“, so wird im Absatz 2 gleich noch das „Verweilen

auf Straßen und in Anlagen in be-
rauschem Zustand“ untersagt. Auf
dieser Grundlage wendet die Polizei
verstärkt das Recht des „Platzverwei-
ses“ an, das auf Beschlüsse der Innen-
ministerkonferenz zurückgeht und mit
dem sie Leute ganz einfach der Straße
verweist.

Ist diese Verordnung einerseits eine
Reaktion auf die Folgen wachsender
Verelendung, so geht es der Stadt bei
der Auseinandersetzung um die „Pun-
kertreffen“ doch um mehr. „Antifas“
und „Autonome“ griff die Lokalpres-
se als die Verantwortlichen an, die
CDU erklärte sich „über dieses Ge-
waltpotential zutiefst beunruhigt“. Schon
seit Mitte der sechziger Jahre ist der
Bereich, um den es geht, ein Ju-
gendtreffpunkt. Agitationsstände wur-
den hier lange ohne Genehmigung
durchgeführt. Entsprechend sind die
selbsternannten Hilfstruppen des Stadt-
rates. Mehrfach haben NPD-Jugendlie-
che im Verbund mit „Skinheads“
versucht, Auseinandersetzungen vor
allem um das Jugendzentrum „Börse“
zu provozieren.

„Reichskristallnacht“ Gedenkfeier der DGB-Jugend Bayern

Dachau. Am 6. November veranstalte-
te die DGB-Jugend Bayern auf dem
Gelände des ehemaligen Konzentrati-
onslagers Dachau eine Gedenkstunde
zur Erinnerung an die „Reichskristall-
nacht“ 1938. In jener Nacht ließen die
deutschen Faschisten ihre Truppen
zum Pogrom gegen die Juden antreten.

Trotz eisiger Kälte waren an die
2000 Teilnehmer erschienen, mehr als
je bisher. Hauptredner war der SPD-
Vorsitzende Willy Brandt, begleitet
von mehreren „Rezitationen“ des Ka-
baretisten Gerd Ruge.

Brandts als ausführliche Beschrei-
bung des geschichtlichen Ablaufs der
„Nazi-Zeit“ gehaltene Rede um-
schrieb den Faschismus mit dem Be-
griff des „wildgewordenen Spießbürg-
ers“ und mündete in die Kritik, daß
manche derer, die die Verantwortung
für die Nazi-Verbrechen trügen, bis
heute nicht zur Verantwortung gezo-
gen worden seien. Seine Aussage, der
Nazismus sei keine Naturkatastrophe
gewesen, „er geschah nicht, er wurde
gemacht“, verknüpfte Brandt sogleich
mit dem Hinweis, daß es auch heute
noch Terrorsysteme gebe; es gelte,
endlich und dauerhaft die Finger zu
lassen von der Vorstellung, „an eines
Volkes Wesen soll die Welt genesen“.

So wenig er die dem Faschismus zu-
grundeliegenden Interessen der reichs-



Brandt und Rothemund (bayerischer
SPD-Vorsitzender) bei der Gedenkfei-
er in Dachau

deutschen Bourgeoisie benannte, so
wenig rührte er an die heutigen Ziele
und Absichten, geschweige denn an die
geschichtliche Kontinuität der west-
deutschen Bourgeoisie. So konnte es
denn geschehen, daß ausgerechnet der
Mann, der in der Zeit der Großen Ko-
alition die Notstandsgesetze mit verab-
schiedete und in dessen Regierungszeit
der Ausbau der Notstandsgesetze er-
folgte, seine Kritik an mangelndem
Widerstand gegen den Faschismus dar-
in zusammenfaßte, spätestens bei der
Einschränkung der Versammlungs-
und Pressefreiheit und des Demonstra-
tionsrechts hätte man hellhörig werden
müssen, aber „damals schätzten zu we-
nige die Freiheit“.

Im Gegensatz zu Brandts Rede rich-
teten sich die Beiträge von Gerd Ruge
gegen Deutschnationalismus und seine
propagandistischen Förderer. Er
wandte sich gegen die Ausländerhetze
und verglich die Behandlung der Juden
damals mit der der Türken heute.

Entgegen bisheriger Tradition er-
griff kein DGB-Vertreter das Wort

Niedersachsen Albrecht bereitet Privatfunk vor

Nach längerer Pause hat Ministerpräsi-
dent Ernst Albrecht Ende Oktober sei-
nen Entwurf zum „Niedersächsischen
Landesrundfunkgesetz“ offengelegt.
Am 1. Januar 1983 endet das alleinige
Recht des Norddeutschen Rundfunks,
in Niedersachsen Programme zu ma-
chen. Rechtzeitig tritt Albrecht auf den
Plan, seine heißgeliebten Privatsender
dem NDR an die Seite zu stellen.

Dafür, daß für die Belange der Ar-
beiter, Angestellten oder anderer Teile
des Volkes der Privatfunk nicht nutz-
bar ist, ist in vielfacher Hinsicht ge-

sorgt. „Eine Erlaubnis wird für die
Veranstaltung eines Programms erteilt,
das sich nach seinem Inhalt auf eine
mindestens landesweite Verbreitung
ausrichtet“ (§4); d.h. für Programme
mit lokaler oder regionaler Verbrei-
tung wird keine Erlaubnis erteilt, was
aber für Bürgerinitiativen usw. am ehe-
sten interessant (und bezahlbar) wäre.
Wer erteilt die Erlaubnis? – Die Lan-
desregierung! Damit sie ihr unliebsame
Programme auch ablehnen kann, hat
sie „Auswahlgrundsätze“ geschaffen
(§7): „... 3. Die Gesamtheit der ...
Programme ... darf nicht politische,
weltanschauliche oder gesellschaftliche
Gruppen oder Richtungen einseitig be-
günstigen. 4. Bisherige Tätigkeit und
Leistungen im Medienbereich sind zu
berücksichtigen.“ Im Zweifelsfall er-
hält Axel Caesar Springer den Vorrang
vor anderen.

„Politische Parteien oder von ihnen
abhängige Unternehmen können nicht
Veranstalter von Hörfunk und Fernse-
hen sein“ (§6). Anders dagegen Kir-
chen und Religionsgemeinschaften, ih-
nen sind darüber hinaus „auf Wunsch
... angemessene Sendezeiten für die
Übertragung gottesdienstlicher Hand-
lungen und Feierlichkeiten sowie son-
stiger religiöser Sendungen zu gewäh-
ren“ (§18), und zwar von allen Veran-
staltern, die ihre Programme nicht über
Kabel verbreiten.

Überdies ist nach §9 jeder Veranstat-
ter „in seinen Sendungen an die verfas-
ungsmäßige Ordnung gebunden und
trägt zur Verwirklichung der freiheitli-
chen demokratischen Grundordnung
bei“. Ausdrücklich sollen die Pro-
gramme „für den Frieden und die Ein-
heit Deutschlands in Frieden und Frei-
heit eintreten“. Wer für die Anerken-
nung der DDR ist, darf nicht senden.
Die Kontrolle über die Programme übt
ein Landesrundfunkausschuß aus,
dem ähnlich „wie im Rundfunkrat des
Norddeutschen Rundfunks in reprä-
sentativer Weise bedeutsame politi-
sche, weltanschauliche und gesell-
schaftliche Organisationen und Grup-
pen“ angehören; solche sind u.a. im
niedersächsischen Landtag vertretene
Parteien, Kirchen und Religionsge-
meinschaften, DGB, DAG, Deutscher
Beamtenbund, Arbeitgeber-, Hand-
werks-, Bauern-, Frauen-, Jugend-,
Sport- und Vertriebenenverbände.

Der Privatfunk „eröffnet ferner die
Chance zu mehr Wettbewerb im Rund-
funk, zu einem reichhaltigeren Pro-
grammangebot und zur Förderung der
Meinungsvielfalt“. Vielfältig schon,
Hauptsache für die Einheit Deutsch-
lands! Und bis zu 20% Werbung (§32)
macht das Programm sicher auch
reichhaltiger.

Quelle: „Entwurf Niedersächsisches Landesrundfunkge-
setz – Stand: 25. Oktober 1982“ einschließlich Be-
gründung; Herausgeber: Staatskanzlei der niedersächsi-
schen Landesregierung

Von der Familien- bis zur Ausländerpolitik – CSU fördert Faschistisches auf allen Ebenen

Wer Reaktionäres, auch Faschistisches in München vertritt, kann sicher sein, in seiner Karriere gefördert zu werden. Der Sozialreferent Stütze und sein Kollege vom Kreisverwaltungsreferat, Gauweiler, sind dafür beste Beispiele. Ihre Politik geht über die „Verharmlosung“ von Neonazis hinaus. Stütze tritt für eine Reform der Familienpolitik ein, „weil nur eine ausreichende Kinderzahl die Zukunft des Volkes sichert und weil in sozial ungenügenden Verhältnissen nicht lebensstarke, der Gemeinschaft nützende Menschen heranwachsen können“. Und damit klar

cher Kindersegen möglich wird, und er trat auch an eine Münchner Behindertereinrichtung heran, sie solle keine „auswärtigen Klientel“ mehr annehmen.

Der Kreisverwaltungsreferent Gauweiler kümmert sich derweil um die Säuberung der Fußgängerzone von Nicht-Seßhaften und Straßenmusikanten und dringt auf schärfere Maßnahmen zur „Unterbindung des Zustroms von Ausländern“. Seine erste Amtshandlung war die Neueinrichtung von vier Stellen für Beamte, die Ausländerwohnungen überprüfen sollen, ob die

„Reichsgebiet“ zu verlassen, brachte nur die Auskunft, daß keine Erkenntnisse darüber vorlägen, daß die „Front“ in Bayern tätig sei.

Im folgenden Interview mit einem türkischen Jugendlichen wird deutlich, wie sich die Maßnahmen von Staatsregierung und Stadtverwaltung praktisch auswirken: E. ist gerade 18 Jahre geworden, seine Eltern und fünf Geschwister leben schon länger in der BRD. E. ist in der Türkei bei politischen Aktivitäten dreimal verhaftet worden, sein Antrag auf politisches Asyl in der BRD ist abgelehnt worden. Sein Paß ist abgelaufen, und er kann sicher sein, daß er bei der Ausweisung in der Türkei sofort verhaftet wird und zumindest mehrere Jahre im Gefängnis zubringen muß.

Kannst Du aus eigener Erfahrung schildern, wie sich der Druck auf die türkischen Arbeiter verschärft?

E.: Ja. Ich bin jetzt über ein Jahr in Deutschland, mein Vater 15 Jahre, meine Mutter sieben Jahre. Mein Asylantrag ist abgelehnt worden mit der Begründung, daß ich in der Türkei gegen die Verfassung gearbeitet habe und daß dies auch in jedem demokratischen Staat verfolgt wird. Ich hätte deshalb kein politisches Asylrecht, weil das kriminell ist. Die Folterungen in der Türkei würden zwar gegen die Menschenrechte sein, das wäre aber kein Grund für politisches Asyl. Außerdem weiß ich aus meinem Freundeskreis mehrere Fälle, wo aufgrund der 12-qm-Bestimmung Jugendliche ausgewiesen wurden, weil ein oder zwei qm zu wenig Wohnraum da sind. Und bei

einem türkischen Arbeiter, der nach Ablauf des Arbeitslosengeldes Sozialhilfe beantragt hat, wurde seine Familie ausgewiesen. Es ist z.B. so, daß hier in München für ein Bestechungsgeld von 3000–5000 Mark für 900 türkische Jugendliche über Dolmetscher und das Arbeitsamt Pasing die Papiere geändert wurden. Die Jugendlichen haben dann sofort eine Arbeitserlaubnis bekommen anstatt vier Jahre zu warten. Das kam raus, die Dolmetscher sind schon lang abgehauen, aber die Jugendlichen haben Briefe gekriegt, daß sie lieber freiwillig in die Türkei sollen, sonst würden sie über einen Prozeß ihre Ausweisung kriegen. Dann sind etwa 300 Jugendliche freiwillig zurückgekehrt. Ich bin sicher, daß mit der neuen Regierung hier das noch schlimmer wird, und die Faschisten werden noch offener gegen uns



12000 Teilnehmer bei der DGB-Demonstration gegen den NPD-Parteitag 1980 in Augsburg. Tandler ließ Neonazis mit Hundertschaften schützen.

ist, worum es geht: „Familien muß man jetzt und mit größtem Nachdruck fördern, wenn für morgen überhaupt noch genug einheimische Frauen heranwachsen sollen, um eine für den Generationsersatz ausreichende Kinderzahl sichern zu können. Wenn dies in den vor uns liegenden 10, 15 Jahren versäumt wird, ist der Zug abgefahren. Dann steht unser Volk jenseits des Punktes, bis zu dem noch eine Korrektur des gegenwärtigen Selbstausrottungstrends der Weißen denkbar ist.“ (Interne Studie vom 4.2.1982 von Stütze für die CSU-Stadtratsfraktion) Als Sozialreferent ist er auch in der Lage, dies praktisch durchzusetzen. Er spricht sich dafür aus, daß die Zahl der als behindert Anerkannten gesenkt werden müsse, damit der „normalen“ (d.h. deutschen) jungen Familie rei-

im Gesetz vorgeschriebenen 12 qm pro Person auch tatsächlich vorhanden sind.

Auf einer solchen Grundlage gedeihen die Aktivitäten von Neonazis natürlich prächtig. Seit Mai nehmen die Aktivitäten eines „Ausländervernichtungskommandos“, das vor allem gegen türkische Staatsangehörige vorgeht, zu. Mit Drohungen und auch Gewalttätigkeiten gehen sie gegen Gastwirte vor: Aufgrund einer Anzeige eines türkischen Gastwirtes wurden „Erkundigungen eingeholt“. Aber Kreisverwaltungsreferat und Innenministerium erhielten keine „greifbaren Erkenntnisse“. Und auch die Anfrage der FDP im Landtag über die „Nationalsozialistische Deutsche Befreiungsfront“, die die Türken in der BRD auffordert, sofort und bedingungslos das

Angestrebte Rechtssprechung: Was links ist, verbieten, was rechts und faschistisch ist, fördern

Mit dem Verbot der Kundgebung „Es klagen an“ am 25.9. in München hat die CSU-Kreisverwaltungsbehörde unter Absegnung durch das bayerische Verwaltungsgericht de facto das Demonstrationsrecht vollständig beseitigt (s. Pol. Ber. 21/82). Das Motto der Veranstaltung war (zitiert aus dem Verbotsbescheid): „Es klagen an Opfer der von Strauß zu verantwortenden Politik in Bayern bzw. deren Angehörige, Zeugen und Sachverständige“. Dieser Satz reichte aus zum Verbot, weil „das Versammlungsthema *möglicherweise* verschiedene Tatbestände des StGB (§186 üble Nachrede, §187 Beleidigung und §187a üble Nachrede und Verleumdung von Personen des politischen Lebens) verletzt hätte“ und „die öffentliche Sicherheit dadurch unmittelbar gefährdet ist“.

Um eine Beleidigung oder üble Nachrede im bürgerlichen Sinne zu begehen, muß man laut StGB „behaupten oder verbreiten“, die „Tat“ also begangen haben. In dem Motto der Veranstalter lag das nicht begründet, weil sonst das CSU-Kreisverwaltungsreferat hundertprozentig Strafverfahren eingeleitet hätte. Folglich bastelte es eine Konstruktion mit in die Welt gesetzten Vermutungen, daß „möglicherweise“ Beleidigungen gegen Strauß fallen würden.

Bekannt ist die Praxis der BRD-Gerichte, Versammlungen zu verbieten,

wenn „zu vermuten ist“, daß die „innen- und außenpolitischen Belange“ der BRD von den Veranstaltern strapaziert werden durch die Gegnerschaft zum BRD-Imperialismus. Das geschah bisher gestützt auf die Staatsschutzparagrafen. Die CSU will jetzt diesen Bogen weiter gespannt wissen. Beleidigung und üble Nachrede waren ja noch nicht Bestandteil dieser Rechtssprechung, insofern ist hier eine neue erfolgt. Denn die erste Instanz des Verwaltungsgerichts folgte voll der Argumentation des Kreisverwaltungsreferats. Die zweite Instanz ließ zwar dann die Kundgebung 14 Tage später zu mit dem lapidaren Hinweis, die politischen Gründe würden nicht ganz ausreichen, wobei aber auch hier nicht die Tatsache zurückgewiesen wurde, daß die CSU-Behörde lediglich mit in die Welt gesetzten Vermutungen willkürlich hantierte.

Bekanntlich hat Strauß schon häufig Titel verliehen bekommen, nicht zuletzt von seinen „Kollegen“ im Bundestag. Probleme hat er damit noch nie gehabt. Der Grund für das Verbot liegt auch nicht in einer Verletzung seiner bürgerlichen Ehrenrührigkeit. Der Dreh- und Angelpunkt einer eventuellen „üblen Nachrede“ wurde nämlich darin gesehen, daß die Veranstalter *möglicherweise* behaupten würden, der Oktoberfestanschlag sei von Neonazis verübt worden, wo doch das Landeskriminalamt und Staatsregierung immer wieder feststellen, es sei eine

einzelne „unpolitische Natur“ gewesen.

Die von der CSU besetzten staatlichen Stellen wollen die Faschisten wieder hoffähig machen. Dabei gibt es direkte Verbindungen. Mitglieder des faschistischen „Stahlhelm“ sind zugleich Mitglieder der CSU, ihr Vorsitzender im öffentlichen Dienst beschäftigt. Der Bund führt Wehrübungen zur „Befreiung Ostdeutschlands“ durch, womit er auch nach Meinung der CSU (OB Schnell, Ingolstadt) auf dem Boden der Verfassung steht. Andererseits haben die CSU-Behörden jetzt schon über ein halbes Jahr keine Erkenntnisse über die „Deutsch-Nationalsozialistische Vereinigung“, die Ausländer terrorisiert. Sie wird also stillschweigend geduldet. Gefördert werden die Schlägertrupps der Privatarmee „Schwarze Sheriffs“ in München, die nach Antrag der CSU in Münchens Innenstadt unter „soziallästigen Personen“ aufräumen soll.

Die westdeutsche Bourgeoisie zieht sich diese Herden und Horden verstärkt systematisch heran für die weitere Verfolgung ihrer Ziele. Deshalb wird auch an einem Demonstrationsrecht gearbeitet, das keinerlei Opposition und Gegnerschaft zum BRD-Imperialismus mehr öffentlich zulassen soll, auf der anderen Seite faschistischen und reaktionären Aktivitäten volle Rechte einräumt. Die CSU-Staatsbehörden sind auf diesem Weg ein ganzes Stück voran, sie praktizieren den „inneren Notstand“, ohne ihn offiziell schon ausgerufen zu haben.

vorgehen können, weil sie im Grunde ja nichts anderes wollen.

Hast Du Erfahrungen mit deutschen oder türkischen Faschisten?

E.: Ja. Unter den Asylanten gibt es viele „Graue Wölfe“. Sie haben Freunden von mir vor der Demonstration in Frankfurt Drohbriefe geschickt. Sie sollen da nicht hingehen, sonst würden sie Informationen über ihre politische Betätigung an das Konsulat weitergeben. Davor haben viele Leute Angst, weil das Konsulat und die Ausländerbehörde zusammenarbeiten. Und von den „Ausländervernichtungskommandos“ in München habe ich schon gehört.

Habt Ihr schon mal versucht, über rechtliche Schritte was gegen die Faschisten zu unternehmen?

E.: Gegen diese Leute kannst Du nichts machen. Sie werden von allen unterstützt. Bei BMW ist es z.B. so, daß die eine Moschee im Keller eingerichtet haben, wo Unterricht usw. gegeben wird, obwohl jeder weiß, daß

das die Faschisten und reaktionäre, streng gläubige Türken in der Hand haben. Und der Verein, wo die „Grauen Wölfe“ arbeiten, hat in der Volkshochschule in der Landwehrstraße

Räume. Die haben dort auch fortschrittliche Türken angegriffen, wobei einer schwer am Arm verletzt wurde. Die Polizei war zwar da, aber passiert ist denen überhaupt nichts.



Das Münchner Sozialreferat am 15.5.1982

Bestandteil sozialdemokratisch gefärbter Kritik an den Unionsparteien ist der Vorwurf der „Verharmlosung des Faschismus“. Schlimm wirkt sich aber auf den Kampf gegen Reaktion und Faschismus die „Verharmlosung“ der bürgerlichen Parteien und hierbei der CDU/CSU aus, die die Notstandsgesetze von langer Hand vorbereitete, und die durch das Mittun der SPD schließlich verabschiedet werden konnten. An einer Reihe von Beispielen soll gezeigt werden, daß die CSU den Faschismus nicht „verharmlost“, sondern wohlwollenden Gebrauch von dessen Idee, Maßnahmen und Ziele für den westdeutschen Imperialismus macht. „Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind. So hat es auch de Gaulle gemacht.“ (Strauß, 1974)

CSU-Äußerungen: deutlich und eindeutig

Strauß 1974, als die CSU seine Kanzlerkandidatur und einen schärferen reaktionären Kurs in der Union durchsetzen wollte: „Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern. Und zwischen politischen und kriminellen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher. Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen. Selbst wenn wir es nicht ganz halten können. Aber den Eindruck müssen wir verkörpern.“

CSU und bayerische Staatsregierung äußerten sich mehrmals zum Faschismus und zu den Neonazis wie der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, zu der der behauptete „Einzeltäter“ des Oktoberfestanschlags enge Verbindungen pflegte.

Tandler (Innenminister), 12.3.79: „Wenn sich eine Vereinigung an die allgemeinen gesetzlichen Regelungen, wie z.B. das Uniformverbot ..., das Waffengesetz, das Naturschutzgesetz, die Straßenverkehrsordnung usw. hält, kann die Abhaltung von Wehrsportübungen nicht unterbunden werden. Der Wehrsport selbst ist nicht strafbar.“

Strauß, 22.3.79: „Machen Sie sich doch nicht lächerlich, wenn Sie gewisse Gruppierungen – Sie haben heute die Wehrsportgruppe Hoffmann genannt – durch Ihre ständigen, in der Öffentlichkeit vorgebrachten überdimensionierten Darstellungen überhaupt erst der bayerischen Bevölkerung bekannt gemacht haben und ihnen damit eine Bedeutung zumessen, die sie nie hat-

ten, nie haben und in Bayern nie bekommen werden.“

Das Verbot dieser Gruppe war der CSU wegen außenpolitischer Belange opportun.

Tandler, 30.1.80: „Ich begrüße dieses Vereinsverbot insbesondere unter dem Aspekt, daß das Auftreten der Wehrsportgruppe Hoffmann in der Öffentlichkeit zu einer Gefährdung des Ansehens der BRD im Ausland geführt hat. Ich betone allerdings bei dieser Gelegenheit, daß es auch links-extreme Gruppen gibt, die für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Sicherheit unseres Landes gefährlich, vermutlich weitaus gefährlicher sind.“

Strauß, März 1980: Heutzutage gibt es in der BRD keine Gefahr mehr von rechts, weder im Augenblick, noch in naher Zukunft. Vielleicht haben Sie die Aktion verfolgt, die gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann unternommen worden ist ... Mein Gott, wenn jemand Spaß daran hat, am Sonntag mit einem Rucksack und im Kampfanzug mit Kopfschloß durchs Gelände zu spazieren, soll man ihn in Ruhe lassen. Hoffmann hat sich nichts zu Schulden kommen lassen.“

Unmittelbar nach dem Oktoberfestanschlag wiederholte *Strauß* seine „Agententheorie“ zur Frage der Täterschaft. In einem Interview mit dem „Deutschland-Magazin“ kritisiert *Strauß* die „aufgebaute Publizität“ der Neonazis und meint: „Das System, nach dem hier vorgegangen wird, ist ebenso einfach wie brutal. Der sowjetische KGB und andere kommunistische Geheimdienste veranlassen – wie unwiderlegbar bewiesen ist – Hakenkreuz-

schmierereien auf jüdischen Friedhöfen in der BRD. DKP und SED schulen Subversanten, die rechtsradikale Minororganisationen gründen und mit

stupiden neonazistischen Sprüchen für weithin sichtbares Ärgernis sorgen. Auch das ist bis in die letzten Einzelheiten bewiesen.“

Zahlreiche Verbindungen zwischen CSU und faschistischen Organisationen

Bekannte Faschisten gründen Anfang der siebziger Jahre „CSU-Freundeskreise“. Rubin, Gründer der „Aktion Deutscher Osten“ wird Präsident des „CSU-Freundeskreises auf Bundesebene“. In dessen Kampflied heißt es u.a.: „Hält Strauß die Macht in fester Hand, ist bald der rote Spuk verbannt, kommt Bürgersmann und Militär wie einstens wieder hoch zu Ehr“. Denn Deutschland darf nicht untergehn, soll neue Zukunft ihm erblühn.“ Dazu die CSU: „Wer wollte leugnen, daß hier sich ein altes Bedürfnis artikuliert und in höchst bescheidenem Umfang organisiert hat.“ (Bayernkurier, 14.3.70)

Im *Witikobund* sind die CSU-MdB Zogelmann und Becher führend tätig. Der Bund ist die Speerspitze des Revanchismus der Sudetendeutschen Landsmannschaft: „Es geht heute nicht mehr um einfache Rückkehr, sondern um einen Neuaufbruch, der der alten Kolonisation des Mittelalters durchaus ebenbürtig wäre.“

Hilfskomitee Südliches Afrika (HSA), Coburg: Seit 1979 im Verfassungsschutzbericht als „rechtsextremistisch“ ausgewiesen. Regelmäßig treten

dort mit Vorträgen und Grußbotschaften CSU-Mandatsträger auf, so z.B. die Bundestagsabgeordnete Niegel, Graf Huyn, Röhner, Regenspurger. Über eine Südafrikatagung des HSA im Jahr 1979 berichtet die Hauspostille, daß auch die „gegenwärtige Politik“ des Rassistenregimes „wegen ihres liberalen Opportunismus nicht verschont blieb“.

Stahlhelm-Kampfbund für Europa: Neonazis mit dem Kampfruf „Front Heil“ wollen „Verbreitung soldatischen Denkens“ und betreiben Wehrsport. In Ingolstadt ist der örtliche Führer CSU-Mitglied und mit anderen seines Kampfbundes im dortigen „Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU“. Oberbürgermeister Schnell (CSU) sprach 1978 Grußworte auf der Bundesversammlung des „Stahlhelms“.

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Nürnberg stellt im Juni 1982 ein Verfahren gegen die Verfasser der Hetzschrift „KZ-Wahrheit gegen Lügen“ ein. Als Zeugen für die „Widerlegung der sechs-Millionen-Lüge“ ziehen die Faschisten den Fürther Stadtrat der CSU Studiendirektor Wietzsch bei.

CSU für bewaffnete Hilfstruppen nach Nazivorbild

1978 fordert der CSU-Landtagsabgeordnete *Prentl*, ehemaliger Kommandeur im Verteidigungsbezirk Oberbayern, die Bildung einer Reservistenarmee, um „besser gegen subversive Kräfte und Terroristen“ kämpfen zu können. Als Vorbild dienen *Prentl* die Gebirgsschützenkompanien, Kerntruppe der berüchtigten Freikorps seit 1918/19. *Prentls* Forderung erhält Unterstützung vom Wehrpolitischen Kongreß der CSU und vom Reservistenverband der Bundeswehr.

1981 gründen die CSU-Mitglieder Pachmann und Professor Bossle die „*Konservative Aktion*“. Sie will u.a. „Bürgerwehren im Kampf gegen politischen Gewalttäter unterstützen“.

Die *Münchner CSU-Stadtratsfraktion* fordert die Ausweitung von Polizeirechten für die „Schwarzen Sheriffs“, jener Privatararmee, die im Auftrag der Stadt u.a. im Olympiagelände, im U-Bahnbereich und bei Kraftwerken eingesetzt ist, und der mehrmals Mißhandlungen und Waffenmißbrauch nachgewiesen wurden. Mit ihrem Antrag will die CSU Verfolgung und Kontrolle von „soziallästigen Personen wie Stadstreicher, Penner und Homosexuelle“ (Antrag) verschärfen.

Quellenhinweis: K. Hirsch, Die heimatlose Rechte, München 1979; H. Vinke, Mit zweierlei Maß, Reinbek 1981; Pressedienst Demokratische Initiative (Hg.), Bericht über neonazistische Aktivitäten 1979, München 1979; ders., Die Union und der Neonazismus, München 1980; div. Ausgaben von Süddeutscher Zeitung und Bayernkurier; Bayerischer Landtag, Stenographische Berichte 1979/80

Bolivien: Wirtschaftsnotstand verkündet

Vier Wochen nach seinem Amtsantritt am 10.10. verkündete Präsident Siles Suazo einen wirtschaftlichen Notplan, weil das Land bankrott sei. Um 150% werden Benzin und Lebensmittel teurer; die gleichzeitig dekretierten Lohnerhöhungen um 30% und die Anhebung des Mindestlohns auf jetzt 47 Dollar können die Teuerung nicht ausgleichen. Außerdem verstaatlichte Siles Suazo, der von dem linken Parteienbündnis „Demokratische Volkseinheit“ (UDP) gestützt wird und in dessen Kabinett die KP den Bergbau- und den Arbeitsminister stellt, die Elektrizitätsgesellschaft Bolivian Power, bisher im ausländischen Besitz, und kündigte die Einführung der Mitbestimmung in Staatsbetrieben an. Für die nächsten 100 Tage gelten drastische Importbeschränkungen. Die Gewerkschaften, deren Massentstreik die Militärjunta im Oktober zum Rücktritt gezwungen und Siles Suazo an die Macht gebracht hatte, bezeichneten die Lohnerhöhungen als zu niedrig. Ihre Forderung nach automatischer Inflationsanpassung der Löhne ist nicht berücksichtigt. Durch den Ver-

Hussein begrüßt Reagan-Plan

Am 21.12. trifft der jordanische König Hussein in Washington Präsident Reagan. Jordanien spielt eine Schlüsselrolle in dem sog. Reagan-Plan, der eine beschränkte Selbstverwaltung im Westjordanland und Gaza-Streifen im Rahmen des jordanischen Königreiches vorsieht und damit auf die Liquidierung des palästinensischen Befreiungskampfes gegen den Zionistenstaat, für einen Palästinenserstaat, in dem Araber und Juden zusammenleben, zielt. Offenbar sieht Hussein ähnlich wie die Vertreter anderer arabischer Regimes im Reagan-Plan die Möglich-



keit, durch Anlehnung an die USA die ständige Bedrohung Jordaniens durch Israel loszuwerden und gleichzeitig den revolutionären Einfluß zu stoppen, der vom palästinensischen Befreiungskampf auf die

arabischen Volksmassen ausgeht. Überschwenglich bezeichnete Hussein den Reagan-Plan „in Anbetracht der gefährlichen Situation als die realistischste und mutigste Stellungnahme der USA seit 1956“. Er habe PLO-Führer Arafat gedrängt, durch die Anerkennung Israels und der UN-Resolution 242, die die Palästinafrage lediglich als Flüchtlingsproblem behandelt und keinen palästinensischen Staat vorsieht, „der PLO direkte Kontakte zu Washington zu eröffnen“. Israel soll als Vorbedingung für Verhandlungen ebenfalls diese Resolution anerkennen und seine Siedlungspolitik im Westjordanland stoppen.

fall der Rohstoffpreise und jahrzehntelange Bereicherung durch US-abhängige Diktatoren sind die Auslandsschulden auf 3 Mrd. Dollar gestiegen.

Mexiko: Kämpfe um Lohnstandard

Am 6.11. demonstrierten in Mexico City Zehntausende für eine Anhebung der Minimumlöhne um 50%. Nach Regierungsstatistiken stiegen die Preise für Konsumgüter von

Januar bis Oktober um 71%. Verschiedene Redner griffen die Regierung an, die mit einem Sparplan und der Unterdrückung der Gewerkschaften die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes nutzen will, um die Einkommen der Armen weiter zu drücken. Währenddessen führten die Arbeiter und Angestellten der mexikanischen Luftfahrtsgesellschaft ihren am 1.11. begonnenen Streik für Lohnerhöhungen fort.

Kapitalrückzug aus Azania erzwungen

Die Neuseeland/Südbritische Versicherungsgruppe meldete im Juli 1982, daß sie alle ihre südafrikanischen Beteiligungen und Kapitalanlagen in Südafrika verkauft habe. Das ist ein großer Sieg der neuseeländischen Anti-Apartheid-Bewegung, die seit 1973 eine planmäßige Kampagne für den Kapitalrückzug auf den jährlichen Aktionärsversammlungen geführt hatte und die Neuseeland Versicherung und Südbritisch (jetzt zusammen gelegt) gezwungen hatte, öffentliche Versammlungen abzuhalten, auf denen diese ihre Verbindungen zu Südafrika darlegen mußten. Soweit bekannt, ist die Neuseeland/Südbritische das erste Unternehmen im westlichen Block, das vollständig seine gesamten Kapitalanlagen zurückgezogen hat. Aus: Azania News, Aug. 1982, Zeitschrift des Pan Africanist Congress of Azania (S.A.)

Streik nigerianischer Hafenarbeiter

Über 30000 Beschäftigte der nigerianischen Hafenbehörde streikten am 8. November im ganzen Land. Sie fordern, daß die Behörde die Einkommensrichtlinien für 1982 einhält und daß der Jahresbonus für 1981 ausgezahlt wird. Eine weitere Forderung der Hafenarbeiter richtet sich gegen die Vergabe von Tätigkeiten durch die Hafenbehörde nach außen. Ein ähnlicher Streik im Juni dieses Jahres soll die Hafenbehörde 13,2 Mio. \$ gekostet haben.

USA: Zwangsarbeit gegen überfüllte Gefängnisse?

Die US-Justiz hat im ersten Halbjahr 1982 die höchste Steigerung der Inhaftierungen seit 56 Jahren vorgenommen: 6,9%. Aufs Jahr gerechnet, beträgt der Zuwachs 14,3%. Knapp die Hälfte von den im Juni 1982 insgesamt 394380 Gefangenen (Dez. 1981 noch 369722) sind Schwarze. Im Juni 1982 waren 838 zum Tode verurteilt, 1981 im Dezember 688.

Diese wachsende Zahl der Inhaftierten ist das Ergebnis der schärferen Strafverfolgung gegen die Volksmassen, insbesondere der farbigen Nationen, mit der die US-Imperialisten ihren Kurs der beschleunigten Verelendung der Volksmassen durchknüppeln wollen. So haben die meisten Bundesländer die Mindeststrafen erhöht, die vorzeitige Entlas-

sung von Gefangenen stark eingeschränkt, die Freilassung auf Kautions in vielen Fällen gestrichen, ein großer Teil der Inhaftierten kann die hohen Kautitionen sowieso nicht bezahlen. Z.B. hat der Staat New Jersey die Dauer der Gefängnisstrafen um 40% gegenüber vier Jahren zuvor verlängert. Innerhalb des letzten Jahres stieg dort die Zahl der Verurteilungen von 14000 auf 18000. Die Bourgeoisie läßt derzeit Vorschläge diskutieren, einen Zwangsarbeitsdienst für auf Bewährung Verurteilte einzuführen. Mehrfach Verurteilte sollen demnach in Isolationsgefängnissen konzentriert werden. Bis 1984 will die US-Bourgeoisie die Zahl der Gefangenen auf über eine halbe Million erhöhen. Der Vorsitzende Richter des Obersten Bundesgerichts Burger hat erklärt, wenn die USA auf der Schwelle stehen, Milliardenbeträge für neue Gefängnisse auszugeben, „sollten wir die für Fabriken mit Mauern herum ausgeben.“ Bild: Gefangenenaufstand in Attica (New York) 1971.



Zwangsgesetze gegen die Arbeiterbewegung sollen das Kriegsrecht ablösen

Am 27./28. Oktober tagte die 10. Vollversammlung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Sie befaßte sich mit den Aufgaben der Partei bei der Lösung der Schlüsselprobleme der sozialökonomischen Entwicklung, der Seewirtschaft und der Haltung des ZK zu den neuen Gewerkschaften.

Das ZK war nicht herangezogen worden bei der Beratung von zwei einschneidenden Gesetzen, dem neuen Gewerkschaftsgesetz, mit dem alle bis-



Internierte Mitglieder der Gewerkschaft „Solidarität“

herigen Gewerkschaften aufgelöst und vorerst nur betriebliche Gewerkschaftsorganisationen zugelassen sind, und dem „Gesetz über die Behandlung von Personen, die eine Arbeit verweigern“. Die Schwelle zur Bildung neuer Gewerkschaften ist mit zehn Mitgliedern niedrig angesetzt. Dennoch hat die Partei Mühe, ihre eigenen Mitglieder zu mobilisieren, da vielen Parteimitgliedern als dringende Aufgabe erscheint, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern. Der Parteisekretär der Warschauer Personenwagenfabrik kritisierte auf dem ZK-Plenum, daß das Einkommen eines Monats nur für drei Wochen reiche. Die Partei werde erst Verständnis gewinnen, wenn sie sich um die Menschen kümmere. Partei und Regierung sehen sich genötigt, in absehbarer Zeit das Kriegsrecht aufzuheben, da anders an eine Hebung der Produktion und des Lebensstandards nicht zu denken ist. Derzeit zeigen sich zwar die neuen Betriebsleiter zufrieden mit der Wirtschaftsreform, da sie ihnen die Preisgestaltung weitgehend

freigibt, aber das wird zur Stützung der Regierung nicht lange vorhalten. Sie muß auch einen gewissen Teil der Arbeiterklasse gewinnen, sich andererseits neue Zwangsmittel verschaffen zur Durchsetzung von Arbeitsleistung.

Auf den Termin der Aufhebung des Kriegsrechts ist das neue Gesetz gegen „Arbeitsverweigerer“ zugeschnitten. Danach können alle arbeitsfähigen Männer zwischen 18 und 45 Jahren, die drei Monate ohne Arbeit sind, registriert werden. Die Behörden können ihnen eine Weiterbildung oder eine Arbeitsstelle vermitteln. Bleiben sie dort ein Jahr, so können sie aus dem Register gestrichen werden. Andernfalls können sie zu Dienstleistungen für „öffentliche Aufgaben“ verpflichtet werden. Diese Arbeit soll entlohnt werden. Die Entlohnungsgrundsätze stehen jedoch noch nicht fest. Von dem Gesetz betroffen sind ausschließlich lohnabhängig Beschäftigte. Es hat sicher bereits eine Wirkung ausgeübt auf die Streikaktionen, zu denen die Reste der Gewerkschaft „Solidarität“ im Untergrund zum zweiten Jahrestag der Registrierung ihrer Gewerkschaft aufgerufen hatten. Bereits jetzt gibt es Tausende von Arbeitern, die wegen Beteiligung an Streiks entlassen worden sind und keine andere Arbeit bekommen.

Eine Umfrage des „Zentrums zur Erforschung der öffentlichen Meinung und für Programmstudien beim Rundfunk- und Fernsehkomitee“ Ende September zeigt, daß die Hoffnungen auf einen Nutzen gewerkschaftlicher Untergrundarbeit fast verschwunden sind. Nur 10% der Befragten sprachen sich für die Beibehaltung der Suspendierung aus. 39% waren für die Weiterbildung aller Gewerkschaften, die vor dem 13. Dezember 1981 bestanden, und 34% für die Gründung neuer Gewerkschaften. In der letzten Gruppe befinden sich viele Anhänger der Gewerkschaft „Solidarität“, die nach einer Möglichkeit suchen, irgendwie weiterarbeiten zu können. Ob der jetzt freigelassene Lech Walesa der Regierung Zusagen in dieser Richtung gemacht hat, ist nach seinem Brief, den er an General Jaruzelski am 8. November richtete, offen. Dessen Hauptinhalt lautet: „Mir scheint, daß die Zeit gekommen ist, einige Dinge zu klären und in Richtung einer Verständigung zu wirken. Es war Zeit nötig, um viele Dinge zu verstehen ... Ich schlage ein Treffen und eine ernsthafte Diskussion

über die interessierenden Themen vor.“

Die katholische Kirche hat erheblich zur Wirkungslosigkeit der Aktionen der Arbeiterbewegung beigetragen. Sie warnte nicht nur vor Blutvergießen, sondern Primas Glemp rief dazu auf, nicht zu streiken. Er erklärte, nachdem er seinen Termin für den Papstbesuch im kommenden Jahr sicher hatte, die Kirche sei nicht bereit, den Weg des Friedens zu verlassen. Gegen die aufkommende Kritik von katholischen Laien wegen der Aufgabe der Gewerkschaft „Solidarität“ führte er an, die Kirche habe als erste die Freilassung aller internierten Frauen und des Gewerkschaftsführers Walesa verlangt. Darüberhinaus habe sie die „über-eilte“ Auflösung der Gewerkschaft kritisiert. Mit der Auflösung selber ist sie jedoch völlig einverstanden und tut alles, um sich als größte Stütze der Regierung zu beweisen.

Quellenhinweis: FAZ 28.10. – 13.11.; UZ, 30.10.82; Trybuna Ludu 30./31.10.1982, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen 29/1982

DDR

Gewerkschaftsrechte bei der Planfestlegung

Von der Erreichung der Planziele für 1982 für den diesjährigen Volkswirtschaftsplan geht die Regierung der DDR im wesentlichen aus. Für 1983 erwartet sie jedoch von allen Arbeitern und Angestellten erneute Anstrengungen, um weitere Steigerungen der Produktion zu erreichen.

Den Gewerkschaften der DDR stehen bei der Festlegung der konkreten Einzeldaten für den Volkswirtschaftsplan 1983, der im Rahmen des Gesamtplanes 1981 – 1985 beschlossen wird, im wesentlichen Beratungsaufgaben zu. Wohl wird der zentrale Planentwurf, spezifiziert für die einzelnen Kombinate und die Betriebe, zusammen mit den gesamtstaatlichen Zusätzen in den Betriebsgewerkschaftsgruppen, den Vertrauensleutkörpern und den Gewerkschaftsleitungen beraten, in der staatlichen Plankommission und den Einzelministerien nehmen Vertreter der Gewerkschaften teil, und der Bundesvorstand des FDGB hat darüberhinaus das Recht, dem Ministerrat der DDR seine Position zum Planentwurf vorzutragen – direkte Einspruchsrechte gegenüber den Beschlüssen der staatlichen und betrieblichen Verwaltungen haben die Gewerkschaften aber nicht.

Einen Teil der beschlossenen Produktionssteigerungen will die Regierung der DDR durch verstärkte Automation erreichen. Beträchtliche Steige-

rungen der Arbeitsproduktivität strebt sie jedoch auch an durch Erhöhung der Intensität der Arbeit und Ausweitung der Schichtarbeit. Der FDGB sieht sich verpflichtet, daran mitzuwirken – wobei er seine besondere Aufgabe darin sieht, z.B. bei der Einführung von Schichtarbeit auf gleichzeitige „Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen“ der Arbeiter und Angestellten zu achten – so der Beschluß des 10. FDGB-Kongresses. Die Erfolge, die die Gewerkschaften dabei zu verzeichnen haben, sind so gering nicht. So sind z.B. trotz Ausweitung der Schichtarbeit 1981 die Arbeitsunfälle um ca. 20% auf 28,5 je 1000 Beschäftigte gefallen (in der BRD betragen sie 68,6 je 1000 Erwerbstätige 1981).

Der FDGB führt dies u.a. darauf zurück, daß keine Betriebs- oder Kombi-natsleitung Arbeitsordnungen ohne Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung erlassen darf. Um die Sicherung ihrer Einspruchsrechte gegenüber solchen Festlegungen von betrieblichen und staatlichen Verwaltungen mußten die Gewerkschaften des FDGB im Jahr 1981 allein über 200 Prozesse vor Arbeitsgerichten führen, nachdem zahlreiche Verstöße schon vorher in betrieblichen Rechtsausschüssen geregelt worden waren.

Quellenhinweis: Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, hrsg. vom ZK der SED, Nr. 9/82; Neue Justiz 4/81; Neues Deutschland vom 1.10.–12.11.1982

Wojtyla

Rummel für die heilige spanische Reaktion

Unmittelbar nach dem Ausgang der spanischen Parlamentswahlen und dem Wahlsieg der sozialistischen Partei, die die neue Regierung stellen wird, traf Johannes Paul II. in Spanien ein. Nach obligatem Rollbahnkuß besuchte er 16 spanische Städte, reiste 8000 Kilometer, bestärkte die Positionen der Kirche in der Frage der Ehe, des Scheidungsverbots, der Sexualmoral, der Schulerziehung und machte auch ansonsten noch von sich reden als vermeintliches Opfer eines angeblichen geplanten Anschlages der baskischen ETA. Bürgerliche liberale Publizisten hatten gehofft, daß Paul II. einige „versöhnliche“ Worte zu dem jahrzehntelangen Kampf zwischen Republik und katholischer Kirche in Spanien verlieren würde, aber das war nicht geplant. Im Gegenteil ging Wojtyla auf Distanz zur neuen Regierung und hob hervor, daß man sie eben trotzdem respektieren müßte. Er beließ es auch nicht bei guten Ratschlägen für einen der Kirche wohlgefälligen Lebenswandel, sondern forderte zur Beendigung der Auseinan-

dersetzung um die Nationalitätenrechte in Spanien auf. Welcher Militär- und Polizeioffizier sollte das nicht als gottwohlgefällige Aufforderung zur Herstellung von Ruhe und Ordnung verstanden haben. Die spanischen Parlamentswahlen und der Wahlsieg der PSOE sind das Ergebnis einer breiten Mehrheit für eine Beendigung der Vorrherrschaft der Faschisten und der spanischen klerikalen Reaktion. Sie sind auch Ausdruck großer sozialer Umwälzungen, einer zahlenmäßigen Zunahme der Arbeiterklasse und der neuen Mittelklassen.

Jahrhundertlang war die katholische Kirche immer der Stützpfiler der reaktionärsten Kräfte des Feudalismus und der spanischen Handelsbourgeoisie. Unter dem Kreuz der hl. Kirche folterte und mordete die spanische Inquisition, brandschatzte die spanischen Eroberer und versklavten Südamerika, schikanierten Feudaladel und Großgrundbesitzer die Bauern und preßten sie in unwürdige Lebensumstände. Die spanische Republik erließ daher nach 1931 auch die historisch weitestgehenden bürgerlich-rechtlichen Einschränkungen gegen die Kirche und die kirchlichen Orden. Im Bürgerkrieg waren die Kirchen und der Klerus die Unterstützer der Faschisten und wurden dementsprechend von den Arbeitern und Bauern behandelt. Franco errichtete unter dem Segen der hl. Kirche sein Regime und schloß die weitestgehenden Konkordatsabkommen mit Rom. Die Kirche kontrollierte das kulturelle Leben, die Ausbildung, das Privatleben. Dafür durfte Franco die Bischöfe vorschlagen.



Die Kirche, Stütze und Segen des Faschismus – Franco und Bischöfe 1958

Jetzt war Wojtyla bemüht, sich die neue Regierung zwar nicht zum direkten Gegner zu machen, aber aus wohlgesetzter Distanz die programmatische Übereinstimmung mit der Opposition unter dem ehemaligen Francominister Fraga zu erkennen zu geben.

Quellenhinweis: El Pays; G. Jackson, The Spanish Republic and the civil war.

Kanada

Streik bei Chrysler seit 5. November

Die 10000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bei Chrysler Kanada streiken, nachdem der Tarifvertrag am 14. September auslief und die Geschäftsleitung nur verzögert. Sie rechnen damit, daß der Streik über drei Monate dauern wird. Bereits in den letzten Wochen hatte es kurze Streiks gegeben. Es geht um die Angleichung der Chrysler-Löhne an die Löhne bei Ford und General Motors und um selbständige Tarifverhandlungen für die kanadischen Chrysler-Arbeiter.

Das kanadische Hauptwerk von Chrysler ist in Windsor, eben über den Fluß von Detroit, dem Zentrum der US-amerikanischen Automobilindustrie. In den sechs kanadischen Chryslerwerken werden große PKW und Teile für alle Chryslerwagen hergestellt, so daß bald größere Teile der Gesamtproduktion lahmgelegt sein können. Die Löhne wurden bisher immer in den USA ausgehandelt und galten dann auch für Kanada. Von den USA aus hatten die Gewerkschaften nach dem zweiten Weltkrieg die kanadischen Arbeiter organisiert, unter dem Titel der „internationalen Gewerkschaften“. So galt, als 1979 die Führung der UAW, der Vereinigten Automobilbeitergewerkschaft, Lohnstillstand bei Chrysler befürwortete, dies gleich für Kanada mit. Nachdem kürzlich bei Ford und General Motors neue Verträge ausgehandelt wurden, liegen die Chryslerlöhne jetzt um 3 Dollar niedriger; der Durchschnittslohn in der Montage ist 9,07 Dollar je Stunde.

Früher war der kanadische Dollar faktisch an den US-Dollar angekoppelt; heute ist er im Kurs erheblich gesunken, so daß 9 kanadische Dollar nur noch 7,50 US-Dollar wert sind; mit anderen Worten, die Chrysler-Kapitalisten sparen eineinhalb Dollar je Arbeitsstunde an Lohn ein. Entsprechend unerträglich ist die Lebenslage der kanadischen Arbeiter und entsprechend groß ihre Entschlossenheit, jetzt eine Lohnerhöhung und eine Abkoppelung vom US-Tarif durchzusetzen.

Die Lage ist dadurch komplizierter geworden, daß die 39000 US-Arbeiter bei Chrysler einen Streik gerade mehrheitlich abgelehnt haben. Sie wollen im Januar, wenn womöglich der Absatz wieder besser ist, erneut verhandeln. Durch Streik jetzt geht das Weihnachtsgeld (600 Dollar) verloren; das Streikgeld beträgt 65 Dollar die Woche, also sieben Stundenlöhne. Andererseits ist nicht abzusehen, wie bis Januar sich ohne Streik die Haltung der Geschäftsleitung ändern soll. Jetzt

heißt es, die 262 Mio. Dollar Nettoprofit, die Chrysler in den ersten neun Monaten 1982 gemacht hat, seien nicht in der Automobilproduktion verdient worden, die würde mit Verlust arbeiten.

Viel hängt in den nächsten Wochen davon ab, ob es Chrysler gelingt, die amerikanische Belegschaft gegen die kanadische aufzuwiegen. Es war sofort am 5. November von Kurzarbeit und Entlassungen in den US-Werken die Rede. Die UAW Kanada hat Unterstützungsbriefe aus den USA erhalten; jedoch hat ein Sprecher der UAW USA erklärt, der Streik sei eine „Belastungsprobe“ für die internationale Solidarität.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, 3.—5.11.; Int. Herald Tribune, 6.—8.11.82

Azania

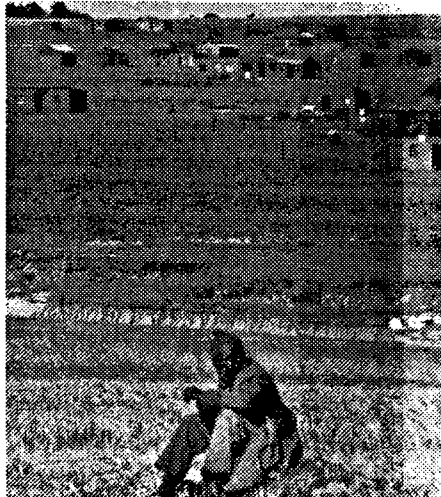
Boykott der Wahlen in den „Heimatländern“

Ein Versuch des weißen Siedlerregimes in Südafrika, der Einrichtung von „Heimatländern“ die Weihe demokratischer Wahlen zu verleihen, ist gescheitert. Ende Oktober versuchte die sogenannte Regierung von Bophuthatswana unter der Oberhoheit des Siedlerregimes Parlamentswahlen unter den Schwarzen durchzuführen, denen von der Republik Südafrika zwangsweise die Zugehörigkeit zu Bophuthatswana verpaßt worden ist. Alle politischen Organisationen der Schwarzen riefen zum Boykott der Wahlen auf. Kaum einer ging an die Wahlurnen. In der größten Stadt im Gebiet Bophuthatswana Garankuwa, mit 65000 Einwohnern, wurden insgesamt 20 Wahlzettel abgegeben. In Soweto, wo hunderttausende schwarze Arbeiter aus Bophuthatswana leben, hatte das Siedlerregime Urnen aufstellen lassen: ganze 20 Wahlzettel brachten sie ein.

1977 hatte das Siedlerregime ca. 40000 km² Azanias, zerstückelt auf sieben Flecken, zum „Staat Bophuthatswana“ erklärt und 1,7 Mio. Schwarze zu Bürgern dieses „Heimatlandes“ gemacht. Binnen fünf Jahren, bis 1982, vermehrte die Siedlerregierung die Einwohner des „Heimatlandes“ um 1 Mio. Die jetzt schon bestehenden „Heimatländer“ Transkei, Ciskei, Bophuthatswana und Venda und weitere fünf Gebiete, die es werden sollen, zusammengekommen, haben die Siedler bis jetzt 74% der Schwarzen, das sind 55,2% der Bevölkerung, auf gut 14% der Gesamtfläche Azanias ausgebürgert. Die „Heimatländer“ liegen in den Gebieten mit den schlechtesten Böden und verfügen kaum über eigene Bodenschätze, für ihre „Bürger“ ist es unmöglich, von der Bearbeitung des

Bodens und der Arbeit in der kaum vorhandenen Industrie zu leben. Über die Hälfte der Bürger dieser Gebiete ist gezwungen, ihre Arbeitskraft außerhalb des ihnen zugewiesenen Staatsgebiets zu verkaufen – als Ausgebürgerte im eigenen Land finden sie sich so in derselben, vollständig rechtlosen Lage wie die Kontraktarbeiter aus anderen Staaten des südlichen Afrika.

Der Lohn, den sie in den Fabriken und auf den Farmen in den „weißen“ Gebieten erarbeiten, reicht vorn und hinten nicht hin, auch noch die Familien zu Hause zu versorgen. Der Gesundheitszustand in den „Heimatländern“ ist verheerend. Das Siedlerregime behauptet, daß Kinderlähmung fast ausgerottet sei in der Republik Südafrika, weniger als zehn Fälle im Jahr würden registriert – der PAC berichtet



Mit einer künstlich hochgetriebenen Bevölkerungsdichte von 93 Einwohner pro km² sind die „Heimatländer“ mehr als dreimal so dicht besiedelt wie das restliche Azania.

über eine Epidemie in der Transkei, die schon mehr als zehn Todesfälle gefordert hat und die kaum einzudämmen sei, weil – so der südafrikanische Gesundheitsminister auf ein Hilfersuchen der Transkei-„Regierung“ – „zu viele Patienten“ da seien.

Quellenhinweis: Xinhua News, 28.10.82; Facts and Reports V/82; Azania News, PAC, August 1982; Fischer Welt Almanach 1983

Iran BRD-Firmen profitieren

Auf die iranische Revolution 1979 reagierten die bundesdeutschen Industriellen überlegen abwartend. Der Deutsche Industrie- und Handelstag erklärte: „Deutsche Firmen mit Exporterfahrung kommen sehr gut durch. Überdies stehen die Bundesbürger nicht so sehr in der Schußlinie, wie die ungeliebten Amerikaner oder Bri-

ten.“ Die Firma Siemens: „Wir haben bei sowas immer einen langen Atem.“

Zwar gingen von 1979 auf 1980 die westdeutschen Exporte nach Iran von 6,7 Mrd. DM auf 2,3 Mrd. DM zurück, stiegen aber 1981 schon wieder auf 3,7 Mrd. DM. Die Ölimporte der BRD aus Iran lagen 1979 immer noch mit 11,5 Mio. t bei knapp 11% des gesamten Rohölimports der BRD. (1978: 15%, 1976: 19%). Anfang 1980 stiegen sie sogar noch, um erst durch die Auswirkungen des iranisch-irakischen Krieges 1981 auf 1,5 Mio. t zu fallen. 1982 stiegen sie wieder.

Auch die Zahl der in Iran tätigen westdeutschen Firmen ging von 1978 (ca. 300) bis 1980 (ca. 50) zurück. Die Summe ihres in Iran investierten Kapitals änderte sich jedoch nur von 1979 = 530 Mio. DM auf 1980 = 506 Mio. DM. Die gemischten westdeutsch-iranischen Unternehmen („joint ventures“) setzten ihre Tätigkeit auch nach dem Juli 1979 fort (Gesetz zur Verstaatlichung der Großindustrie).

Nachdem die Erlöse Irans aus Nichtöl-Exporten 1981 gegenüber 1980 um 45% gefallen waren und Iran den notwendigen Devisenbedarf von monatlich 1,3 Mrd. US-Dollar für seine Einfuhren nicht mehr durch den Rohöllexport decken konnte, sahen die BRD-Imperialisten ihre Chance gekommen. Nach einem Besuch des Leiters der Teheraner Notenbank, Nourbakhsh, wurden Ölkäufe zu Sonderpreisen von VEBA und Krupp und ein Stahlgeschäft über 1,5 Mrd. DM vereinbart. Krupp liefert eine Bestellung von 220 Mio. DM an Iran, davon 130 Mio. DM für Kupferraffinerien. Die Essener Ruhrkohle steigt mit 440000 t Koks-kohle ein, Babcock rüstet 4 Kraftwerke aus, Daimler verhandelt über den Ausbau der Fabrik in Tabriz (bisher 30% Anteil). Der westdeutsche Botschafts-attaché in Teheran im Juni 1982: „Wir wissen natürlich, daß zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen (...) ein weites Netz von Krediten geschaffen werden muß.“

Deutsche Bank, Dresdner Bank und Bayerische Vereinsbank warten in ihren Teheraner Büros darauf. Vorausschauend spekulieren die westdeutschen Kapitalisten auch auf die Freigabe des sogenannten Drittlandhandels, d.h. sie hoffen durch Umweggeschäfte über Ostblockstaaten ihre Konkurrenzfähigkeit zu verbessern und die früher marktbeherrschenden Positionen der US-Monopole in Iran erobern. Dazu wurden von der Bundesregierung bereits unterstützende Maßnahmen gefordert: präferenzierte Zollbehandlung iranischer Nichtölzeugnisse, bessere Ausfuhrförderung und „Risikoverminderung“.

Quellenhinweis: „Außenpolitik“ 1/82; Handelsblatt 3.11.82; Zeit v. 12.1.79; „Iran Journal“ 3/82; „Freiheit für Iran“ v. 27.9.82; Aktueller Informationsdienst Moderner Orient, div. Ausg.

Die europäischen Imperialisten verstärken die militärische Zusammenarbeit

Die EG-Imperialisten, allen voran die BRD, haben die britische Kriegsführung um die Malvinen von Anfang an unterstützt. Das EG-Magazin 5/82 streicht folgende Gesichtspunkte dabei als bemerkenswert heraus: „1. Die Gemeinschaft setzte handelspolitische Instrumente ein, um außenpolitische Ziele zu erreichen ... 2. Die Gemeinschaft als Ganzes ist einem Mitgliedsstaat zur Hilfe gekommen, dessen Rechte in flagranter Weise von einem Drittland verletzt worden waren ... 3. Mit der Verhängung des zeitweiligen Einfuhrverbots hat die Gemeinschaft bewiesen, daß sie in einer kritischen Situation rasch handeln kann ... 4. Damit wurde ein wichtiger Präzedenzfall geschaffen. Der bisherige Streit über die Frage, ob handelspolitische Maßnahmen, wie sie Artikel 113 EWG-Vertrag vorsieht, zwecks Durchsetzung außenpolitischer Zielsetzungen ergriffen werden dürfen oder nicht, wurde praktisch beigelegt.“ Otto von Habsburg, CSU-Mitglied, legte vor dem Europaparlament die westdeutsche Haltung dar: „Wir sind eine Familie. Hier muß Einer für Alle und Alle für Einen stehen.“ Mit dem Beitragsrabatt zugunsten Großbritanniens in Höhe von 2,04

Milliarden DM für das Jahr 1982 wird rund ein Drittel der Kriegskosten aus der EG-Kasse finanziert, am Ausbau „des EG-Territoriums Falkland-Inseln“ zu einer Festung werden auch EG-Gelder beteiligt sein.

Übrigens hatten weder die damals noch sozialliberale Bundesregierung geschweige denn die CDU/CSU sich an kleinkrämerischen Kosten-Nutzen-Rechnungen über diesen Krieg beteiligt. Sie unterstützten die „Wahrung der hergebrachten Ordnung“, welche die Ausaugung der unterdrückten Völker sicher gewährleistet und den Imperialisten den reibungslosen Kapital-, Rohstoff- und Warenverkehr sichert sowie die hemmungslose Schuld- und Zinseintreibung.

Obwohl die Beurteilung des britischen Vorgehens sowie des Ergebnisses des Krieges durch die westdeutschen Imperialisten also durchweg positiv ist, sind die Lehren, die sie daraus ziehen, für die EG-Imperialisten und insbesondere für die BRD alles andere als beruhigend. Ganz praktisch ist offenbar geworden, daß für die Durchsetzung ökonomischer und politischer Interessen ökonomische und politische Druckmittel keinesfalls immer ausrei-

chend sind. Immerhin ist Großbritannien Argentiniens Hauptgläubiger und das hat dieses nicht sonderlich beeindruckt. Gleichzeitig haben die USA gezeigt, daß sie nicht bereit sind, für ihre europäischen Verbündeten (und Konkurrenten) die Kastanien auch dann aus dem Feuer zu holen, wenn ihre eigenen Interessen ein solches Vorgehen nicht gebieten oder wenn es nicht direkt gegen den Hauptgegner, die Sowjetunion, geht. Großbritannien und die EG konnten Argentinien nur deshalb ihren Willen aufzwingen, weil die britischen Imperialisten über die militärischen Mittel dafür verfügten.

Die Analytiker „des Konflikts um die Falkland-Inseln“ sind sich deshalb einig: „Es war mehr oder weniger Zufall, daß dieser Angriff aus der Dritten Welt auf die hergebrachte internationale Ordnung zurückgewiesen wurde.“ (1) Die westdeutschen Imperialisten seien augenblicklich nicht in der Lage, ihre Schulden gewaltsam einzutreiben und unter ungünstigeren Voraussetzungen wären es die britischen Imperialisten auch nicht gewesen. „Die westliche Welt wird aus der Erfahrung lernen müssen, daß zwischenstaatliche Probleme im Nord-Süd-Kontext selbst innerhalb des eigenen Kulturkreises bis zum bewaffneten Konflikt eskalieren können.“ (1) Die westeuropäischen Imperialisten erwarten nicht, daß sie im Rahmen der NATO allen diesen „Herausforderungen“ begegnen können. Dafür sind die strategischen Interessen im Einzel-

UNO fordert erneut Verhandlungen über die Malvinen – Großbritannien sagt: „absurd“

„Die Generalversammlung, nach Prüfung der Frage der Falkland Inseln (Malvinen),

- in der Erkenntnis, daß die Aufrechterhaltung kolonialer Situationen unvereinbar ist mit dem Ideal des Weltfriedens der Vereinten Nationen,

- unter Hinweis auf ihre Resolutionen 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960, 2065 (XX) vom 16. Dezember 1965, 3160 (XXVIII) vom 14. Dezember 1974 und 31/48 vom 1. Dezember 1976,

- sowie unter Hinweis auf die Resolutionen des Sicherheitsrates 502 (1982) vom 3. April 1982 und 505 (1982) vom 17. Mai 1982,

- in Kenntnis der Existenz einer faktischen Einstellung der Feindseligkeiten im Südatlantik und der Erklärung der Streitparteien, diese nicht wiederzuaufnehmen,

- in erneuter Bekräftigung der Prinzipien der Charta über die Nichtanwendung von Gewalt oder der

Drohung mit Gewalt in internationalen Beziehungen und der friedlichen Lösung internationaler Konflikte

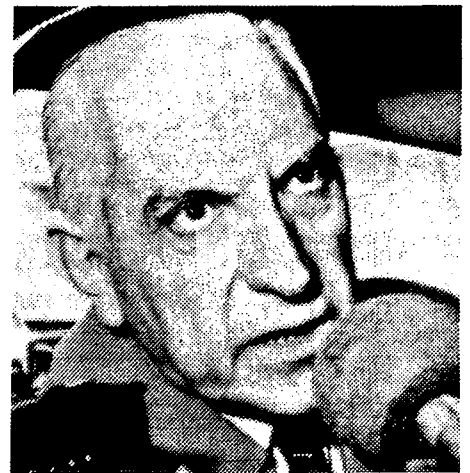
- in erneuter Bekräftigung der Notwendigkeit, daß die Streitparteien verpflichtet sind, die Interessen der Bevölkerung der Inseln zu beachten in Übereinstimmung mit der Resolution 20/5 (XX) der Generalversammlung

1. fordert die Regierung Argentiniens und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland auf, wieder Verhandlungen aufzunehmen, um so schnell wie möglich eine friedliche Lösung der Auseinandersetzung über die Souveränität, die die Frage der Falkland Inseln (Malvinen) betrifft, zu finden,

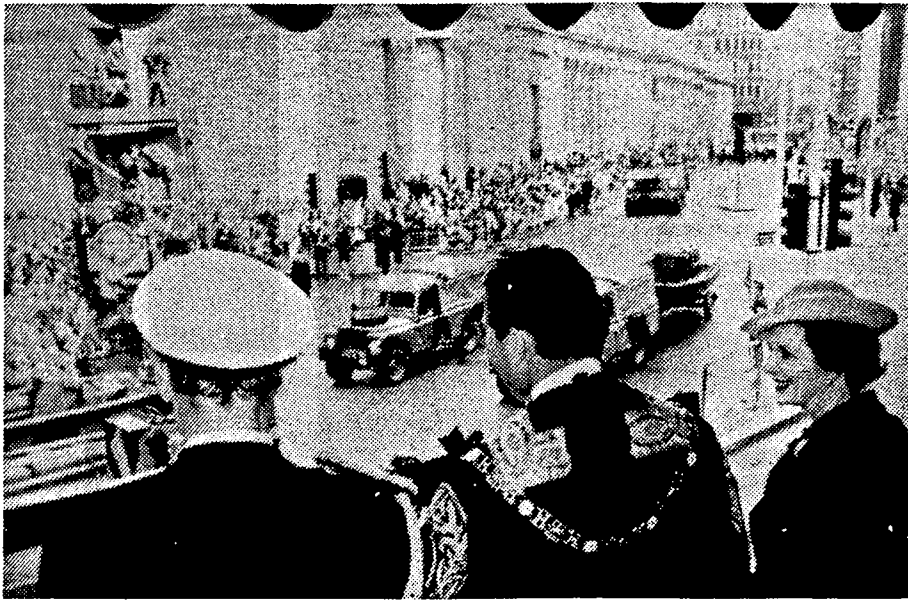
2. fordert den Generalsekretär auf, auf der Basis dieser Resolution erneut einen Vermittlungsversuch zu unternehmen, um die Streitparteien zu unterstützen, sich an die Aufforderung in Punkt 1 oben zu halten und angemessene Maßnahmen mit diesem Ziel zu unternehmen,

3. fordert den Generalsekretär auf, auf Grundlage dieser Resolution der Generalversammlung in ihrer 38. Sitzungsperiode einen Bericht vorzulegen über den Fortschritt, der in Verfolgung dieser Resolution erreicht worden ist,

4. entscheidet, in die provisorische Tagesordnung der 38. Generalversammlung den Punkt „Frage der Falkland Inseln (Malvinen) aufzunehmen.“



Bignone, argentinischer Präsident fordert die Souveränität über die Malwinen



Siegesparade in London: Der Chauvinismus soll noch mehr angeheizt werden

fall zu unterschiedlich, und vor allem schätzen die Regierungen den zu erwartenden innenpolitischen Widerstand als zu groß ein.

Aber auch folgendes gehört zu den Lehren, die die EG-Imperialisten aus dem Krieg um die Malvinen gezogen haben: Die Kritik der sogenannten europäischen Friedensbewegung am britischen Überfall auf die Malvinen war vernachlässigbar gering, die Unterstützung Großbritanniens durch die EG wurde noch weniger angegriffen und der Thatcher-Regierung ist es zudem

noch gelungen, in Großbritannien selber einen chauvinistischen Taumel auszulösen, von dem die übrigen Imperialisten nur träumen können.

Die neue Bundesregierung sieht sich zu hektischen europapolitischen Aktivitäten veranlaßt: Am 14. Oktober hielt Außenminister Genscher vor dem Europäischen Parlament eine Rede zum Stand der deutsch-italienischen Initiative zur Fortentwicklung der EG zur Europäischen Union. „Unsere Initiative setzte sich zum Ziel, Anstöße für die Einbeziehung neuer Bereiche in die Europäische Zusammenarbeit zu

geben. Das gilt erstens für den Bereich der Sicherheitspolitik. Gerade wenn es um die Wahrnehmung der politischen und ökonomischen Sicherheitsinteressen Europas geht, muß diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.“ Genscher unterstrich die Notwendigkeit zum sofortigen Handeln: „Meine Damen und Herren, ich frage: Läßt die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Welt in den vergangenen zwölf Monaten einen Zweifel zu, daß diese Forderungen berechtigt sind? Müssen wir nicht sogar fürchten, daß die uns von der Geschichte eingeräumte Frist, die Europäische Union zu schaffen, abläuft?“

Bundeskanzler Kohl hat mitgeteilt, daß er fest entschlossen sei, während der Übernahme des Vorsitzes des Europäischen Rates durch die BRD im Januar einen Durchbruch in der Sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der EG zu erreichen. Wesentliche Schritte dafür sind schon eingeleitet.

Am 22. Oktober haben Frankreich und die BRD beschlossen, „daß die Bestimmungen des Deutsch-Französischen Vertrages von 1963 zur Verteidigung Anwendung finden, die zum Ziel haben, die Auffassungen beider Länder anzunähern und zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen.“ Vom 25. bis 29. Oktober begleitete Genscher Bundespräsident Carstens nach Italien, um seinem italienischen Kollegen mitzuteilen, was er zur Beschleunigung der Einigung auf die „Europäische Akte“ zu tun habe. Vom 28. bis 29. Oktober weilte die britische Premierministerin Thatcher in Begleitung ihres Verteidigungsministers in Bonn. Bundesverteidigungsminister Wörner teilte anschließend der Presse mit: „Bundesminister Dr. Wörner unterrichtete Minister Nott über die sicherheits- und verteidigungspolitischen Gespräche im Rahmen des deutsch-französischen Gipfeltreffens in der vorigen Woche. Spekulationen über angebliches Mißtrauen oder Besorgnis unserer britischen Gäste fanden keine Bestätigung.“

Als Konzept, an dem die BRD-Imperialisten basteln, zeichnet sich ab: Zuverlässiges und festes Bündnis in der NATO und mit den USA da, wo es um die Schwächung der Sowjetunion oder um die lebenswichtigen Interessen des Westens geht wie zum Beispiel bei der Sicherung der Ölversorgung. Herstellung der Handlungsfähigkeit der EG auch auf militärpolitischem Gebiet, um einerseits gleichberechtigter Partner der USA zu werden und um andererseits die eigenen Interessen überall auf der Welt mit allen Mitteln verfechten zu können.

(1) W. Wagner, Der Konflikt um die Falkland-Inseln. Ein Streit um die hergebrachte Weltordnung, Europa Archiv Nr. 17, 1982. Weitere Quellenhinweise: J. Holst, Bedrohungen außerhalb des NATO-Gebietes, Strategische Interessen und innenpolitische Zwänge des westlichen Bündnisses, Europa Archiv Nr. 21, 1982; Bulletin der Bundesregierung Nr. 95, 99, 102, 106

Für diese Resolution der 37. UNO-Generalversammlung stimmten am 4. November 90 Staaten, darunter Argentinien, sowie u.a. die USA, von den EG-Staaten Griechenland. Abgelehnt wurde die Resolution von zwölf Staaten, federführend Großbritannien. Der Stimme enthielten sich 52 Staaten, u.a. die BRD und die restlichen EG-Staaten.

Die USA versuchten, mit ihrem Abstimmungsverhalten wenigstens einen Teil des Bodens wiedergutzumachen, den sie in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verloren hatten durch ihre Unterstützung der britischen Aggression. So hatte z.B. der Interamerikanische Wirtschafts- und Sozialrat Ende Oktober gegen die Stimmen der USA und Kanadas einen Beschluß gefaßt, in dem Verhängen von Embargos, Wirtschaftsblockaden, das Einfrieren von Fondsgeldern und Krediten gegen jedes Entwicklungsland verurteilt wird, das versucht, seine nationale Souveränität über sein Territorium, seine natürlichen und ökonomischen Ressourcen auszuüben.

Die britischen Imperialisten hatten zunächst darauf gesetzt, die Stimmen

aller NATO-Mitgliedstaaten gegen die Resolution setzen zu können oder doch mindestens Enthaltungen zu erreichen. Das Abstimmungsergebnis nahmen sie dann zum Anlaß, die Verbindlichkeit von UNO-Beschlüssen öffentlich anzuzweifeln. Laut „FAZ“ erklärte der britische Außenminister Pym, die Abstimmung sei eine von Argentinien „inspirierte Scharrade“, die Forderung Argentiniens nach Verhandlungen über die Souveränität über die Malvinen sei angesichts des verlorenen Krieges „absurd“. Damit stellt sich Großbritannien gegen jegliche Verhandlungen und gegen jegliche Aufgabe des britischen Anspruchs auf die Malvinen. Von den imperialistischen Staaten in der EG hat sich keiner gegen diese Position gewandt. Sie sind ebenso wie Großbritannien gewillt, Beschlüsse der Generalversammlung nur dann als verbindlich anzuerkennen, wenn diese ihren imperialistischen Machenschaften nicht entgegenstehen.

Quellenhinweis: Text der Resolution der UNO-Generalversammlung, Argentinische Botschaft, Bonn; FAZ v. 6.11.82; Gramma, Weekly Review 14.11.82, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Cubas



„Die Pawlaks“

Die soziale Frage der Bergarbeiterbewegung als Milieuschilderung

Unter dem Titel „Die Pawlaks“ läuft momentan im ZDF eine 12-teilige Serie, die an Hand der Erlebnisse einer masurenischen Landarbeiterfamilie einen Abschnitt aus der Geschichte des Ruhrgebiets zur Darstellung bringt.

Der Zeitabschnitt ist gut gewählt: 1872, das Jahr des ersten großen Bergarbeiterstreiks. 16555 Bergleute von über 50 Zechen des Essener Raumes streikten gegen Gedingekürzungen und Schichtverlängerung.

Das Jahr des „großen Gründungsfiebers“: Das Deutsche Reich hatte Frankreich geschlagen, 5000 Millionen Mark Reparationen kassiert und Elsaß-Lothringen besetzt. Durch die Reichsgründung waren alle inneren Schranken für die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland beseitigt; die Konkurrenz besonders gegen das englische Kapital konnte im großen Maßstab geführt werden. Das Deutsche Reich agierte auf der Bühne des Weltmarktes, seine imperialistische Phase setzte ein.

In Szene gesetzt hat die Serie Wolfgang Staudte, ehemaliger DEFA-Regisseur. Pioniergeist, wie ihn sich Heinz Ungureit, Leiter der Redaktion Fernsehspiel und Film des ZDF, versprach, kommt nicht zum Ausdruck. Mehr als eine Schilderung, wie es früher einmal war, aber auch nicht.

Man bekommt Einblick in die Arbeitsbedingungen 1872, in die beengten Wohn- und Lebensverhältnisse, in die Pro-

bleme der Arbeiter bei den Versuchen, sich zu selbständigen Aktionen zusammenzuschließen.

Doch über weite Strecken verliert sich diese Serie in der bewußt gewählten subjektiven Sicht. Nicht nur die Liebschaften und daraus resultierende Verwirrungen nehmen zunehmend Raum ein, sondern für die Bergleute und ihre Geschichte entscheidende Fragen treten zurück und werden verzerrt. Deutlich wird dies an der Figur des Kapitalisten Krechting. Er ist zwar von allen Figuren der typenhaft gezeichnetste: der dynamische, aufstrebende liberale Vertreter des modernen Bergbauwesens im Gegensatz zum kauzigen Vater, der noch in der alten Zeit der „Gewerke“ angefangen hat. Aber die Motive für die Gier nach mehr Kohle erscheinen als persönliche Gewinn-sucht, als Streben nach persönlicher Macht und Reichtum. Er wird zwar politisch gekennzeichnet, er ist Liberaler und Mitglied des Kapitalistenverbandes, doch auch hier mehr als persönliches Attribut denn als Mitglied jener Partei, die die Interessen vor allem der aufstrebenden und nach Weltmarktanteilen ringenden Schwerindustrie vertrat, eben nicht im Gegensatz zu Krupp, wie die Serie vermittelt. So wird dann auch das Grubenunglück in der achten Folge nicht der Profitgier des Kapitalisten angelastet, sondern der Geldgier des Steigers Zissmann. Der Steiger schikaniert die

Bergarbeiter nicht auf Geheiß des Kapitalisten, sondern aus persönlichem Interesse am Steiger Groschen.

Wie weit diese subjektive, auf naturalistische Milieuschilderung rauslaufende Konzeption führt, zeigt die Rolle des Klerus. Er erscheint als großer Förderer der Sache der Arbeiter und als Verfolger des preußischen Staatsapparates. Beides ist scheinbar authentisch: Bischof Ketteler und seine Soziallehre, Kulturkampf und Jesuitengesetze. Nichts wird jedoch geklärt, ein falscher Zusammenhang muß entstehen.

Den Kulturkampf führte Bismarck aufgrund der partikularistischen Interessen des Klerus und der Zentrumspar-tei. Diese nutzte aus, daß viele Arbeiter des Ruhrgebiets katholisch und gegen den preußischen Staatsapparat eingestellt waren, um ihren Einfluß zu verstärken. Ihre Absichten gegenüber den Bergarbeitern deckten sich mit Bismarck und den Nationalliberalen: Die Arbeiter sollten „die Ehre der deutschen Produktion“ wiederherstellen und ihre Lage „durch Fleiß, Sparsamkeit, Sittlichkeit und Genügsamkeit“ selbst verbessern. (Katholikentag 1876)

Abschließend läßt sich sagen: Mit Liebe zum historischen Detail wurde das Bergarbeitermilieu um 1872 geschildert, die großen Zusammenhänge gehen verloren bzw. werden verdreht.

Quellenhinweis: Goldmann, „Die Pawlaks“, Materialien zum ZDF-Programm; W. Wehner, „Die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet“

Moralische Einstimmung auf die Kaserne

„Die heutige Jugend ist viel aufgeschlossener und aufgeklärter als die der fünfziger Jahre“, behauptet Bob Clark, Drehbuchautor und Regisseur, und „deshalb lachen wir heute über die Sex-Probleme der damaligen Jugend.“ Der US-Film „Porky's“ wendet sich gezielt an Jugendliche. Mit angeblicher sexueller Freizügigkeit wird ein großes Publikum von 16- bis 18jährigen in die Vorstellungen gelockt. Sechs Oberschüler in Südflo-rida wollen endlich sexuelle Erfahrungen machen. Sie gehen dazu in das Striptease-Lokal „Porky's“, werden dort aber nur um ihr Geld gebracht. Die dünne Geschichte endet mit der Rache an dem Bordell-Besitzer; unterstützt von einem Sheriff jagen die Jugendlichen die Bude in die Luft. Der Rest sind Gags und Witze. Hauptzielscheibe ist eine dicke, häßliche Turnlehrerin, die mit ihrer sexuellen Verklammerung ständig aneckt. Auch wenn sich Clark vordergründig gegen „Spießermoral“ wendet, sind die Späße von der Aufgeklärtheit des Offizierskasinos und gehen vorzugsweise auf Kosten von Mädchen und Frauen. Die zahlreichen forsch-schlüpfrigen Witzchen sind mit toller Kameradschaft der sechs Oberschüler kombiniert. Als richtige Kerle spielen sie sich schon mal gegenseitig einen Streich, aber wenn's drauf ankommt, dann halten sie zusammen. Die richtige Einstimmung für das den meisten Zuschauern bevorstehende Kasernenleben. Die Freiwillige Selbstkontrolle hat's honoriert und „Porky's“ ab 16 Jahren freigegeben.

Antifaschistisches aus dem Mittelstand

George Orwell, bis 1927 Polizei-offizier im britischen Kolonialdienst, den er mit anti-imperialistischer Begründung verließ, wurde 1936 von einem linken Verlag beauftragt, eine Reportage über die Massenarbeitslosigkeit in den nordenglischen Kohlenrevieren zu schreiben. In „Der Weg nach Wigan Pier“, das jetzt erstmals in Deutsch erschien, schildert Orwell im ersten Teil die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter, ihre Wohnungen, ihre Ernährung, die Auseinandersetzung um die Arbeitslosenunterstützung usw. Orwell, der selbst für zwei Monate unter den Bergarbeitern

gelebt, mehrere Gruben be-
sichtigt, mit Gewerkschafts-
funktionären gesprochen und
Statistiken ausgewertet hatte,
greift die Vorurteile an, die vor
allem unter den Mittelklassen
über die Arbeitslosen verbreit-
et sind. Die Reportage liest
sich gut, die Arbeiter werden
nicht heroisiert, und die Dar-
stellung ist realistisch. Im zwei-
ten Teil beschreibt Orwell sei-
ne Vorstellungen, die ihn zur
sozialistischen Bewegung ge-
bracht haben. Seine soziale
Stellung gibt er als „unterer
oberer Mittelstand“ an, also
jene Schicht, die meist ohne ei-
genes Vermögen die Beamten
und Akademiker stellte. Seine
Ziele in der sozialistischen Be-
wegung: „Im Augenblick ist
die Situation völlig verfahren.
Sogar wenn uns nichts Schlim-
meres zustoßt, bleiben die Le-
bensbedingungen, die ich im
ersten Teil dieses Buches be-
schrieben habe und die sich
unter unserm gegenwärtigen
wirtschaftlichen System nicht
verbessern werden. Noch drin-
gender ist die Gefahr einer fa-
schistischen Vorherrschaft in
Europa. Und wenn die soziali-
stische Lehre nicht in einer
wirksamen Form sehr weit und
sehr rasch verbreitet werden
kann, gibt es keine Gewißheit,
daß der Faschismus je gestürzt
wird.“ Die britische Bourgeoisie
sei genauso wie die deut-
sche zur blutigen Unter-
drückung bereit. Wenn man
einmal von dem Mißverständ-
nis absieht, daß sich Orwell als
sozialistischer Revolutionär
versteht, gibt der „Weg nach
Wigan Pier“ ein genaues Bild
von den politischen Auffas-
sungen jenes Teils der Mittel-
klassen, die der Bourgeoisie
nicht in die Reaktion und den
Faschismus folgen wollten.

George Orwell, Der Weg nach Wigan Pier, de-
tebe 21 000, 9,80 DM

Lieber Expansion als einen Nationalstaat

Das Buch lebt von dem Ver-
such, Konzeptionen des Bür-
gertums aus dem 19. Jahrhun-
dert aufzuwärmen, die dazu
dienen sollten, einen einzigen
deutschen Staat zu begründen.
Von der Bundesversammlung
in der Frankfurter Paulskirche
bis zum Kampf um die Vor-
herrschaft zwischen Österreich
und Preußen dient Herr alles
dazu, nationalen Dualismus
nachzuweisen, den es zu über-
winden gelte. Der neueste
Dualismus bestehe zwischen
der BRD und der DDR. Die
Form, in der die deutsche Ein-
heit verwirklicht werden kö-
nne, sei der Föderalismus, der in
der ganzen bisherigen deut-

schen Geschichte „am ausge-
wogensten“ zwischen Einheit
und Freiheit in der BRD schon
vorhanden sei.

Das „ganze Deutschland“
aber sei es wieder nicht. Um ei-
nen Weg zur Schaffung eines
neuen Großdeutschland zu
propagieren, der nicht auffäl-
lig nach Fortsetzung der Tradi-
tion des deutschen Imperialis-
mus, insbesondere unter der
Herrschaft der Faschisten,
riecht, greift er aus nach Euro-
pa und zurück auf den von
deutschen Liberalen im vori-
gen Jahrhundert anvisierten
europäischen Staatenbund.
Ein historischer Fehler sei da-
bei zu korrigieren. Bei der Bil-
dung des kleindeutschen Kai-
serreiches sei aus der national-
staatlichen Bewegung ein na-
tionales Kriterium ausgeklam-
mert worden, „das bisher gül-
tig gewesen und bei anderen
Nationen noch immer gültig
war: die historische Schicksals-
gemeinschaft“.

„Erbgüter der Aufklärung“
seien damit vernachlässigt
worden, vor allem die „kos-
mopolitischen Verbindlichkei-
ten“, nämlich die Preußen und
Österreich zukommende Ab-
wehr der Revolutionen in
Osteuropa. Insofern sei der
österreichische Vielvölkerstaat
moderner gewesen als der fran-
zösische Staat nach der bürger-
lichen Revolution. Österreich
habe die Abwehraufgabe nach
Südosten wahrgenommen und
sich nicht auf die starren Gren-
zen einer Nation beschränkt.

Herre beruft sich auf den
Historiker Frantz (1817–
1891), Verfechter eines mittel-
europäischen Staatenbundes
unter Führung des Hauses
Habsburg. Er habe die „au-
ßenpolitischen Dimensionen
der deutschen Frage erkannt“,
daß nämlich das Einheitspro-
blem Deutschlands, dieses
„mit dem ganzen Kontinent
verwachsenen Körpers“, nicht
in nationalstaatlicher Isolie-
rung, sondern nur im europäi-
schen Zusammenhang zu lösen
sei.

Neue Weltherrschaftspläne
lassen sich damit vereinbaren.
Frantzens System, „von unten
beginnend und nach oben of-
fen, gipfelt im Universalis-
mus“. Nur habe dieser Visio-
när von seinen Zeitgenossen zu
viel verlangt, „über die natio-
nalstaatliche Epoche hinweg
direkt in die europäische Föder-
ation zu springen, vom alten
Reich in ein neues Abend-
land“.

Franz Herre, Nation ohne Staat, Die Entste-
hung der deutschen Frage, Bastei-Lübke-TB
64057, 7,80 DM

A. Frangi

Für einen Palästinensischen Staat auf palästinensischem Boden

Mit Hilfe von NATO und EG-Staaten ist die israelische Armee in
den Libanon einmarschiert und bereitet sich jetzt vor auf die Be-
setzung des Südens des Landes, einschließlich Beiruts. „Drei gro-
ße Ziele verfolgte die israelische Regierung mit dieser Invasion: 1.
die militärische und politische Vernichtung der PLO, 2. die Er-
richtung einer „starken“ libanesischen Regierung mit Hilfe israe-
lischer Bajonette und den Abschluß eines Separatfriedens mit
dem Libanon, 3. die Etablierung Israels als regionale Supermacht
...“ (S. 227). Unabhängig davon, wie weit es den amerikanischen,
französischen und italienischen Truppen gelingt, den Libanon
vollständig in einen NATO-Stützpunkt zu verwandeln, hat die
Regierung Begin Sicherheitsinteresse angemeldet. Der „Frieden
in Galiläa“ soll wenigstens „40 Kilometer nach Norden“ reichen
(S. 276). Dieses Sicherheitsinteresse stammt aus dem Jahr 1919,
als die zionistische Weltorganisation auf der Versailler Friedens-
konferenz „die Schaffung eines Staates Israel über die Grenzen
des heutigen Libanon und Jordaniens hinaus“ forderte (S. 273).

Israel hat die PLO nicht zerschlagen und ihre Führung nicht li-
quidieren können, „um freie Hand zu haben bei seinen Annek-
tionsplänen von Westbank und Gaza“ (das sind palästinensische
Gebiete, die Israel im Junikrieg erobert hat, d. V., S. 281). Was
Begin „mit diesem Krieg hatte auslöschen wollen, wurde mit je-
dem weiteren Tag des Widerstands in Beirut immer mehr in den
Vordergrund gerückt: das Palästina-Problem“ (S. 286). Abdallah
Frangi ist seit 1970 Vertreter der PLO bei der Liga der Arabischen
Staaten in Bonn. Er hat an Hunderten von Diskussionen teilge-
nommen und kennt genau die Lügen und Verdrehungen, mit de-
ren Hilfe Bundesregierung und westdeutscher Imperialismus die
Finanzierung des militärischen Brückenkopfes Israel rechtferti-
gen. Das Märchen von der unschuldigen „Rückkehr in das Land
der Väter“ (S. 13), die uralte Kolonistenlüge „ein Land ohne
Volk für ein Volk ohne Land“ (S. 50), bis zur Enthüllung der Zu-
sammenarbeit zwischen dem deutschen Faschismus und den zio-
nistischen Organisationen (S. 96), all das sind Einzelheiten, die
man dringend kennen muß, will man hier den Befreiungskampf
des palästinensischen Volkes wirksam unterstützen. Darüberhin-
aus wird die Geschichte des palästinensischen Widerstands bis zur
Aufnahme des unabhängigen militärischen und politischen Be-
freiungskampfes unter der Führung der PLO dargestellt, ihre
Niederlagen und ihre Erfolge. Grundlage für den Erfolg der PLO
war die Verabschiedung des „10-Punkte-Programms“ von 1974,
in dem nicht nur die Ziele der palästinensischen Revolution fest-
gelegt wurden, Schaffung eines demokratischen Palästinastaates,
in dem Juden, Christen und Moslem gleichberechtigt und ohne
Unterdrückung zusammenleben, sondern auch eine Taktik zur
Durchsetzung entwickelt wurde: „2. Die PLO kämpft mit allen
Mitteln, wobei der bewaffnete Kampf an erster Stelle steht, zur
Befreiung der palästinensischen Gebiete und zur Errichtung einer
kämpfenden unabhängigen Volksadministration in jedem Teil
Palästinas, der befreit wird ... 4. Die PLO betrachtet jeden Akt
der Befreiung palästinensischen Territoriums als einen Schritt auf
dem Weg zur Verwirklichung ihrer Strategie, der Errichtung eines
demokratischen palästinensischen Staates ...“ (S. 198). Damit ist
„der Führung der Revolution ausdrücklich (...) Spielraum gela-
ssen, ... die Taktik, die diesen Zielen dient und die deren Ver-
wirklichung ermöglicht, auszuarbeiten und festzulegen“ (S. 198).

Dies hat insbesondere unter den europäischen Imperialisten
und Politikern unterschiedlicher Schattierung die Vorstellung ge-
weckt, man könne der PLO die Anerkennung Israels auf dem
Verhandlungsweg abpressen. „Doch muß an dieser Stelle die Ge-
genfrage erlaubt sein, warum die Europäer nicht israelische Poli-
tiker fragen, ob sie das Recht der Palästinenser auf Selbstbestim-
mung, auf Rückkehr in ihre Heimat, auf einen eigenen Staat an-
erkennen“ (S. 299). Abdallah Frangi hat die Frage selber offenge-
lassen, warum das so ist. Im Schlußkapitel „Palästina – Kon-
frontation oder Frieden“ fordert er Europa zu einer selbständi-
gen Politik auf, „die Konkurrenz zur zweifelsfrei einflußreichsten
Macht im Nahen Osten, die USA“ soll dafür wohl die Grundlage
liefern. Eigene imperialistische Interessen waren es ja auch, die
die Bundesregierung zum Veto gegen die Sanktionen veranlaßt
haben, die Griechenland zur Unterstützung der PLO in der EG

beantragt hatte. So entstehen offene Flanken gegenüber dem westdeutschen Imperialismus, über die die Friedensbewegung schon zu genüge verfügt. Die PLO und die fortschrittlichen libanesischen Kräfte sind die einzigen, die dem Aufmarsch von NATO- und EG-Truppen in der Region gegenwärtig militärisch und politisch entgegenzutreten und den Kampf gegen die zionistischen Besatzer im Südliban aufnehmen können. „Einen palästinensischen Staat mit palästinensischer Fahne auf palästinensischem Boden“ ist das Ziel, das die Flüchtlinge von einst klar vor Augen haben (S. 306) und das 10-Punkte-Programm ist die politische Grundlage. Das Buch liefert viele gute Erkenntnisse und Fakten, das ausführliche Literaturverzeichnis hilft bei weiteren Untersuchungen. Die westdeutsche Solidaritätsbewegung kann so besser ihre Aufgabe wahrnehmen, der PLO die Angriffe und Erpressungsmanöver der Bundesregierung und des westdeutschen Imperialismus so weit wie irgend möglich vom Hals zu schaffen. Die CSU forderte am 3.7.1982 die Ausweisung von Abdallah Frangi, um „Israels Ministerpräsident glaubhaft zur Mäßigung raten zu können“ (Bayernkurier).

Quellenhinweis: Abdallah Frangi, PLO und Palästina, R.G. Fischer Verlag, Frankfurt, 1982

Volksbildungswesen VR Polen

Die achtjährige einheitliche Ausbildung bildet die Grundlage

Die Volksrepublik Polen stand nach dem Krieg in Hinblick auf das Ausbildungswesen vor zwei Problemen, zum einen mußten die Verwüstungen, die Krieg und Okkupation des Hitlerfaschismus angerichtet hatten, beseitigt werden, zum anderen sollte es parallel zur sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft aufgebaut werden. Durch Krieg und Okkupation waren von den 66000 Lehrern, die es 1939 gegeben hatte, 30% umgekommen oder umgebracht worden; die Schulen waren zu 60% zerstört, Mobiliar und Büchereien zu 90%. Ähnlich war die Lage bei Hochschullehrern und -gebäuden. Die Ausbildung selbst war total verstümmelt worden nach der Devise Himmels: eine höhere als vierjährige Ausbildung sei für die Polen nicht erforderlich; hinreichend sei, wenn jeder bis 500 zählen und seinen Namen schreiben könne. Ansonsten habe er zu lernen, daß der Pole Diener der deutschen Herrenrasse sei. Das Ergebnis waren u. a. drei Millionen Analphabeten, was 18% der Bevölkerung (ohne Kinder bis zu 9 Jahren) waren. Daß diese Zahl nicht noch höher lag, war Verdienst der Geheimen Lehrerorganisation, die ca. 1 Mio. Grundschüler ausbildete, 100000 Oberschüler und 10000 Studenten.

Den Aufbau eines demokratischen Schulwesens hatte das Polnische Komitee für Nationale Befreiung schon am 22.7. 1944 im Juli-Manifest verkündet und erste Schritte dazu in den befreiten Gebieten eingeleitet. Er konnte aber erst nach der endgültigen Befreiung 1945 in Angriff genommen werden. Eine wichtige Rolle dafür spielte der Allgemeinpolitische Bildungskongreß 1945 in Lodz, der folgende Richtlinien für die Schulen beschloß: Die neue Schule soll nach den Grundsätzen der Einheitlichkeit, Allgemeinheit, Öffentlichkeit und Kostenlosigkeit aufgebaut sein. Unter einheitlich wurde verstanden, daß alle Jugendlichen über einen langen Zeitraum gemeinsam ausgebildet werden sollten. Allgemein wurde so definiert, daß v.a. die Arbeiter- und Bauernjugend in den Genuß einer Ausbildung kommen sollte. Öffentlich hieß, daß die Schulen unter staatlicher Verwaltung und Kontrolle stehen sollten, im Gegensatz zur Situation vor dem Krieg, wo ca. 40 bis 50% der allgemeinen und beruflichen Schulen privat organisiert waren. (Die bestehenden Privatschulen sollten aber angesichts der Lage Schritt für Schritt abgeschafft werden.) Unter kostenlos wurde nicht nur verstanden, daß die Eltern kein Schulgeld zahlen sollten, – ebenfalls im Unterschied zur Lage vor dem Krieg – sondern auch, daß die Eltern von einem Großteil der Kosten entlastet werden sollten durch den Bau von Internaten, Heimen und Stipendienvergabe. Das spielte v.a. auch deshalb eine große Rolle, weil durch den Krieg ein großer Prozentsatz der Kinder verwaist war.

Beschlossen wurde von der Konferenz nach dem Vorschlag des Bildungsressorts die Einrichtung einer achtjährigen allgemeinen, obligatorischen Grundschule, auf der dann Berufsschule und allgemeinbildende Oberschule aufbauen sollten. Dieser Vorschlag

wurde auf der Konferenz von reaktionären Kräften heftig attackiert, die meinten, eine sechs- oder gar vierjährige Grundschulausbildung sei für die Masse der Gesellschaft ausreichend. Die beschlossene achtjährige Grundschulausbildung wurde 1947 auf sieben Jahre verkürzt, bis der Sejm 1961 in seinem Gesetz wieder zu ihr zurückkehrte.

Eine ebenfalls scharfe Auseinandersetzung gab es um die Stellung des Religionsunterrichts, ob er als Privatangelegenheit zu behandeln sei oder im Lehrplan verankert werden solle. Die erste Position setzte sich durch bis September 1955. Ab da erhielt der Klerus Zutritt zu den Schulen, es wurde auf freiwilliger Basis Religionsunterricht erteilt, ab 1956 in allen Schulen. Dieses Recht wurde der Kirche aber kurze Zeit später wieder entzogen. Heute gibt es keinen Religionsunterricht in den Schulgebäuden, sondern nur außerhalb nachmittags oder sonntags.

Als Ziele der achtjährigen Grundschule wurden benannt: Ausbildung in der polnischen Sprache; Wissen von Geschichte und Kultur des Landes und Volkes; Ausbildung einer wissenschaftlichen Betrachtung der Welt; Kenntnis der Natur und der Gesellschaft; erstes Bekanntwerden mit der Technik; Vorbereitung auf Beruf oder weiteres Studium. Entsprechend sollten die Unterrichtsfächer ungefähr in folgendem Verhältnis zueinander stehen: 28% polnische Sprache, 37% Mathematik und Naturwissenschaften, 7% technischer Unterricht, 5% Geschichte, der Rest für die übrigen Fächer (u.a. Sport, wie an allen Schulen). Unter technischem Unterricht wurde verstanden: Unterrichtung über die Grundlagen der Hauptzweige der Produktion, Beherrschung der grundlegenden Handgriffe. Dieser Unterricht fiel aber in der Praxis entsprechend den Einrichtungen der Schulen qualitativ sehr verschieden aus.

V.a. hinsichtlich der Berufsschulen sollte die Benachteiligung, die die Arbeiter- und Bauernkinder vor dem Krieg erfahren hatten, aufgehoben werden. Als erster Schritt dazu wurde beschlossen, daß die Berufsschule tagsüber und nicht abends stattfinden sollte; daß der Unterricht an drei aufeinander folgenden Tagen organisiert werden, während die restlichen drei Tage der Ausbildung im Betrieb gewidmet sein sollten. Entsprechend der Notwendigkeit, die Jugendlichen dafür 18 Stunden in der Woche von der Arbeit freizustellen, wurde das Gesetz über die Arbeit von Frauen und Jugendlichen geändert. Die Umsetzung erforderte aber einige Auseinandersetzungen, da nicht alle Betriebe bzw. Kapitalisten dazu bereit waren. Außerdem sollte die berufliche Ausbildung strikt nach dem Prinzip Ausbildung und nicht Ausbeutung durchgeführt werden.

Entsprechend diesen Zielen und den dringendsten Anforderungen zum Aufbau der Produktion, v.a. auch der Umgestaltung von einem Agrar- zu einem Industriestaat wurde das berufliche Schulwesen auf verschiedenen Ebenen eingerichtet: 1. berufsvorbereitende Schulen, die einen Monat bis zu einem Jahr dauerten und Fachkräfte für die am dringendsten benötigten Berufe (v.a. Bau und Bergbau) ausbildeten. Sie sind entsprechend ihrem Übergangscharakter heute weitgehend abgeschafft; 2. grundlegende Berufsschulen von zwei bis drei Jahren Dauer, die qualifizierte Facharbeiter ausbilden; 3. berufliche Oberschulen/Technika von vier bis fünf Jahren Dauer, die ebenso wie die grundlegenden Berufsschulen nach Produktionszweigen gegliedert sind; 4. auf das Abitur aufbauende Fachschulen, die z.B. medizinische und technische Assistenten, Krankenschwestern usw. ausbilden.

Das Ergebnis dieser Ausbildungskampagne zeigen folgende Zahlen: Im Zeitraum von 1946 bis 1973 wurden insgesamt 20,13 Mio. Schüler und Studenten ausgebildet; davon 11,83 Mio. auf Grundschulen, 3,62 Mio. auf grundlegenden Berufsschulen, 1,6 Mio. auf allgemeinbildenden Oberschulen, 2,34 Mio. auf beruflichen Oberschulen und 686000 auf Hochschulen. Im Vergleich zu dem Vorkriegsjahr 1934/35, in dem der Anteil von Schülern am Altersjahrgang sieben bis 13 Jahre 85,5% betrug, wurde 1953/54 ein Anteil von 98,8% erreicht; in der Altersgruppe 14 bis 17 Jahre betrug der Anteil 44,1% gegenüber einem Vorkriegsstand von 14,3% und wuchs 1961/62 auf 70,7%; die Zahl der Schüler bzw. Studenten in der Altersgruppe 18 bis 22 wuchs von 3,3% auf 6,6% und stieg 1961/62 auf 12,4% an. Der Erfolg in der Erhöhung des Anteils von Arbeiter- und Bauernkindern an allen Ausbildungszweigen schlägt sich darin nieder, daß dieser 1959/60 an den allgemeinbildenden Oberschulen 44% ausmachte, an den beruflichen Oberschulen 62,9% und an den Hochschulen 50%.

Der Anspruch des Bürgers auf Ausbildung ist in der Verfassung in Artikel 72 festgehalten: „1. Die Bürger der Volksrepublik Polen haben das Recht auf Bildung. 2. Das Recht auf Bildung wird in immer breiterem Umfange gewährleistet: 1) durch unentgeltlichen Schulunterricht, 2) durch allgemeinen und obligatorischen Grundschulunterricht, 3) durch die Verbreitung des Unterrichts an Oberschulen, 4) durch die Entwicklung des Hochschulwesens, 5) durch die Hilfe des Staates bei der Weiterbildung der in Industriebetrieben und in anderen Arbeitsstätten in Stadt und Land beschäftigten Bürger, 6) durch das System der staatlichen Stipendien, durch den Ausbau von Internaten, Studenten- und Schülerheimen sowie durch andere Formen der materiellen Unterstützung für Kinder von Arbeitern, werktätigen Bauern und Angehörigen der Intelligenz.“

Der Aufbau des Schulwesens ist folgendermaßen gestaltet: Schulpflicht besteht von sieben Jahren an bis zum Abschluß der Grundschule, d.h. in der Regel bis 15, nicht länger jedoch als bis 17 Jahre. Im Anschluß an die einheitliche obligatorische Grundschule von acht Jahren besteht die Möglichkeit der weiteren Ausbildung in der grundlegenden Berufsschule (zwei bis drei Jahre), an der berufsbildenden Oberschule/Technikum (vier bis fünf Jahre mit Eingangsprüfung), oder der allgemeinbildenden Oberschule (vier Jahre mit Eingangsprüfung). Die beiden letzteren werden mit Abitur abgeschlossen, das zum Hochschulstudium berechtigt (Aufnahmeprüfung) oder zu einer auf Abitur aufbauenden Fachschule. Neben den Grundschulen bzw. an diese angegliedert in Sonderklassen bestehen Sonderschulen, an denen etwa 5% der Jugendlichen ausgebildet werden. Von der Sondergrundschule kann man auf die berufliche Sonderschule weitergehen, aber auch an die anderen der o.g. Schularten. Daneben gibt es berufliche und allgemeinbildende Sonderschulen.

Ein wesentlicher Grundsatz beim Wieder- bzw. Neuaufbau des Schulwesens bestand darin, daß keine Schulart eine Sackgasse sein sollte. Dementsprechend besteht von jeder Schulart die Möglichkeit zur Weiterbildung oder auch zum Wechsel zwischen den Schularten, z.B. von der beruflichen Oberschule zur allgemeinbildenden und umgekehrt. Von der Berufsschule ist ein Wechsel zur Weiterbildung am Berufstechnikum möglich. Von den Absolventen der grundlegenden Berufsschule besuchen jährlich ca. 27% das Berufstechnikum, von der Möglichkeit des anschließenden Studiums machen aber nur 15% Gebrauch. Eine wesentliche Bedingung für so einen Wechsel liegt darin, daß die Lehrpläne der Grundschulen und anderen Schultypen in Stadt und Land einheitlich sind und so aufgebaut sind, daß ein Wechsel möglich ist.

Verteilung der Grundschulabsolventen auf weiterführende Schulen und Anteil der Mädchen daran

	1975/76		1980/81			
	insgesamt		insgesamt	davon Mäd.		
	abs.	in %	abs.	abs.	in %	abs.
Grundschulabgänger ges.	588 982	100,0	487 311	100,0	243 988	100,0
davon an weiterf. Schulen	550 527	93,4	476 560	97,8	237 615	97,4
an grundl. Berufsschulen	320 682	54,4	265 555	54,4	102 562	42,0
an Oberschulen	229 845	39,0	211 005	43,4	135 053	55,4
allg.bildende Obersch.	116 357	19,7	88 282	18,1	63 045	25,9
berufliche Obersch.	113 488	19,3	122 723	25,2	72 088	29,5

Quelle: Rocznik statystyczny, Warszawa 1981, S. 518

Die Grundschulen sind über das ganze Land verbreitet, 1980 waren es 3877 in Städten und 8517 auf dem Land, ähnlich breit sind die Berufsschulen verteilt, während die allgemeinbildenden Oberschulen in den Städten konzentriert sind mit 811 gegenüber 60 auf dem Land.

Die Berufsschulen erteilen allgemeinen, berufsbezogenen theoretischen und praktischen Unterricht; letzterer macht entweder drei Tage in der Woche oder sieben Stunden pro Woche (an den Berufsoberschulen) und beinhaltet Betriebspraktika in den Ferien. Ein großer Teil der Berufsschulen ist an Großbetriebe angegliedert, weil diese über moderne Anlagen und Arbeitsorganisation sowie hochqualifizierte Kader verfügen.

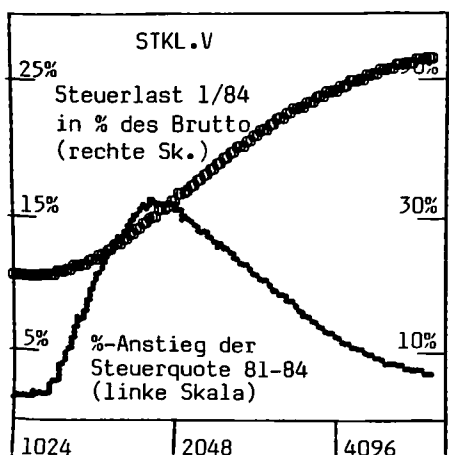
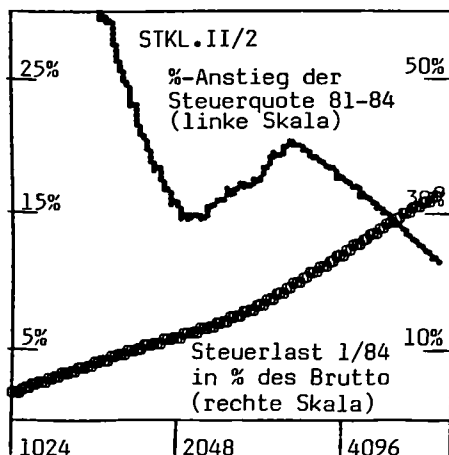
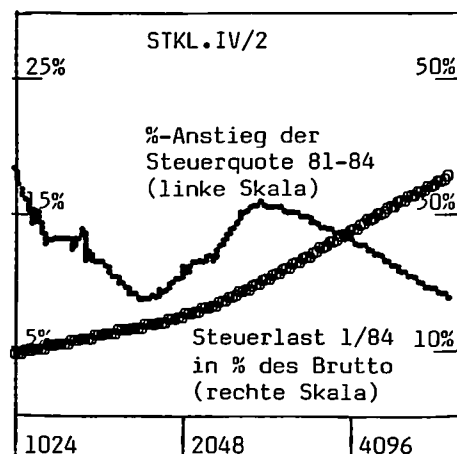
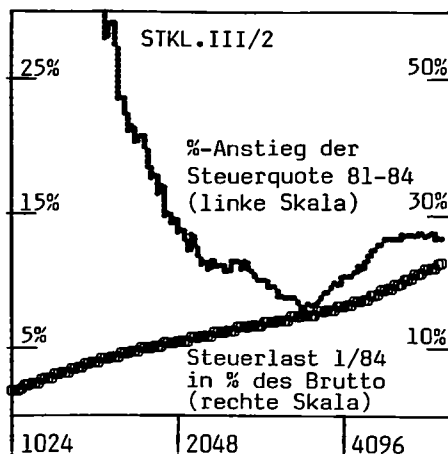
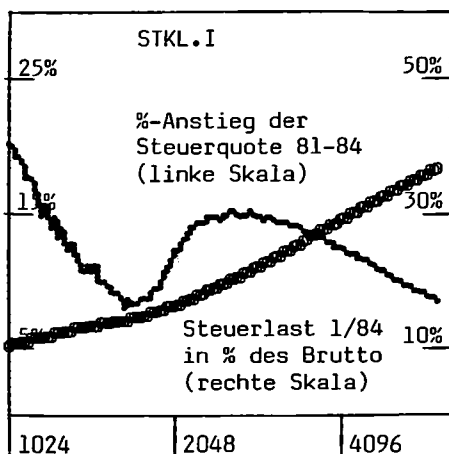
Der Ausbau dieses Schulwesens war nur möglich durch hohe finanzielle Mittel. Der Anteil der Ausgaben für Schulwesen am Staatshaushalt betrug 1953 6%, 1975 8,7%, 1980 7% (ohne Ausgaben für Wissenschaft).

Eine Reform des Schulwesens wurde Anfang der 70er Jahre in Angriff genommen. 1973 legte die eingesetzte Bildungskommission zur Untersuchung des Volksbildungswesens ihren Bericht vor. Darin analysierte sie das Schulwesen und kam zu dem Ergebnis, daß die Leistungen der Nachkriegsperiode ein großer gesellschaftlicher Fortschritt gewesen seien, daß aber viele der Zielsetzungen nicht hinreichend erfüllt seien und das bestehende Schulwesen nicht mehr den gesellschaftlichen Anforderungen v.a. infolge der gewachsenen Industrialisierung entspreche. Ihre Vorschläge, die im wesentlichen so auch beschlossen wurden, sahen vor, zunächst eine zehnjährige, später eine elfjährige allgemeine Oberschule einzuführen, mit beruflichem oder allgemeinbildendem Schwerpunkt und Berufsklassen für die Schüler, die die allgemeine Oberschule nicht beenden. Daran anschließen soll ein Jahr jeweils für Studium oder Berufsvorbereitung. Der Hochschulzugang zielt ab auf Abschaffung des Abiturs, demgegenüber soll Zulassung über zentrale Wettbewerbe nach Abschluß der Volksoberschule treten über Absolvierung einer zweijährigen Spezialschule oder für „Berufsabsolventen, die sich im Beruf einige Jahre gut bewährt haben“.

Quellenhinweis: W. Maas, Schulen und Pädagogik in Polen, Material- und Nachrichtendienst der GEW, Buhl 1968; R. Jewan, Die Entwicklung der polnischen Berufserziehung, Hamburg 1974; Raport o stanie oświaty, Warszawa 1973 (Bericht über den Stand des Bildungswesens); Rocznik statystyczny, Warszawa 1981 (Statistisches Jahrbuch)



„Ingo auf dem Spielplatz“
Linienschnitt nach Skizzen von einem Spielplatz in Münster.
A. H. – Kunstgruppe Hildesheim



Stoltenberg: keine Lohnsteuerreform Steuerbetrug bringt Milliarden

Die neue Bundesregierung hat die Marschroute in der Steuerpolitik abgesteckt. Investitions- und leistungsfördernd soll sie sein, erklärte Finanzminister Stoltenberg in der Haushaltsdebatte. Steuerentlastungen für Kapitalisten sowie Entlastungen in den höheren Einkommenszonen (Familiensplitting) sind angesagt. Stoltenberg: Nach den zum 1.1.83 wirksam werdenden Steuererleichterungen (z.B. Investitionszulage) und der Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli würden zum 1.1.84 weitere Entlastungen für die gewerbliche Wirtschaft und die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Arbeitnehmer-Vermögensbildung vorgenommen. Die Neuregelung des Lohn- und Einkommenssteuertarifs könne als dritte Stufe aber erst beschlossen werden, "wenn wesentliche Fortschritte bei der Gesundung der öffentlichen Finanzen erzielt sind". (Handelsblatt, 11.11.82)

Also in den nächsten Jahren nicht. Die Unverfrorenheit, mit der die CDU/CSU/FDP-Reaktionäre ihre Steuerdemagogie vergessen machen wol-

len, ist beachtlich. Noch vor wenigen Monaten hatten diese Parteien unisono die "heimlichen Steuererhöhungen" angeprangert und eine Einkommensteuerreform für 1984 verlangt. Jetzt wollen sie den Raubzug ungehemmt fortsetzen und die wachsende Steuerbeute für die Steigerung des Militäretats und Geschenke für Reiche einsetzen.

Wie die Schaubilder zeigen, wird sich die Steuerquote auf Einkommen, deren Kaufkraft im Januar 1984 gerade der vom Januar 1981 entspricht, in dem Dreijahreszeitraum zwischen 10-30% erhöht haben (Steuerklasse I-IV). Die prozentuale Steuerlast steigt gerade in der Niedrigstlohnzone und im unteren Teil der Progressionszone rasant an, auch wenn es sich pro Monat nur um wenige Mark gegenüber großen Beträgen in den höheren Einkommenszonen handelt (s. Pol. Ber. 22/82, S.38). Das Kalkül der Reaktion: Wenn die Bezieher höherer Einkommen z.B. durch Familiensplitting entlastet sind, ist die Front für Steuerindizierung aufgeweicht.

Im Dschungel der Rechtsvorschriften des bürgerlichen Staates ist die Untergrenze eines zum Lebensunterhalt notwendigen Einkommens höchst unterschiedlich definiert. Der Sozialhilfe-Regelsatz in NRW bei Alleinstehenden über 65 beträgt gegenwärtig 405 DM; hinzu kommen Leistungen für Miete, Heizkosten und besondere Anschaffungen, so daß die Sozialhilfe monatlich über 700 DM beträgt. Im Beratungshilfegesetz sind Einkommensgrenzen festgelegt, unterhalb derer anwaltliche Beratung kostenlos in Anspruch genommen werden kann. Sie liegen bei netto 850 DM bei einem Alleinstehenden, 1300 DM bei Unterhalt für eine Person und 1575 DM bei Unterhalt für zwei weitere Personen (z.B. Frau und Kind). Im Scheidungsrecht ist der angemessene Eigenbedarf des Unterhalts-

Das zum Lebensunterhalt Notwendige darf nicht besteuert werden

pflichtigen nach der allgemein angewandten Tabelle des OLG Düsseldorf gegenwärtig mit 1200 DM bestimmt. Für den Unterhalt eines Kindes zwischen 6 und 11 Jahren z.B. werden 261 DM als Mindest-Regelbedarf angesetzt. Wo es dagegen um die Ansprüche des bürgerlichen Staates gegenüber den Lohnabhängigen geht, sind dem Zugriff auf Niedrigsteinkommen nahezu keine Schranken gesetzt, so daß auch Einkommen, die zu einem Elendsdasein verdammen, noch der direkten und indirekten Besteuerung unterliegen. Ebenso im Pfändungsrecht: Bank- und Handelskapitale können bei Alleinstehenden den Lohn bis zu einer Untergrenze von

559 DM pfänden lassen.

Gegenwärtig ist die Obergrenze der Steuerfreiheit in den verschiedenen Steuerklassen, d.h. je nach den Lebensumständen, bei folgenden Einkommen:

Steuerklassen I und IV	563,99 DM
Steuerklasse II/1	991,49 DM
Steuerklasse III/1	1027,49 DM
Steuerklasse V	95,99 DM

Das zum Lebensunterhalt unbedingt notwendige Einkommen darf nicht besteuert werden. Sicher sind die angeführten Beträge, z.B. 1200 DM als angemessener Eigenbedarf eines Alleinstehenden, noch knapp bemessen. Aber sie liefern Anhaltspunkte für den Kampf um Steuerfreiheit des lebensnotwendigen Einkommens.

Unterschiedliche Qualität der Tarifpolitik der IG Metall

**Lohn- und Gehaltsdurchschnitte in der Elektroindustrie
in der BRD und Westberlin.**

1. Bei realer Belegung der Leistungsgruppen.
2. Bei Annahme bundesdurchschnittl. Belegung.

	Durchschnitt		Erstes Fünftel		Zweites Fünftel		Drittes Fünftel		Viertes Fünftel		Fünftes Fünftel	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
Schleswig-Holstein	2594	93	1747	95	2106	96	2431	95	2835	93	3854	89
	2642	95	1748	96	2089	95	2421	94	2878	95	4074	94
Hamburg	3196	115	2187	120	2711	124	3021	118	3416	113	4645	107
	2877	103	1931	106	2263	103	2673	104	3118	103	4399	102
Niedersachsen	2598	93	1795	98	2115	97	2432	95	2770	91	3879	90
	2676	96	1794	98	2117	97	2463	96	2876	95	4127	96
Bremen	2970	107	1795	98	2356	108	2835	111	3288	108	4576	106
	2848	102	1751	96	2153	98	2659	104	3150	104	4527	105
NRW	2730	98	1810	99	2176	99	2567	100	2975	98	4120	95
	2731	98	1797	98	2167	99	2590	101	3009	99	4092	95
Hessen	2825	101	1829	100	2249	103	2628	103	3096	102	4320	100
	2679	96	1773	97	2115	97	2504	98	2911	96	4092	95
Rheinland-Pfalz	2403	86	1720	94	1948	89	2205	86	2591	85	3550	82
	2653	95	1792	98	2078	95	2397	94	2862	94	4137	96
Baden-Württemberg	2871	103	1933	106	2288	105	2631	103	3133	103	4370	101
	2978	107	1951	107	2325	106	2685	105	3237	107	4691	109
Bayern	2809	101	1751	96	2099	96	2503	98	3078	101	4615	107
	2712	97	1746	95	2088	95	2464	96	2926	96	4335	100
Saar	2587	93	1743	95	2061	94	2478	97	2826	93	3826	89
	2701	97	1786	98	2189	100	2602	102	2979	98	3950	91
Westberlin	2678	96	1809	99	2098	96	2444	95	2890	95	4147	96
	2700	97	1817	99	2108	96	2458	96	2936	97	4181	97
Gesamt	2788	100	1830	100	2189	100	2563	100	3035	100	4321	100

Der Vergleich der in den verschiedenen Bundesländern effektiv und durchschnittlich erzielten Löhne und Gehälter zeigt selbst dann erhebliche Abweichungen vom Bundesdurchschnitt, wenn man nur die Länderdurchschnitte einer Unterbranche der metallverarbeitenden Industrie, in unserem Beispiel der Elektroindustrie, betrachtet. Der Lohn- und Gehaltsdurchschnitt beträgt in Hamburg 115% und für Rheinland-Pfalz 86%, jeweils bezogen auf den Bundesdurchschnitt einschließlich Westberlin.

Die Zusammensetzung der Belegschaften - grob eingeteilt nach produzierenden und leitenden Arbeitskräften - ist in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. So erklärt sich, daß z.B. für Bremen der Lohn- und Gehaltsdurchschnitt auf 107% steht,

das schlechtestverdienende Fünftel der Gesamtbelegschaft jedoch im Bundesvergleich nur auf 98% kommt. Der hohe Gesamtdurchschnitt ergibt sich bloß aus einem überdurchschnittlichen Anteil von Ingenieuren, Technikern etc., nicht etwa aus einer in allen Lohnzonen überdurchschnittlichen Bezahlung. Umgekehrt ergibt sich für Hamburg die mit 120% vom Bundesdurchschnitt sehr deutlich positiv abweichende Bezahlung des schlechtest verdienenden Fünftels aus der - relativ - geringeren Belegung der untersten Tarifklassen; das schlechtest verdienende Fünftel reicht deswegen in höhere Lohnzonen hinaus und das hebt den errechneten Durchschnitt.

Das Ziel dieser Untersuchung ist die Gewinnung von Daten zur Beurteilung der Qualität der Lohnpoli-

tik der IG Metall in den verschiedenen Bundesländern. Um solche zu erhalten, sehen wir zunächst von den Unterschieden ab, die sich aus unterschiedlicher Eingruppierung ergeben, und berechnen den Lohn- und Gehaltsdurchschnitt, wie er sich ergeben würde, wenn die Belegung der Leistungsgruppen der Effektivlohnstatistik in allen Bundesländern dem Gesamtdurchschnitt entspräche.

Wie zu erwarten, wird die Bandbreite der Abweichungen schmaler. Sie hat für die realen Belegungen von 115% nach 86% betragen und beträgt jetzt 107% nach 95%. Wirklich interessant ist jedoch die Verschiebung bei den einzelnen Bundesländern:

Schl.Holst.	von 93% auf 95% (+)
Hamburg	115% 103% (-)
Nieders.	93% 96% (+)
Bremen	107% 102% (-)
NRW	98% 98% ()
Hessen	101% 96% (-)
Rhl.Pf.	86% 95% (+)
Baden-Württ.	103% 107% (+)
Bayern	101% 97% (-)
Saar	93% 97% (+)
Westberlin	96% 97% (+)

Ein Stadt/Land-Gefälle bewirkt die wesentlichen Unterschiede offenbar nicht. Wie käme sonst Baden-Württemberg sonst vor Hamburg, Bremen und Westberlin zu liegen? Wie wäre erklärlich, daß alle Bundesländer mit wenig ausgeprägten Ballungszonen bei Annahme derselben Qualifikationsstruktur zulegen?

Die Annahme, hier würden in der Hauptsache Unterschiede in der Qualität der gewerkschaftlichen Politik sichtbar, ist vertretbar. Darauf deuten auch die für das jeweils schlechtestverdienende Fünftel erzielten Lohn- und Gehaltsdurchschnitte hin. Sie betragen, wiederum für reale und bundesdurchschnittliche Belegung ausgewiesen:

Schl.Holst.	von 93% auf 95% (+)
Hamburg	120% 106% (-)
Niedersachsen	98% 98% ()
Bremen	98% 96% (-)
NRW	99% 98% (-)
Hessen	100% 97% (-)
Rhl.Pfalz	94% 98% (+)
Baden-Württ.	106% 107% (+)
Bayern	96% 95% (-)
Saar	95% 98% (+)
Westberlin	99% 99% ()

Aus welchem Grund sollte das schlechtest gezahlte Fünftel der Beschäftigten in der Elektroindustrie Baden-Württembergs um 7 Punkte besser liegen, bei bereinigter Qualifikationsstruktur sogar um 9 Punkte, als dies für NRW der Fall ist? In Baden-Württemberg kämpft man seit langem für die Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, in NRW seit langem notorisch nicht. Das wird der Grund sein. Die Ergebnisse für die etwas besser Verdienenden sind dann halt auch noch besser, es handelt sich ja schließlich um ein und denselben Kampf.

BaföG

Wer arm ist, soll für Abitur und Studium teuer zahlen



Wer arm ist und dennoch studieren will, der soll künftig dafür teuer zahlen. Diesem Grundsatz, von der alten Regierung bereits befolgt, will die neue Regierung jetzt mit der kompletten Umstellung der Ausbildungsförderung BaföG auf Darlehen Geltung verschaffen. Die Demonstration der Studenten dagegen hat die Regierung durch das Bonner Polizeipräsidium verboten. An den Hochschulen sollen wieder die Sprößlinge der Reichen den Ton angeben.

Azania

Die westdeutschen Imperialisten haben enge Beziehungen zur Siedlerbourgeoisie

Die westdeutsche Bourgeoisie erklärt sich gegen die Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung. Die Kirchen pflegen enge Beziehungen zur Förderung von Kräften in Azania, die gegen die Rassentrennung sind. SPD und CDU loben gleichermaßen, daß es in deutschen Unternehmen in Südafrika nicht mehr zu einer Rassentrennung kommen könne. Die regierungsamtli-

che Anti-Apartheid-Politik verhüllt die Beziehungen der westdeutschen Bourgeoisie zu den Hauptstützen der Imperialisten in Südafrika: zur liberal-aufgeschlossenen, anti-apartheid-gesinnten britischen Siedlerklasse, die die industrielle Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung Azanias betreibt. Sie ist der Hauptgegner des Befreiungskampfes in Azania.



Altenpflege

Trotz schwerer Arbeit unzureichende Versorgung



Der Gesundheitszustand der in den Altenpflegeheimen lebenden Menschen hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre erheblich verschlechtert, der Bettenschlüssel, das Verhältnis von Pflegepersonal zu Belegbetten, dagegen ist fast gleich geblieben. Dem Personal bleiben nach einer Untersuchung nicht mal fünf Minuten am Tag für andere als medizini-

sche und hygienische Betreuungsmaßnahmen. Dabei ist Altenpflege vielfach körperliche Schwerstarbeit. Noch die alte Bundesregierung hat einen Mindestbettenschlüssel verordnet, der diesen für alte Menschen und Personal unerträglichen Zustand festschreibt und auch zum Abbau bereits erkämpfter Verbesserungen führen wird.

Kampuchea

Welche Aufgaben stellen sich der Koalitionsregierung?

Am 9. Juli gelang es der Regierung des Demokratischen Kampuchea, eine Regierung der Großen Nationalen Einheit zu bilden, der Sihanouk als Staatspräsident angehört. Die Besetzung Kampuchreas durch vietnamesische Truppen und der Kampf gegen diese Besetzung und das Marionettenregime dauern an. — Interview mit der Delegation des Demokratischen Kampuchea bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/51 74 57

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57